

Bundestransferstelle
Soziale Stadt

Fachkongress:
Integration vor Ort –
Eine Herausforderung
für die soziale
Stadtentwicklungspolitik

13. Dezember 2011

Dokumentation

Berlin, Juli 2012

Deutsches Institut für Urbanistik GmbH



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Begrüßung | 5 |
| <i>Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin</i> | |
| Der Nationale Aktionsplan Integration | 8 |
| <i>Honey Deihimi, Leiterin des Referates „Gesellschaftliche Integration“ im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin</i> | |
| Wohnumfeld und Integration – Meine Sicht | 11 |
| <i>Hatice Akyün, Journalistin und Autorin, Berlin</i> | |
| Was kann das Quartier für die Integration von Zuwanderern leisten? | 18 |
| <i>Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal und Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)</i> | |
| Integration vor Ort in der Praxis: | 25 |
| Rosenheim | 25 |
| <i>Helmut Cybulska, Dezernent für Stadtplanung, Bauordnung, Bauwesen der Stadt Rosenheim</i> | |
| Hamburg | 30 |
| <i>Willi Rickert, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg</i> | |
| <i>Anna Becker, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg</i> | |
| Mülheim an der Ruhr | 36 |
| <i>Ulrich Ernst, Dezernent für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport der Stadt Mülheim an der Ruhr</i> | |
| Diskussionsrunde | 40 |
| Podiumsgespräch: Integration von Zuwanderern im Stadtteil: Aktuelle Herausforderungen und Strategien | 51 |
| Schlusswort | 70 |
| <i>Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Raumordnung und Wohnen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin</i> | |

Begrüßung

Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin

Sehr geehrte Frau Forudastan, Frau Deihimi, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich ganz besonders, dass ich Sie hier heute Morgen – auch im Namen der Bundesregierung – ganz herzlich begrüßen darf und dass wir heute das wichtige Thema Integration miteinander diskutieren.

In Deutschland leben rund 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – das ist nahezu jeder fünfte Bürger. Die demografische Entwicklung lässt unsere Gesellschaft vielfältiger werden. Die Gesamtbevölkerung schrumpft etwas und der Anteil der Migranten steigt. Dies ist auf der einen Seite eine große Herausforderung, auf der anderen meines Erachtens aber auch eine große Chance. Spürbar wird das gerade in unseren Städten und Gemeinden, insbesondere in den Großstädten. Hier haben wir im Durchschnitt etwa 30 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund, hier in Berlin-Neukölln – ich habe mir die neuen Zahlen angesehen – sind es sogar 40 Prozent. Aber auch in kleineren Städten und Gemeinden des ländlichen Raums gewinnt das Thema Integration inzwischen an Bedeutung. Das wird besonders deutlich in Gemeinden, in denen wir einen stärkeren Zuzug von Migranten haben. Aber – um es gleich vorweg zu sagen – ich bin der Meinung, dass ein Großteil unserer Bürger mit Migrationshintergrund sich inzwischen sehr gut integriert hat. Dennoch, wir müssen die Anstrengungen für Chancengleichheit von Migranten deutlich intensivieren. Dies gilt gerade im Bereich Bildung, Qualifizierung und insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt.



Ich persönlich komme aus dem Bereich Arbeit. Diejenigen, die sich einmal mit meiner Vita beschäftigt haben, wissen, dass ich viele Jahre bei der Bundesagentur für Arbeit tätig war, zum Schluss als Chef der bayerischen Arbeitsverwaltung. Dort haben wir uns mit dem Thema sehr intensiv beschäftigt und wenn der eine oder andere meint, in Bayern sei die Welt in Ordnung, dann stimmt das so im Grunde genommen nicht. Dort gibt es die gleichen Probleme wie überall.

Wir stellen zunehmend fest, dass der Anteil von Migranten oft gerade in benachteiligten, insbesondere strukturschwachen Stadtteilen besonders hoch ist. Dort finden sich zumeist Wohnungen mit schlechter Wohnqualität, die Infrastruktur entspricht oft nicht dem Bedarf, das Stadtteilimage leidet und es gibt eine hohe Fluktuation. Deshalb heißt eine der großen Zukunftsaufgaben für unsere Städte und Gemeinden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Integration zu stärken. Was aber kann die Stadtentwicklungspolitik, für die wir im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verantwortlich sind, leisten? Wo sind die Ansatzpunkte, wo die Hebel, wo können wir etwas bewegen?

Integration gelingt oder misslingt vor Ort, also dort, wo die Menschen zusammenleben. Erfolg oder Misserfolg von Integrationsmaßnahmen wirkt sich somit auch unmittelbar auf die Stabilität der Strukturen aus. Andererseits: Wenn sich ein Quartier positiv entwickelt, wenn dort unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gerne und in guter Nachbarschaft miteinander leben, profitiert auch die gesamte Stadt. Und wenn wir uns einmal in Europa oder auch in anderen Teilen der Welt umschauen, finden wir sehr viele gelungene Beispiele dafür, dass manchmal vierzig, fünfzig, sechzig Nationen in einer Stadt gut miteinander zusammenleben, vor allem friedlich, und sich gegenseitig auch entsprechend inspirieren. Die Bundesregierung weist bereits im Nationalen Integrationsplan aus dem Jahre 2007 darauf hin – ich zitiere: „Dem Stadtteil als Ort des Zusammenlebens kommt eine entscheidende Rolle für eine erfolgreiche Integration zu“. Sie sehen, die Stadtentwicklungspolitik kann zum Zusammenleben und zur Integration vor Ort maßgebliche Beiträge leisten.

Wichtige Elemente sind hier die Gestaltung des Wohnumfeldes, der Ausbau der Infrastruktur und vor allem auch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Das Quartier als Handlungsebene für die Integration – hier setzen die Städtebauförderung und insbesondere unser Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ an.

Viel ist in den letzten beiden Jahren über das Thema Soziale Stadt und viel über die Städtebauförderung diskutiert worden. Ich möchte jetzt nicht mit den üblichen Phrasen kommen. Sie alle sind Profis, Sie können jetzt sagen: Der Bund ist ein verlässlicher Partner auch in den nächsten Jahren. Ich kann Ihnen sagen: Es war ein ganz schöner Kampf. Die Städtebauförderung lag im Rahmen der ersten Besprechung für den Haushalt bei 265 Millionen Euro für das Jahr 2012. Gemeinsam mit Ihnen, gemeinsam mit unseren Kollegen im Kanzleramt, in den verschiedenen Ministerien haben wir dann sukzessive gekämpft. Und wir haben es nach langem zähem Ringen geschafft, die Städtebauförderung wieder auf 455 Millionen anzuheben, auf die gleiche Summe, die wir 2011, also im laufenden Jahr, schon hatten. Besonders trickreich – lassen Sie es mich so sagen – waren wir beim Thema „Soziale Stadt“. Es gibt einige wenige, die der Meinung sind, Soziale Stadt seien irgendwelche Spielwiesen. Dazu kann ich Ihnen sagen: Wir waren bei der Bundesagentur für Arbeit immer froh, wenn das Thema Soziale Stadt irgendwo eine Rolle spielte. In der Sozialen Stadt waren nämlich Leute aktiv, die ganz pragmatisch und nicht in verfestigten Strukturen dachten und genau diesen Bereich ausfüllten, den andere, wie die Bundesagentur für Arbeit oder die Arbeitsgemeinschaften, nicht ausfüllen konnten. Auch hier haben wir es geschafft, von 28 Millionen wieder auf 40 Millionen zu kommen und dieses Programm zu retten. Es ist uns gelungen, vielen begreiflich zu machen, dass hier eine exzellente Arbeit geleistet wird. Damit wollen wir die Kommunen bei der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort unterstützen. Das werden wir sicherlich auch in den nächsten Jahren tun.

Wichtig ist allerdings noch Folgendes: Bund, Länder und Kommunen müssen zusammenarbeiten. Sie müssen gemeinsam versuchen, ihre Mittel auch über Fachgrenzen hinweg zu bündeln, ihr Wissen aufeinander abzustimmen. Wir müssen in Zukunft auch verstärkt versuchen, Partner aus der Wirtschaft und aus der Wissenschaft zu gewinnen, die ihr Wissen und natürlich auch ihre Mittel mit einbringen. Nur wenn wir in der Lage sind, in Zukunft Wissen und Mittel zu bündeln, können wir die Herausforderungen, die hier auf uns zukommen – und es sind nicht wenige –, auch so meistern, dass wir unsere Ziele erreichen.

Ich freue mich ganz besonders, dass ich gestern in der Staatssekretärsrunde Gelegenheit hatte, mit der Kollegin Prof. Dr. Böhmer aus dem Bundeskanzleramt über das Thema Integration zu sprechen. Es gibt hier eine zusammenfassende Anstrengung alle Ressourcen betreffend unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Böhmer im Bundeskanzleramt – ein Werk, das sich sehen lassen kann. Es ist gestern Abend einstimmig auch durch die Staatssekretärsrunde gebilligt worden.

Viel ist bereits geleistet worden, aber keiner von uns ist sicher so vermessen zu sagen, dass wir den größten Teil des Weges schon hinter uns haben. Im Gegenteil, wir haben hier eine gigantische Aufgabe vor uns, die nicht leichter wird durch das Thema Finanzkrise, die auch nicht leichter wird durch das Thema Demografie. All das werden wir in den nächsten Stunden hier besprechen. Ich freue mich auf eine interessante Diskussion und kann Ihnen ganz persönlich zusagen, dass Sie bei den Themen Städtebau/Städtebauförderung, Soziale Stadt und BIWAQ in mir persönlich jemanden haben, der sich bis zum Äußersten dafür einsetzt. Denn aus meiner bisherigen, eher im sozialen Bereich liegenden Tätigkeit ist mir eines klar: Wir haben mit der Sozialen Stadt Instrumente, die wirklich in der Lage sind, denen zu helfen, die es nötig haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf und freue mich auf die Gespräche. Herzlichen Dank.

Der Nationale Aktionsplan Integration

Honey Deihimi, Leiterin des Referates „Gesellschaftliche Integration“ im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, werte Damen und Herren, ich darf Ihnen die herzlichsten Grüße von Frau Staatsministerin Böhmer überbringen und meine ganz persönliche Freude ausdrücken, heute hier sprechen zu dürfen.

Herr Staatssekretär Bomba, Sie hatten es angesprochen: Neukölln ist eine besondere Lokalität. Ich als Neuberlinerin fühle mich sehr geehrt, das erste Mal dieses Terrain zu betreten – und dann vor allem in so schönen Räumlichkeiten.

Ja, meine Damen und Herren, das große Wort, das Thema Integration – wir sprechen, debattieren, diskutieren, streiten tagtäglich darüber, sei es in den Medien, am Stammtisch oder zu Hause. Ich glaube, zu Recht, Integration ist eine der Kernaufgaben unserer Zeit, beschäftigt Bund, Länder, Kommunen und jeden von uns jeden Tag. Ich vertrete allerdings ganz stark die Auffassung, dass es keine Definition für dieses große Wort gibt, das wir so gerne und so oft und so leichtfertig verwenden. Wir als Verwaltung allerdings haben die Aufgabe sicherzustellen, dass Menschen mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten. Dies war und ist Ziel vielfältiger Maßnahmen, die seit dem Integrationsgipfel 2006 Aufgaben der verschiedenen Ressorts im Bund sind.

Der Integrationsgipfel ist Ihnen allen sicherlich ein Begriff: Er ist eine Initiative – sehr historisch an der Stelle, dass eine Bundeskanzlerin in das Bundeskanzleramt lädt –, die nicht nur Bundesressorts, Länder, Kommunen, sondern auch nichtstaatliche Organisationen bis hin vor allem zu den Migranten selbst zusammenbringt. Im Januar 2012 findet der fünfte Integrationsgipfel statt und es wird der Nationale Aktionsplan verabschiedet. Herr Staatssekretär hatte eben darauf verwiesen: In den „heiligen“ Gremien wird dieser Nationale Aktionsplan derzeit schon diskutiert und beschlossen.

Natürlich stellt sich die Frage, was sich hinter dem Begriff „Nationaler Aktionsplan“ verbirgt. Mit Beginn des Integrationsgipfels 2006 kamen erstmals alle Akteure zusammen und haben eine Art Bestandsaufnahme dessen gemacht, was überhaupt in der Republik an Integration stattfindet. Viele verschiedene Akteure sind Selbstverpflichtungen eingegangen. Für diejenigen, die wie Sie in der Praxis tätig sind, sind das schöne, gute, sinnvolle Ansätze, aber natürlich liegt uns allen daran, Nachhaltigkeit zu gewährleisten – und genau dies ist das Ziel des Nationalen Aktionsplans. Wir gehen weg von Selbstverpflichtungen. Es sollen erstmals strategische, operative Ziele definiert werden, die auch messbar sein sollen. Das heißt: Diejenigen, die sich diese Ziele setzen, werden auch in den Jahren danach überprüft, ob die Ziele tatsächlich erreicht werden – eine wesentliche Neuerung. Die zweite Neuerung – und für



mich persönlich eine der wichtigsten Neuerungen, die der Nationale Aktionsplan mit sich bringt – ist die Bewegung weg von Projektangeboten, weg von einer Sonderaufgabe Integration hin zu Strukturveränderungen. Dies sind Ziele, die wir gerade in der Integration benötigen, um nachhaltig Veränderungen zu schaffen.



Wie beim Nationalen Integrationsplan auch wurden diese Inhalte gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren in elf sogenannten Dialogforen zusammen entwickelt. Natürlich spielte auch die Integration vor Ort sowohl im Nationalen Integrationsplan als auch jetzt im Nationalen Aktionsplan eine wichtige Rolle. Und ich muss es Ihnen nicht erklären, wir wissen es alle: Auch wenn Bund und Länder groß über Integration sprechen

und zu Recht Fördermittel zur Verfügung stellen – die tatsächliche Integration ist eine Aufgabe an jedem Tag in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, im Kindergarten und in der Schule. Deshalb kann Integration nur dann gelingen, wenn sie auch vor Ort tagtäglich gelebt wird. Das Dialogforum, das sich mit der Thematik „Integration vor Ort“ beschäftigte, hat einige Erfolgsfaktoren definiert und aus meiner Sicht fünf wesentliche Ansätze empfohlen.

Die erste und aus meiner praktischen Erfahrung heraus sicherlich auch die erfolgträchtigste Erkenntnis ist, dass Integration vor Ort eine Querschnittsaufgabe sein muss. Das heißt, Integration darf auch in den Strukturen, in den Planungen keine Sonderaufgabe sein, sie muss in jedem Bereich eine Rolle spielen, von A bis Z.

Die zweite Erkenntnis lautet – und sicherlich werden Sie sich darüber freuen, wenn wir das jeden Tag überall in der Welt so propagieren: Integration vor Ort kann nur dann gelingen, wenn sie auch Chefsache ist, das heißt, wenn Integration „von oben“ mitgetragen wird, wenn die Verantwortlichen „dahinterstehen“. Meine Ergänzung an der Stelle ist, dass dies nicht nur die Spitze einer Kommune betrifft, sondern auch die Leitungen einzelner Verwaltungseinheiten. Wenn diese sich der Sache annehmen, dann gelingt es auch, die Integration vor Ort voranzutreiben.

Ein dritter Erfolgsfaktor, den man an dem Nationalen Aktionsplan, aber auch in vielen Länderprogrammen und kommunalen Konzepten sieht, ist die Vernetzung vor Ort. Oftmals – und das ist ein Phänomen eines föderalen System, aber auch der unterschiedlichen Trägerlandschaft – passiert es gerade vor Ort, dass viele unterschiedliche Akteure parallel arbeiten, häufig dieselbe Zielgruppe erreichen und andere vergessen, Maßnahmen anregen, die möglicherweise nicht zielorientiert sind. Daher ist es von erheblicher Bedeutung, dass man gerade vor Ort alle Akteure zusammenbringt und hier eine Vernetzung, einen Austausch schafft, der neue Synergieeffekte, aber auch eine effektive Herangehensweise vor Ort gewährleistet.

In dieser Vernetzung – das ist ein vierter, aus meiner Sicht wesentlicher Aspekt, den man gerade vor Ort nicht außer Acht lassen darf – ist es wichtig, die Migranten selbst einzubeziehen. Dies ist natürlich schwierig – ich kenne die Diskussion: „Wen sollen wir anspre-

chen, wer ist repräsentativ, mit wem können wir ...?“ Und die Standardfrage, die man auch immer vor Ort hört: „Kann man denen denn vertrauen?“ Menschen mit Migrationshintergrund sind genauso vielfältig wie alle anderen Menschen auch, Organisationseinheiten sind genauso oder genauso wenig repräsentativ wie andere Organisationseinheiten auch. Sie müssen vor Ort diejenigen Partner finden, die Ihren Zielen gerecht werden, die Ihnen Input geben, die für Sie wichtig sind.

Aber ideal – das wäre die fünfte Empfehlung, gerade auch für Integration vor Ort – ist die sogenannte interkulturelle Öffnung: neudeutsches Wort, wunderbar oft gebraucht, bedeutet letztlich, dass wir mehr Menschen mit Migrationshintergrund brauchen. Herr Staatssekretär



hatte eingangs die Zahlen erwähnt: 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, das sind knapp 20 Prozent. Aber wenn wir in die unterschiedlichen Verwaltungsebenen schauen, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, so liegt der Anteil geschätzt bei nicht einmal zwei Prozent. Das heißt, wir haben dort einen nicht repräsentativen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir brauchen

Menschen mit Migrationshintergrund – natürlich bei gleicher Befähigung – in den Verwaltungen, um die Integration auch dort voranzutreiben. Wir brauchen aber auch eine sogenannte interkulturelle Kompetenz. Auch das ist ein sehr schönes neudeutsches Wort. Ich muss immer schmunzeln, wenn ich höre: „Ja, ich weiß doch, wie mein türkischer Nachbar tickt!“ Darum geht es aber nicht; es geht darum zu verstehen, dass ein und dieselbe Situation unterschiedlich aufgenommen werden kann – dies ist gerade in Kommunen von wesentlicher Bedeutung, weil man dort mit der Vielfalt von Menschen tagtäglich in Berührung kommt.

Die fünf Erfolgsfaktoren sind in dem Dialogforum entwickelt worden. Aber im Übrigen sind sie – ganz im Sinne des schönen deutschen Sprichworts „Man muss das Rad nicht immer neu erfinden“ – von vielen Kommunen auch oftmals schon so praktiziert worden. Es gibt eine Studie – sie wird demnächst herausgegeben –, die unterschiedliche Kommunen in Deutschland auf ihre Erfolgsfaktoren hin untersucht. Es bestätigt sich: Gerade Kommunen, die das Thema schon ganz oben auf der Agenda haben, die vernetzt sind, die sich Ziele gesetzt und Handlungsprogramme entwickelt haben, und zwar gemeinsam mit Menschen mit Migrationshintergrund, haben in der tagtäglichen Integration oftmals weniger Schwierigkeiten als andere Kommunen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns diesem Thema widmen. Aber noch viel wichtiger ist es zu wissen, wohin der Weg geht. Sehr oft höre ich aus der Verwaltung: „Ich brauche ein Erfolgsrezept.“ Ich verweise immer wieder darauf, dass Integration keine Zauberstabpolitik ist, dass sie sich nicht von heute auf morgen verändern wird. Wir müssen beharrlich viele kleine Schritte gehen, um ein großes Ziel zu erreichen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Tagung.

Wohnumfeld und Integration – Meine Sicht

Hatice Akyün, Journalistin und Autorin, Berlin



Sehr geehrter Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht haben Sie es dem Programm bereits entnommen: Ich bin gar keine Expertin für Wohnraumfragen oder Stadtentwicklung. Das mag sie weniger schockieren als mich selbst. Als ich nämlich die Einladung bekam, hier vor Ihnen zu sprechen, habe ich mich zunächst sehr gefreut und gleich zugesagt, aber dann dachte ich, ich weiß doch eigentlich gar nichts über Stadtentwicklung und kann auch

gar keine Ratschläge zum Wohnungsbau erteilen. In meiner Panik wollte ich schon wieder absagen, bis meine Freundin mich beruhigte und mir die Einladung noch einmal unter die Nase hielt: „Hatice, die wollen dich nicht, weil du so einen tollen Geschmack hast und so toll integriert bist“. Dann tippte sie eifrig auf einen Satz: „Hier, Integration, die wollen dich, weil du Deutsch-Türkin bist“. Da kenne ich mich aus.

Ich bin quasi ein Paradebeispiel gelungener Integration. Viele Leute denken sogar, dass eine wie ich, Pendlerin zwischen den Kulturen, eine Menge zu erzählen hat. Und sie haben Recht. Ich stehe nämlich jeden Morgen auf, trinke Kaffee und lese die Zeitung. Manchmal kommt es sogar vor, dass ich beim Bäcker Brötchen kaufe, und auf dem Weg dorthin trage ich nur selten ein Kopftuch, außer es schneit heftig. Und meine beiden Brüder Mustafa und Mehmed lauern nicht hinter einer Hecke, weil unser Vater sie auf mich gehetzt hat. Wären meine Eltern in dem zentralanatolischen Dorf geblieben, in dem ich 1969 zur Welt gekommen bin, so wäre ich heute vermutlich Analphabetin. Doch zum Glück kam ich 1972 nach Deutschland, wurde in der Parallelwelt, wie sie oft genannt wird, Duisburg-Marxloh, groß, wo mein geliebter kleiner Bruder heute mit seinem 3er-BMW herumkurvt, mir Handys andreht und besser Deutsch kann, als er es spricht.

Damals in den Siebzigerjahren hätte es so eine Veranstaltung wie hier nicht gegeben. Kein Mensch interessierte sich dafür, ob die vielen Türken sich in Deutschland heimisch fühlen. Wir waren ja auch nur Gäste, also nicht für immer hier. Und diesen Status haben nicht nur die Deutschen den Türken, Griechen, Italienern oder Polen verliehen, sondern wir uns ja auch im Grunde selbst. Zum Beispiel war die Lieblingsantwort meines Vaters auf alle Fragen und Wünsche: „Ja, wenn wir erst ein Haus in der Türkei haben ...“ Wir Kinder allerdings konnten die Sehnsucht nicht ganz nachvollziehen. Lieber hätten wir hier zu Hause in Marxloh ein richtiges Badezimmer gehabt statt dieser provisorischen Dusche. Wenn irgendwelche Reparaturen anstanden, überlegte mein Vater, ob es sich noch lohnen würde, das zu richten. Vielleicht muss ich dazu Folgendes sagen: Obwohl Deutschland bekanntlich das Land der Bausparverträge ist, werden in der Türkei viel mehr Häuser und Wohnungen gekauft. Zur Miete wohnen ist dort so ungewöhnlich wie hier in Deutschland die Okraschote. Neulich fragte mich eine Kollegin, wozu türkische Frauen bloß säckeweise diese Schoten kaufen. Und ich kann Ihnen sagen: Weil sie unglaublich gut schmecken und die Grundlage

vieler türkischer Speisen sind. Wenn Sie jetzt merken, dass ich ein wenig vom Thema abkomme, führe ich Sie gleich auch galant wieder zurück.

Als wir damals unsere Übergangsbleibe in einem kleinen Zechenhaus in Duisburg-Marxloh fanden, verzweifelte meine Mutter nicht nur angesichts der Aufgaben, die ihr in der Gestaltung des ungewöhnlichen Innenraums bevorstanden – nämlich weiße Wände, kalte Fußböden –, sondern auch, weil in der ganzen Stadt kein ordentliches Gemüse zu finden war. Wie sollte sie bloß ihre Familie ernähren? Bald würden ihre armen Kinder so blass, blond und farblos aussehen wie die der Nachbarn. Es gab weder Auberginen noch wohlschmeckende Tomaten, Paprika, Zucchini... Aber meine Mutter wäre nicht meine Mutter, wenn sie sich nicht zu unserer Rettung bald etwas hätte einfallen lassen. Der Vormieter unseres Zechenhauses hatte viel Zeit und Liebe in den kleinen Garten hinter dem Haus gesteckt, so überließ er uns nicht nur ein gepflegtes Stückchen Rasen, sondern auch akkurat zurechtgeschnittene Rosensträucher und ein entzückendes Beet Stiefmütterchen. All das allerdings ist in den Augen einer anatolischen Mutter Unkraut oder zumindest eine verantwortungslose Verschwendung von Nutzfläche. Innerhalb weniger Tage rupfte und zupfte meine Mutter alles aus, was der gute Mann in jahrelanger Mühsal gezüchtet hatte. Sie grub den Boden um, streute Samen und pflanzte kleine Setzlinge, die mein Vater von einem Kollegen organisiert hatte. Schon wenige Monate später konnten sie endlich wieder die vielen türkischen Köstlichkeiten zubereiten, ohne sich überlegen zu müssen, ob eine Zucchini durch eine Gurke ersetzt werden kann.

Vielleicht ist das ein bemerkenswerter Unterschied zwischen der türkischen und der deutschen Kultur, also die Nutzung der Natur als solche. Als Beispiel nehme ich einmal eine deutsche Parkanlage. In Deutschland wird sehr viel Wert darauf gelegt, Parkanlagen nach allen Regeln der Gartenkunst zu gestalten. Es werden Beete angelegt, Rasenflächen eingezäunt, kleine Springbrunnen gebaut. Das alles hat große Tradition, und auch meine deutsche Seele erfreut sich an Sanssouci oder der Blumeninsel Mainau. Wie es sich gehört, betrachtet der Deutsche die bunte Pflanzenvielfalt von den frisch geharkten Wegen aus, auf denen er flaniert, meist sonntags mit der Gattin oder der ganzen Familie. Der Türke allerdings bevorzugt eher so etwas wie den Tiergarten in Berlin. Nicht wegen der kleinen versteckten Schönheiten wie dem Rosengarten oder dem an die Heimat erinnernden wild wuchernden Oleander. Nein, wegen der weitläufigen Rasenflächen. Dabei bewundern Türken gepflegtes Grün höchstens auf den Fußballplätzen bei der Austragung eines wichtigen Turniers wie der Europameisterschaft oder Weltmeisterschaft. Hier im Park geht es um die Bequemlichkeit. Einen eigenen Garten hat kaum noch eine türkische Familie in Deutschland, und die Balkone sind meist zu klein oder durch riesige Satellitenschüsseln zugestellt. Man muss also ausweichen. Und da sich auf Gras weitaus besser sitzen lässt als auf Steinplatten im Hinterhof oder am Kottbusser Tor und die Bäume hier auch weit genug auseinander stehen, bietet die öffentliche Grünfläche den perfekten Ort, um Eltern, Kinder,



Nichten, Neffen, Tanten, Onkel, Großmütter und Großväter zu versammeln und den Grill anzuschmeißen. Man bleibt nicht lange unter sich, es gesellen sich andere Grillgemeinschaften hinzu. Ja, Wagenkolonnen voller Türken fahren vor, im Kofferraum und auf dem Dachgepäckträger transportieren sie komplette Wohnungseinrichtungen.

Die Ordnungsämter in Berlin haben den Kampf gegen die Invasion türkischer Großfamilien längst aufgegeben, und mittlerweile fahren die Touristenbusse nicht mehr an Bellevue vorbei, um den Amtssitz des Bundespräsidenten vorzuzeigen, sondern um die orientalische Freiluft-Grilloase zu präsentieren. Die Großfamilien sind, glaube ich, auch der Grund, warum Türken gerne reden oder, um es ein wenig nach Sozialforschung klingen zu lassen, warum die Kommunikation eine ganz wichtige Stellung in der türkischen Kultur einnimmt. Damit meine ich nicht nur Folgendes: Wenn ich meiner Schwester im Geheimen etwas anvertraue, kann ich davon ausgehen, dass spätestens am nächsten Tag nicht nur der Rest meiner Familie in Duisburg Bescheid weiß, sondern auch meine Schwester Fatma in Izmir und meine entfernten Verwandten in Istanbul. Nein, ich meine im Allgemeinen die Liebe zum Klatsch und zur Diskussion. Und im Deutschen, wissen wir ja, gibt es Klatschtanten. Also ist Klatsch hier in Deutschland vornehmlich weiblich.

Wenn ich also meiner durch und durch deutschen Freundin Julia etwas anvertraue, dann dauert es auch nicht lange, bis meine Freundinnen in Hamburg und Berlin, ja sogar Cathy aus New York genauestens informiert sind, aber niemand würde sich irgendwie anmerken lassen, dass sie klatschen. Der deutsche Klatsch geht von Haus zu Haus und immer hinter vorgehaltener Hand, frei nach dem Motto, was der Nachbar macht, geht mich eigentlich nichts an. Unter den Türken ist man ganz schnell Tagesthema, es wird erzählt, besprochen, jeder hat eine Meinung dazu und darf sie auch offen äußern. Bei den Türken geht es aufge-



regt und emotional zu, und um nichts zu verpassen, verbringt man möglichst viel Zeit auf der Straße, man redet mit Fremden genauso gerne wie mit Nachbarn. Und wenn Sie durch Istanbul gehen, müssen Sie ständig stehenbleiben, weil eine Gruppe zusammensteht und tratscht, man sich lautstark und schulterklopfend begrüßt oder weil ein paar Männer ihr Backgammon-Spiel auf dem Bürgersteig austragen, mit Campingtisch und Plastikstühlen. Und auch Cafés stellen ihre Stühle einfach vor die Tür, denn kein Amt kontrolliert, ob ausreichend Platz für Kinderwagenschieber oder Rollstuhlfahrer bleibt. Sicher, das alles ist auch manchmal sehr anstrengend, z.B. wenn man es eilig hat oder einem die schweren Einkaufstüten einen Umweg unerträglich machen, aber es ist lebendig. In Deutschland haben sich die Türken angepasst. Es wird nicht gerne gesehen, wenn Menschen sich auf der Straße versammeln, schon gar nicht, wenn sie in einer fremden Sprache sprechen oder z.B. Sonnenblumen-

kerne auf dem sonst immer sauberen Bürgersteig zurückbleiben. Vor Kulturcafés sieht man ab und zu ein, zwei Männer auf Plastikstühlen, aber meistens verlegt man den Klatsch zum Gemüsehändler, denn hier trifft man sich kurz zum Austausch, oder in die Innenräume zu Hause bei Freunden. Das ist schade und führt zur Abgrenzung der Türken von den Deutschen. Dabei schwärmen meine deutschen Freunde doch immer, wenn sie in südlichen Ländern Urlaub machen: „Ach, das war doch so entspannend, dieses bunte Treiben auf den Straßen, die belebten Plätze, man kann den ganzen Tag im Café sitzen bleiben“. Ja, aber

hier daheim wird dem Müßiggang abgeschworen. Er gehört nicht zu den beliebten deutschen Tugenden.

In Berlin z.B. gibt es einen kleinen, nicht besonders schönen Platz am Kottbusser Tor. Die Stadt hat versucht, dort mit Stühlen eine Begegnungsstätte zu schaffen, aber die Stühle stehen sehr weit auseinander und sind im Boden verankert, damit sie nicht geklaut werden können. Es ist wirklich rührend zu beobachten, wenn ein paar ältere türkische Männer versuchen, die Stühle zu nutzen, um sich zu unterhalten. Der eine ruft dem anderen auf die Entfernung etwas zu, der überlegt lange, sucht eine kurze Antwort, das Rufen ist eben anstrengend, und nach einigen Minuten schlendern sie doch lieber gemeinsam in Richtung Kulturcafé, um ihren Plausch dort zu Ende zu führen. Die Stühle bleiben verwaist zurück, mal setzt sich eine mit Tüten beladene ältere türkische Frau darauf, um eine kurze Pause zu machen, oder ein junger Mann, ebenfalls Türke, schwingt sich auf die Lehne, um lautstark mit seinem Handy zu telefonieren. Dieses Projekt ist leider gescheitert, und ich frage mich, wer sich das wohl ausgedacht hat. Vermutlich gab es Auflagen, die bestimmen, die Stühle auf Abstand zu halten, und wahrscheinlich war der Planer niemals selbst an diesem Ort. So hat alles seine Ordnung, aber nur wenig Menschliches.



Mein Bruder Mustafa ist ein großer Anhänger der Freizeitbeschäftigung „Mit-dem-Auto-durch-die-Straßen-Fahren“, und mit seinem Auto hat er auch großen Erfolg, zumindest bei seinen ebenfalls frisch gegelten Kumpels und den Mädels, bei denen ich mich frage, wie sie mit ihren langen Fingernägeln eigentlich Türen öffnen, Nummern wählen oder auch nur eine Seite in einer Zeitschrift umblättern können. Mustafa hat mir einmal erklärt, dass ein typisches türkisches Mädchen all das nicht selbst machen muss. Jeder Mann wird ihr jede Tür öffnen, im Handy muss man nur auf die Kurzwahltaste die Nummern der drei besten Freundinnen speichern, und Zeitschriften dienen eh nur dazu, beschäftigt zu wirken, wozu also umblättern? Ich habe mir dann selbst erklärt, wie sie in den engen Hosen mit den mörderischen Absätzen überhaupt laufen können – sie müssen gar nicht laufen, sie müssen nur lässig herumstehen und warten, bis einer von den coolen Jungs sie im Auto wieder nach Hause bringt.

Ich wollte Sie nicht mit dem Macho-Gehabe meines kleinen Bruders erschrecken, im Grunde ist er ein anständiger Kerl, aber es gibt ihn und seine Sprüche wirklich, und das Herumfahren mit dem Auto gibt es auch. Die deutsche Polizei sieht das natürlich nicht gerne, so kommt es, dass bei türkischen Hochzeiten immer hundert Autos im hupenden Korso fahren, neunzig davon sind dem Brautpaar übrigens nicht bekannt. Es sind einfach Jungs, die ihre Chance sehen, ohne von der Polizei ermahnt zu werden ein kurzes Stück zu cruisen. Und bei Fußballveranstaltungen ist jeder, der ein Auto hat, Fan der siegreichen Mannschaft, und es wird die ganze Nacht durch die Stadt gefahren. Die Weltmeisterschaft war also für jeden ein Sommermärchen aus vielen unterschiedlichen Gründen.

Als ich klein war, gab es solche Autokorsos nicht, wenn doch, dann war es eine Demo gegen Ölpreise. Vielleicht lag es aber auch daran, dass man kein Geld für coole schicke Wagen hatte. Mein Vater möge mir den Kommentar hier verzeihen, wir hatten nur so einen ollen Mercedes, der uns aber immer treu tausende Kilometer in die Türkei gefahren hat. Diese Fahrten waren übrigens überhaupt nichts für meine Mutter. Auf dem Hinweg hielt sie es vor Sehnsucht kaum aus, auf dem Rückweg begann schon ihr Heimweh nach dem kleinen anatolischen Dorf mit all den Verwandten und Freunden, die wir gerade erst verlassen hatten. Dabei hatte sie doch das Haus in Duisburg-Marxloh mit viel Liebe zum Detail zu einem echten türkischen Domizil umgestaltet. Wenn Sie so etwas suchen wie einen Richtlinien-Katalog, was eine Wohnung für eine anatolische Großfamilie vorweisen muss, könnte ich Sie gerne mit meiner Mutter bekannt machen. Als Erstes würde Sie darum bitten, eine möglichst große Küche zu bekommen, aber nicht wie hier üblich, um eine gemütliche Wohnküche einzurichten, nein, um ausreichend Platz zur Zubereitung eines acht-gängigen Menüs für zehn Personen zu haben. Darüber hinaus bräuchte sie Lagerfläche für eingemachte Früchte und eingelegtes Gemüse, diverse Kühl- und Gefrierschränke – für schlechte Zeiten sollte man ja auch immer etwas im Haus haben – und einen Backofen, in den man mehrere Formen gleichzeitig hineinschieben kann. Wichtig wäre auch ein Fenster zur Straße hinaus, damit meiner Mutter während des Kochens nicht entgeht, was auf der Straße passiert. Als Nächstes stünde auf ihrer Wunschliste ein großes Wohnzimmer, in dem ausreichend Platz für ihre vier Sofas und zahlreichen Vitrinen mit Familienfotos ist. Die Sitzoase nämlich bildet den Mittelpunkt der Welt – Verzeihung, ich meine natürlich der türkischen Wohnung. Hier werden Gäste empfangen und bewirtet, bis sie wirklich nichts mehr hinunterbekommen. Wenn Sie einmal bei einer türkischen Familie zum Essen eingeladen waren, wissen Sie, wovon ich rede.

Ich gebe Ihnen nur einen Tipp: Essen Sie, soviel Sie können, und keine Sorge, wir lästern erst über unsere Gäste, wenn diese weg sind, und sagen, „wie unglaublich viel die gegessen haben, fast hätten wir sie nicht satt bekommen“. Ansonsten hat meine Mutter keine größeren Ansprüche an die Wohnung, wenn sie denn warm ist und jeder ein Bett zum Schlafen findet. Mein Vater hat allerdings eine große Liebe zu doppelverglasten Fenstern. Mit seiner Begeisterung für diese deutsche Wertarbeit steht er unter Türken nicht allein. Als er in unserem Haus die ersten Fenster einbauen ließ, musste jeder einmal seiner Beweisführung für die Spitzenqualität lauschen. Er öffnete das Fenster und fragte „Hörst du das? Hörst du das? Nichts hörst du.“ Dann machte er es noch dreimal auf und wieder zu und strahlte über das ganze Gesicht. Als endlich jeder in der Familie und auch die Nachbarn überzeugt worden waren, dass ein Leben ohne doppelverglaste Fenster grauenvoll sei, durfte meine Mutter endlich die praktischen Fenster mit schweren dekorativen Stoffen verhängen. Übrigens hat sich viel getan in den letzten Jahren, zumindest bei meinen Eltern. Sie haben das kleine Zechenhaus gekauft, und plötzlich wird jede lose Schraube sofort angezogen, das Badezimmer ist längst wirklich eines mit allen Annehmlichkeiten von der Dusche bis zur Badewanne, und mein Vater zeigt bei jedem meiner Besuche stolz, was er für Verbesserungen eingebaut hat. Wie herrlich hätte doch meine Kindheit sein können!

Aber ehrlich gesagt ist es das Einzige, was sich seit den Siebzigerjahren in Marxloh verbessert hat. Früher wohnten in unserer Straße Zechenarbeiter wie mein Vater, es waren Türken, Polen, Italiener, aber vor allem deutsche Kumpel, mit deren Kindern wir auf der Straße spielten, die bei uns ein und aus gingen und durch die ich überhaupt Deutsch gelernt habe. Es

war unsere heile Welt mitten in Deutschland, man war neugierig aufeinander, und wenn man sich als guter Freund bewährt hatte, war es egal, woher die Eltern kamen. Das Gesetz unserer kleinen Straße beruhte auf Gleichberechtigung. Die Nachbarn, die meinen Vater für verrückt hielten, weil er mitten im Winter den Grill im Garten anschmiss und trotz dunkler Rauchschwaden betonte „Gutes Fleisch, gutes Fleisch, lecker“, kamen zu uns ins Wohnzimmer und überzeugten sich selbst von der besten Qualität und den Kochkünsten meiner Mutter.

Duisburg-Marxloh war ein Arbeiterviertel, genauso wie Berlin-Neukölln. Heute heißt es nur noch Ausländerviertel. Ich denke, dagegen muss die Stadtentwicklung angehen. Eine bunte Stadt bedeutet für mich eine durchmischte Stadt. Deutsche wohnen neben Türken, weil sich beide in dem Stadtteil wohlfühlen. Alle Integrationsarbeit könnte um so viel leichter werden, wenn die Kinder wieder miteinander spielen, Ängste abgebaut werden würden – und ich nehme die Türken dabei nicht aus. Es sind nicht nur die Deutschen, die die Türken in ein Viertel drängen, viele Türken grenzen sich ja selbst auch ab. In den Familien wird kein Deutsch mehr gesprochen, einige türkische Frauen verstehen bis heute noch kein Deutsch, obwohl sie seit dreißig Jahren hier leben. Wenn man es also schafft, die Lebensqualität in den Vierteln wieder zu steigern, und wenn man dann noch wirklich schöne Wohnungen anbieten kann, die sogar bezahlbar sind, wäre das ein Anfang für eine bunte Stadt. Die Unterschiede der beiden Kulturen sollen ruhig bestehen bleiben. Ich amüsiere mich köstlich, wenn eine patente deutsche Hausfrau wohlkalkuliert bei meinem türkischen Gemüsehändler einkauft: „Ich hätte 100 Gramm davon und 2 Stückchen hiervon.“ Eine türkische Mutter kauft alles kiloweise und in Säcken. Aber vor allem freue ich mich, dass die deutsche Hausfrau überhaupt beim Türken einkauft. Und genauso freue ich mich, an einer Schule vorbeizulaufen und zu sehen, wie türkische Mädchen mit Kopftüchern mit blonden deutschen Mädchen spielen, wie ein Junge einem anderen ein Stück Wurst anbietet und der sagt: „Aber ich esse doch kein Schweinefleisch“, und der Junge ihm dann einfach sein Käsebrötchen gibt. Toleranz ist, glaube ich, das Stichwort, das ein Politiker an dieser Stelle predigen würde. Ich finde aber, Neugier ist mindestens genauso wichtig.

In Berlin genieße ich es jetzt, an roten Ampeln zu warten und die Menschen zu beobachten. Ich mag diesen Mix aus Ost-Berlinern, West-Berlinern und Zugewanderten und nicht zu



vergessen den Bewohnern von Berlin-Mitte, die mit den langen Pony-Partien, die weich bis über die Augenbrauen fallen und die mich immer irgendwie an Island-Ponys erinnern. Dabei sind in Berlin die Stadtteile streng voneinander getrennt. Viele bleiben in ihren Kiezen, und für die Wilmsdorfer und Charlottenburger gehört Pankow fast schon zu Polen. Wenn ich allerdings höre, dass jemand noch nicht in Istanbul war, rufe ich:

„Fahren Sie sofort dorthin“. Istanbul ist für mich das New York der Siebziger, das London der Achtziger und das Berlin der Neunziger – eine Stadt, in der eine unglaubliche Aufbruchsstimmung herrscht. Jeder Stadtteil lebt und denkt anders. Beyoğlu ist das Berlin-Mitte von Istanbul mit Club-Kultur und vielen Intellektuellen, dann gibt es noch das Charlotten-

burg oder den Rodeo-Drive von Istanbul... Die Stadt hat, seitdem ich sie als Kind das erste Mal besuchte, eine wahnsinnige ökonomische Entwicklung genommen. Aber trotzdem herrscht hier immer noch die Verbindung zwischen dem östlichen und dem westlichen Lebensstil. Es gibt auf der einen Seite die Sub- und Club-Kultur, daneben ist die Stadt aber geprägt von den vielen Menschen, die ihre Dörfer verlassen haben, um hier ihr Glück zu suchen.

Ich habe es Ihnen am Anfang schon gestehen müssen: Ich bin keine Expertin für Stadtentwicklung, und vielleicht haben meine Geschichten nur wenig dazu beitragen können, wie wir zusammenleben können. Aber als Türkin möchte ich Ihnen noch sagen, dass wir hier gerne leben, weil es nicht so chaotisch ist wie in Istanbul und nicht so improvisiert wie in kleineren anatolischen Städten. Als Deutsche wünsche ich mir, dass es ruhig mal mehr Lockerheit und Abwechslung geben könnte in meinem Heimatland, und als Deutsch-Türkin wünsche ich mir, dass es keine sozialen Brennpunkte mehr gibt. Und so sehr ich Ihnen jetzt auch von meinen Aufenthalten und meinen persönlichen Geschichten in den Weltstädten berichtet habe, muss ich doch gestehen, dass das alte Zechenhaus in Duisburg-Marxloh für immer meine Heimat bleibt, oder wie es ein türkisches Sprichwort sagt: Dort, wo es dir weh tut, da ist dein Herz! Vielen Dank.

Was kann das Quartier für die Integration von Zuwanderern leisten?

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal und Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI)

Ich freue mich sehr, dass ich die Gelegenheit habe, Ihnen einen ersten Eindruck von einer Studie zu vermitteln, die von Frau Deihimi schon angesprochen wurde. Wir – das heißt Jutta Aumüller, Frank Gesemann und ich – haben gemeinsam eine Studie im Auftrag der Integrationsbeauftragten und des Stadtentwicklungsministeriums verfasst, die von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt wurde. Diese Studie hat versucht, den Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zu erheben, wie sie im Nationalen Integrationsplan festgehalten wurden. Der Abschlussbericht liegt den zuständigen Ministerien und Institutionen vor und wird vermutlich Anfang 2012 öffentlich vorgestellt werden.



Die Studie enthält viele Materialien und Statistiken. Ich werde Sie aber nicht mit Charts und Tabellen traktieren, sondern Ihnen eine Idee davon geben, was uns besonders überrascht und beeindruckt hat. Ein Schwerpunkt wird dabei – dem Tagungsthema entsprechend – die sozialräumliche Integration sein. Ausgangspunkt sind die 2007 von den kommunalen Spitzenverbänden vorgelegten zehn Handlungsempfehlungen. So sollte Integration zur kommunalen Querschnittsaufgabe werden, sollten lokale Netzwerke entstehen und gefördert werden, sich die Verwaltung interkulturell öffnen, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement von und für Zugewanderte gefördert werden, ebenso Sprache und Bildung, berufliche Integration, sozialräumliche Integration und lokale ethnische Ökonomie. Es ging zudem um das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und darum, die eigenen

Aktivitäten in diesem Handlungsfeld zu evaluieren, ein integrationspolitisches Monitoring zu betreiben und darüber zu informieren. Einige dieser Empfehlungen werden im gerade in Arbeit befindlichen Nationalen Aktionsplan mit größerer Verbindlichkeit aufgegriffen werden.

Wir konnten eine Auswahl von 228 Kommunen und Landkreisen aller Größenklassen befragen. Bei den Großstädten war es eine Vollerhebung, bei den kleineren Kommunen eine Teilerhebung, die aber immerhin noch einige Aussagen zulässt. Neben dieser schriftlichen Befragung haben wir vertiefende telefonische Interviews mit vierzig Kommunen geführt, in zehn Kommunen Vorortbesuche gemacht und einige ergänzende Expertengespräche geführt, um unsere Eindrücke zu überprüfen. Das heißt, die Ergebnisse unserer Studie haben eine Aussagekraft, die über dem liegen dürfte, was üblicherweise von Lokalstudien erwartet werden kann. Repräsentativ im engen Sinne können sie jedoch nicht sein, zudem ist jeder Ort besonders. Wir haben bei den kleineren Kommunen nur diejenigen berücksichtigt, die im Westen mindestens fünf Prozent und im Osten mindestens drei Prozent an Menschen mit Migrationshintergrund beziehungsweise mit ausländischem Pass aufweisen, das heißt, die ganz kleinen Kommunen ohne Zuwanderung haben wir nicht in die Studie aufgenommen.

Die Studie beruht im Wesentlichen auf Selbstauskünften der lokal Zuständigen. Das hat Nachteile in dem Sinne, dass wir nicht die Chance hatten, ein einheitliches Bewertungsraster zu entwickeln und zu überprüfen. Wir waren darauf angewiesen, wie die Kommunen sich jeweils selbst einschätzen, meist wurden die Fragebögen von den Integrationsbeauftragten ausgefüllt, manchmal auch von den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen. Das Problem dabei ist weniger der Umgang mit der Wahrheit. Man weiß als Teilnehmer einer solchen Befragung ja ohnehin nicht genau, ob es besser ist, eher Mängel darzustellen oder eher Erfolge zu präsentieren. Das Problem sind vielmehr die unterschiedlichen Maßstäbe. Was für den einen lokal schon ein großer Erfolg sein kann, ist für den anderen gerade einmal der Auftakt für eine beginnende Auseinandersetzung.

Wir haben insgesamt feststellen können, dass dem Thema Lokale Integrationspolitik in 71,5 Prozent der Kommunen eine sehr hohe oder hohe Bedeutung zugemessen wird und die Bedeutung mit der Gemeindegröße und dem Ausländeranteil variiert. Das mag zunächst einmal selbstverständlich erscheinen, aber wir wissen nun im Kontrast zu vielen öffentlichen Debatten, dass fast alle Großstädte, 63 Prozent der Landkreise und knapp die Hälfte der Kleinstädte und kleineren Gemeinden bis 5.000 Einwohner der lokalen Integrationspolitik ein größeres Gewicht geben. Dass die Bedeutungszuweisung zudem mit dem Anteil an Migrantinnen steigt, mag trivial erscheinen, widerspricht aber der gelegentlich vorgetragenen Aussage, es wäre eher zufällig, ob sich eine Kommune um das Thema kümmert oder nicht. Wir können dagegen feststellen: Dort, wo viele Migrantinnen und Migranten leben, wird das Thema auch wichtiger genommen. Zudem konnten wir eine allmähliche „Ablösung“ von einem reaktiven Defizitansatz beobachten, der Probleme von und mit bestimmten Zuwanderungsgruppen in besonderen Sozialräumen ins Zentrum rückt. Inzwischen werden vermehrt die Chancen, Potenziale und Ressourcen von Zuwanderung für die gesamte Kommune wahrgenommen, wenn Demografie, Fachkräftemangel, aber auch Präventionsthemen in den Vordergrund treten.

Wir haben sehr unterschiedliche Umsetzungsgrade in den einzelnen Handlungsfeldern. Hoch ist die Umsetzung im Bereich der Unterstützung lokaler Netzwerke, im Engagement für Vielfalt und Toleranz, in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, bei der Betonung der sozialräumlichen Integration und in den Bereichen Sprache und Bildung. Da sind jeweils zwei Drittel bis drei Viertel aller befragten Kommunen aktiv. Das hat zum Teil auch mit einschlägigen Bundesprogrammen zu tun, ich denke z.B. an die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, für Vielfalt und Toleranz, aber natürlich auch an „Soziale Stadt“. Zudem wird in denjenigen Bereichen mehr getan, die geringere Kosten verursachen, vielleicht sogar Entlastungen verschaffen und leichter zu bewerkstelligen sind. Sie werden in Zeiten knapper Kassen bevorzugt. Dies gilt besonders für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements oder von Netzwerken, die in der Regel zunächst einmal keine großen Investitionen erfordern. Deutlich niedriger ist das Engagement der Kommunen in den Bereichen Ethnische Ökonomie und Interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie in den Bereichen Monitoring und Evaluation. Dort stellen wir deutlich geringere Umsetzungsgrade fest.

Ein weiteres Ergebnis: Es gibt – entgegen der öffentlich geäußerten Befürchtung, es könnte durch die Empfehlungen zu einer Standardisierung und Vereinheitlichung lokaler Integrationspolitik kommen – sehr unterschiedliche lokale Entwicklungspfade. Der besondere Ort spielt, wie das heute schon betont wurde, wirklich eine Rolle. Die Aussagen bezüglich Ge-

meindegrößen und Migrantenanteilen stellen zwar grobe Orientierungsmarken dar, aber erfassen noch nicht das gesamte kommunale Geschehen. Vor Ort haben wir sehr unterschiedliche lokale Profile angetroffen. An keinem Ort der Republik sieht Integrationspolitik gleich aus, wir finden immer wieder spezifische lokale Zugänge. Es gibt in unserer Stichprobe z.B. um die hundert verschiedene Varianten, wo das Thema Integration in der Kommunalverwaltung angesiedelt ist. Wir haben mehr als siebenzig oder achtzig Bezeichnungen für Ausländerbeiräte, Integrationsbeiräte etc. vorgefunden – ob diese Vielfalt immer hilfreich ist, sei dahingestellt.

Ich darf Ihnen hier kurz einige Profile für die verschiedenen Größenklassen vorstellen. Die Großstädte über einhunderttausend Einwohner sind nahezu zu 100 Prozent in den Bereichen Förderung lokaler Vernetzung und Förderung des freiwilligen Engagements aktiv. Deutlich niedriger sind die Aktivitätsraten in den Bereichen Monitoring und Evaluation oder in Sachen Förderung der ethnischen Ökonomie. Bei den Landkreisen gibt es einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeitsstruktur, in den Netzwerken. Das hat natürlich etwas mit ländlichen Strukturen und größeren Räumen zu tun, aber wir finden auch Schwerpunkte im Einsatz von Bildungslotsen und in der Unterstützung der beruflichen Integration von Zugewanderten. Vergleichsweise gering sind bei den Landkreisen die Werte für politische Beteiligung und für die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in der öffentlichen Verwaltung sowie bei der Förderung der ethnischen Ökonomie.



Die Mittelstädte über 20.000 bis 100.000 Einwohner engagieren sich besonders stark in den benachteiligten Quartieren. Sie fördern das freiwillige Engagement und die Vernetzung. Die Kleinstädte und Gemeinden haben ihre höchsten Werte ebenfalls in der Stärkung benachteiligter Quartiere, aber auch im Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit. Von geringer Bedeutung sind in den kleineren Städten kommunale Integrationsstrategien, die Dokumentation und Evaluation der Integrationsarbeit, aber auch die Förderung ethnischer Ökonomie. Bei den Kommunen mit den größten Migrantenanteilen – über 20 Prozent – stellen wir eine besondere Betonung von langfristig aufgestellten Arbeitsstrukturen fest, es geht dort also um die Bildung von Netzwerken mit Migrantenorganisationen und anderen Gruppierungen. Wir finden dort ebenfalls eine intensive Förderung des freiwilligen Engagements für und mit Migranten und eine starke Nutzung der integrationspolitischen Kompetenzen von Zuwanderern.

Die Kommunen mit den niedrigsten Migrantenanteilen von unter zehn Prozent engagieren sich dagegen am stärksten gegen Fremdenfeindlichkeit und für Vielfalt und Toleranz. Hier findet sich eine Bestätigung für das, was Frau Akyün schon angedeutet hat. Dort, wo es wenige Migranten gibt, sind die größten Probleme mit Fremdenfeindlichkeit zu finden, vielleicht auch, weil die alltäglichen Kontakte fehlen oder nur wenig vorhanden sind. Es kann deshalb als eine wichtige Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit angesehen werden, Orte und Treffpunkte zu schaffen, die alltägliche interkulturelle Begegnung ermöglichen. Dieses Ergebnis ist für manche vielleicht überraschend. Zwei Drittel der kleineren Kommunen mit

einem geringeren Migrantenanteil geben diesem Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit eine hohe und sehr hohe Bedeutung und unterstützen entsprechende lokale Netzwerke. Auch in den kleineren Kommunen wird besonderes Gewicht auf die Schaffung eines integrationspolitischen Netzwerkes, einer Arbeitsstruktur gelegt, um mit dem Thema besser umzugehen. Mit steigendem Migrantenanteil gewinnt die Entwicklung einer eigenen Gesamtstrategie im Bereich Integrationspolitik an Bedeutung und wird das freiwillige Engagement, etwa der Einsatz von Bildungslotsen, unterstützt.

Am ausgeprägtesten sind die Differenzen zwischen den Kommunen mit den höchsten und jenen mit den niedrigsten Migrantenanteilen in den Bereichen Kommunale Gesamtstrategie, Förderung interkultureller Kompetenzen, Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung, Stärkung der Beteiligung sowie Förderung des freiwilligen Engagements. Da finden wir Unterschiede von 40 bis 60 Prozent in den Aktivitätsniveaus. Wir haben herausgefunden, dass die Vermutung, die den Empfehlungen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zugrunde liegt – nämlich dass eine strategisch aufgestellte kommunale Integrationspolitik Vorzüge hat und dass man diese als Querschnittsaufgabe anlegen, ein Integrationskonzept entwickeln und dieses entsprechend in allen Politikfeldern voranbringen sollte –, außerordentlich sinnvoll und ertragreich war. Wir haben herausgefunden, dass diejenigen Kommunen, die eine solche aktive, strategisch orientierte Integrationspolitik betreiben, nicht nur die lokale Bedeutung des Themas voranbringen; die strategisch angelegte Integrationspolitik wirkt sich vielmehr stark auf das Engagement der Kommunen in allen anderen Integrationsfeldern aus – und zwar in dem Sinne, dass jeweils 40 bis 60 Prozent mehr Aktivitäten in den verschiedenen Handlungsfeldern in diesen Kommunen zu verzeichnen sind. Wir haben erhoben, dass drei Viertel der Integrationskonzepte erst seit 2005 entwickelt wurden und ein Viertel davon erst seit 2009. Daraus wird ersichtlich: Die Empfehlungen des Nationalen Integrationsplans von 2007 haben diesen Prozess offensichtlich befördert und mit dazu beigetragen, dass eine strategisch orientierte, sich tendenziell in alle Bereichen der Kommune auswirkende Integrationspolitik betrieben wird. Das dürfte für die Autoren der Empfehlungen des Nationalen Integrationsplans ein außerordentlich befriedigendes und auch bestätigendes Resultat sein. Man muss ergänzen, dass diese strategische Orientierung auch in einigen integrationspolitischen Landesprogrammen eine Rolle spielt, z.B. sehr stark in NRW durch das Programm KOMM-IN, das Kommunen dabei unterstützt, eben solche Integrationspläne und -strategien zu entwickeln, um damit dem Politikfeld selbst, dieser politischen Aufgabe, kommunal eine größere Bedeutung zu verschaffen.

Dass noch viel zu tun bleibt, wird mit dem Blick auf die Gemeindegröße deutlich. Integrationspläne gibt es nur in sieben Prozent der Kleinstädte und Gemeinden, während 76,9 Prozent der Großstädte über einen Integrationsplan verfügen. Das heißt, gerade in der Fläche, in den kleineren und mittleren Städten fehlt meist noch ein strategischer Ansatzpunkt, auch da, wo eigentlich der Migrantenanteil relativ groß ist.

Einige Bereiche der kommunalen Integrationspolitik wurden durch überlokale Programme stark gefördert. Wir haben danach gefragt: Wie werden die Programme des Bundes, der Europäischen Union und der Länder wahrgenommen? In der Bewertung der Kommunen schneiden die Programme Soziale Stadt, die Programme des Europäischen Sozialfonds und die Angebote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (bamf) besonders gut ab. Drei Viertel der befragten Kommunen bewerten diese Programme als besonders wichtig für ihre

Arbeit und sehen Initiativen ihrer jeweiligen Bundesländer als hilfreich an. Wir haben jedoch festgestellt, dass es ein überraschend großes Gefälle zwischen den Kommunen der einzelnen Bundesländer gibt, was die Wahrnehmung der jeweiligen Landesaktivitäten angeht; sie werden in einem Spektrum von 80 bis 20 Prozent eingestuft – 80 Prozent der Kommunen in einem Bundesland beurteilen die Aktivitäten als besonders gut, in einem anderen Bundesland sind es nur 20 Prozent. Mit anderen Worten: Die Länder haben noch sehr viel Spielraum, die Kommunen darin zu unterstützen, lokale Integrationspolitik voranzubringen.

In Sachen sozialräumlicher Integration verweisen drei von fünf befragten Kommunen auf Sozialräume mit Integrationsdefiziten. In Großstädten sind es rund drei Viertel, bei den Kleinstädten und Gemeinden sind es aber immerhin noch über 30 Prozent, die auf solche sozialräumlichen Problemzonen in ihren Kommunen verweisen und sich vor sozialräumliche Herausforderungen gestellt sehen. Es gibt sie also auch in kleineren Gemeinden und in ländlichen Regionen und sie werden dort auch als solche wahrgenommen. Wie reagieren die Kommunen in diesem Handlungsfeld? Sie versuchen, niedrigschwellige soziale Angebote zu entwickeln, gehen in Richtung alltägliche Begegnung und quartiersnahe Angebote der sozialen Dienste. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Netzwerkbildung, ein dritter die Bewohnerbeteiligung. Überraschend viele der Kommunen, die solche sozialen Problemzonen benennen, gehen in diesen Problemzonen in Richtung lokale Bildungslandschaften. 43,3 Prozent der Kommunen mit sozialräumlichen Herausforderungen sagen, dass sie auf eine breite kommunale Mobilisierung für Bildung und Berufschancen setzen, indem sie z.B. Übergangslotsen, Integrationshelfer, Stadtteilmütter usw. fördern. Deutlich ist in diesem Kontext auch das außerordentliche Gewicht der überregionalen Initiativen, vor allem der Bundesprogramme. Besonders die ESF-Programme und das Programm Soziale Stadt werden als die „Treiber“ angesehen, die lokale Integrationspolitik in der sozialräumlichen Dimension vorgebracht haben. 96,9 Prozent der Großstädte haben solche Programme genutzt, bei den kleineren Städten sind es immerhin noch 20,9 Prozent. Die Großstädte sind – und dies ist die Kehrseite dieser Entwicklung – in hohem Maße von den Programmen des Europäischen Sozialfonds und der Sozialen Stadt abhängig in dem Sinne, dass ihnen dadurch erst die Möglichkeiten eröffnet worden sind, anspruchsvolle und lokal angepasste Konzepte zu entwickeln.

Abschließend noch kurz zu den Forderungen und Perspektiven, die die Kommunen in diesen Befragungen vorgebracht haben. Vor allem die kleineren Gemeinden fordern, dass sie künftig stärker bei Bundes- und Landesprogrammen berücksichtigt werden. Vieles gehe noch zu sehr in die größeren Städte, und es werde noch zu wenig berücksichtigt, dass sich lokale Integration auch im ländlichen Raum und in Kleinstädten abspielt. Auch dort wird Unterstützung benötigt, vor allem mit Blick auf Konzeptions- und Strategiefragen. Gefordert wird, dass Integrationspolitik in der Landespolitik stärker verankert wird. Es gebe Länder, die da noch sehr wenig vorzuweisen haben. Vor allem wird eine bessere Ressourcenausstattung gewünscht. Deshalb kommt aus einigen Kommunen der Vorschlag, kommunale Integrationspolitik in den Kommunalverfassungen und Gemeindeordnungen als kommunale Pflichtaufgabe zu verankern. Damit wird offensichtlich die Hoffnung verbunden, für diese Aufgabe entsprechende finanzielle Spielräume zu bekommen, um lokale Integrationspolitik auch in Zeiten knapper Kassen finanzieren zu können. Freiwillige Aufgaben bleiben unter Haushaltssicherungsbedingungen allzu oft auf der Strecke. Ein anderer Vorschlag geht in Rich-

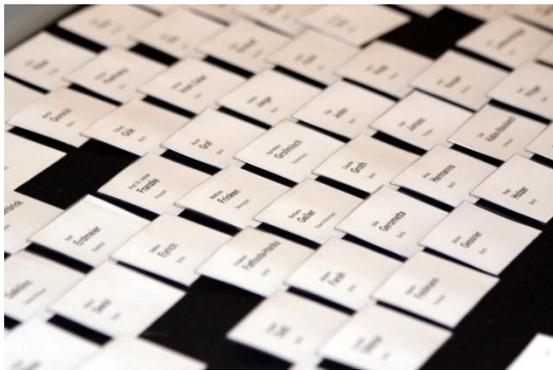
tung „Fallpauschalen“, das heißt Beträge, die für diese kommunale Aufgabe in Relation zum Anteil der Zugewanderten an der lokalen Wohnbevölkerung von der Landesebene zur Verfügung gestellt werden.



Lassen Sie mich noch ein, zwei Überschriften nennen, um Ihnen weitere Anregungen zu geben. In den Befragungen und vor allem in den Vor-Ort-Gesprächen wurde deutlich, dass wir in dem Bereich der politischen Inklusion, also der politischen Mitsprache von Migrantinnen und Migranten, vielerorts erst am Anfang stehen und überall an rechtliche und vor allem bundespolitische Grenzen stoßen. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Zugewanderten im politischen Raum ist in Deutschland auch kommunal wirklich nicht gegeben. Beispielsweise haben nur 15,4 Prozent der Kleinstädte und Gemeinden überhaupt eine Vertretung von Migrantinnen und Migranten. Es ist hoch an der Zeit, politische Gleichberechtigung, Gleichheit auch als eine wichtige integrationspolitische Voraussetzung zu begreifen – nicht zuletzt, um die Migrantinnen und Migranten für das demo-

kratische Gemeinwesen zu gewinnen. Es wäre zweitens wichtig, mit den wirtschaftlichen Potenzialen der Migrantinnen und Migranten anders umzugehen. Festzustellen ist eine Vernachlässigung und gelegentlich sogar eine Herabwürdigung der ökonomischen Produktivität von Migrantinnen und Migranten. Einige der befragten Kommunen haben diese Ausgrenzung in hervorragender Weise überwunden. Sie fördern nicht nur die unternehmerischen Aktivitäten von Zugewanderten vor Ort, sondern verbinden dies sogar mit außenwirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Aufgaben. Es handelt sich um ein wirtschaftliches Potenzial, das wir auch politisch gar nicht ernst genug nehmen können. Erinnerung sei nur an die Ressentiments, die wir im Zusammenhang mit den sogenannten Dönermorden erleben mussten.

Ein Hinweis noch zum Schluss meines Beitrags: Angesichts der demografischen Entwicklung steht vielerorts der Schritt von der Integrations- zur Zuwanderungspolitik an. Einige Kommunen sind hier schon vorangegangen, Hamburg etwa in hervorragender Weise mit einer entsprechenden Willkommenskultur. Es ist nötig, öffentlich zu sagen, dass wir uns ökonomisch und gesellschaftlich nur weiterentwickeln können, wenn wir offensiv auf Zuwanderung setzen. Integration ist demnach nicht nur als ein Bestandsthema, sondern als ein Entwicklungsthema zu begreifen. Dazu müssen wir uns und unsere Kommunen fit machen für Diversität und Vielfalt.



Integration vor Ort in der Praxis:

Rosenheim

Helmut Cybulski, Dezernent für Stadtplanung, Bauordnung, Bauwesen der Stadt Rosenheim

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung zu einem Erfahrungsbericht aus Rosenheim, der kleinsten der drei Städte, die sich heute im Rahmen dieser Fachtagung vorstellen dürfen. Zunächst einige Daten: Rosenheim ist Oberzentrum mit 60.000 Einwohnern, im Schwerpunkt von Südostoberbayern gelegen, im Städtedreieck zwischen München, Salzburg und Innsbruck. Die Stadt ist Mitglied der Metropolregion München und zählt, wenn auch ganz am Rande gelegen, mit ihren wirtschaftlichen, demografischen und naturräumlichen Rahmenbedingungen sicherlich zu den bevorzugten Regionen der Republik.



Auch in einer grundsätzlich stabilen gesamtstädtischen Situation hat die Stadt Rosenheim sehr früh mit vorbereitenden städtebaulichen Untersuchungen und Sozialdatenanalysen begonnen, um Strukturschwächen von Stadtteilen zu erkennen. In insgesamt drei stark verdichteten Stadtteilen wurden Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf gesehen. In einzelnen kleinräumigen Einheiten liegt der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund immerhin bei über 50 Prozent, gesamtstädtisch liegt er zwischen 30 und 40 Prozent. Um diese verdichteten Stadtteile nicht aus dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konzept der Gesamtstadt herausfallen zu lassen, hat die Stadt sehr früh – 1999 – für sie den Status eines Programmgebiets Soziale Stadt beschlossen. Vorübergehend war sogar ein viertes Quartier der Sozialen Stadt aktiv, die Altstadt Ost, die nunmehr in ein Quartier des Förderprogramms Stadtumbau West übergeführt wurde. In allen drei Quartieren wurden im Jahr 2000 Dialogprozesse zwischen Bewohnern, Organisationen, Politik und Verwaltung in Gang gesetzt. Ein sehr früher Ansatz sah auch die Installation von Bürgerhäusern, von Stadtteilläden bzw. Stadtteilbüros vor. Einen wesentlichen Mangel hatten die vorbereitenden Untersuchungen im Fehlen von Treffmöglichkeiten, Kommunikations-, Begegnungsstätten für Familien und Jugendliche, ältere Bürger und ethnische Gruppierungen gesehen, und es war die klare Empfehlung ausgesprochen worden, hier tätig zu werden.

Gleichzeitig wurden auch Quartiersmanager als eine wichtige Organisationsform integriert. Die Soziale Stadt ist bei unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft GRWS eingerichtet, die ein wichtiger Eigentümer und Vermieter in den Stadtteilen mit verdichtetem Wohnungsbau ist. Es treffen dabei zwei Interessen aufeinander: erstens das Eigeninteresse unserer Wohnungsbaugesellschaft, im Quartier für stabile Verhältnisse bei den Mietern zu sorgen, und zweitens das Interesse der Stadt, in und mit der Wohnungsbaugesellschaft schnell, effektiv und effizient tätig zu werden. So konnten auch die Quartiersmanager zunächst als Mitarbeiter der GRWS ihre Arbeit aufnehmen.

Die Herausforderung ist natürlich, in einem zeitlich begrenzten Programm mit Bürgerbeteiligung schnell und wirksam zu arbeiten. Wir sind die Integration quartiersbezogen angegangen und haben versucht, die Integration als Vielfalt zu nutzen, als Bereicherung für Kultur, Wirtschaft, Soziales und Politik. Im Nachhinein betrachtet hat sich schnell ein Geist der gestaltenden Teilhabe und des gesellschaftlichen Handelns entwickelt, ein Miteinander-Reden, und in vielen großen und kleinen Gesprächsrunden wurden Ideen entwickelt und Konzepte geboren.

Die ersten größeren baulichen Maßnahmen waren die Schaffung von Treffpunkten in geschlossenen und offenen Räumen, Bürgerhäuser sowie Plätze vor den Bürgerhäusern. Auch hier war es wieder ein Vorteil, dass die Wohnungsbaugesellschaft GRWS als Träger des Gesamtprojektes Soziale Stadt diese Gebäude mit relativ bescheidenem Aufwand in ihrem Bestand einrichten konnte. Wir sind überzeugt, dass die Bürgerhäuser als die für alle wahrnehmbaren Orte des Bürgerengagements in den Stadtteilen die wichtige Grundlage für die integrative Arbeit und damit tragende Strukturprojekte sind.

Zwei Bürgerhäuser bestehen bereits; im dritten Quartier ist ein weiteres Bürgerhaus in Planung, hier stecken wir aber in Finanzierungsproblemen. Wahrscheinlich haben wir uns hier einfach zu viel vorgenommen: einen sehr komplex angelegten Neubau mit vielen Vereinsräumen, z.B. für diverse Musikkapellen. Dieses Projekt steht leider auf der Kippe bzw. wird überarbeitet werden müssen. Nicht nur in den Bürgerhäusern, auch an vielen anderen Orten in den Stadtteilen, in den Schulen, in den Pfarrzentren wird die Integration in der konkreten Projektarbeit gestaltet. Gemeinsamkeit, das menschliche Miteinander steht natürlich immer wieder im Vordergrund, wird gelebt, bei Stadtteilsten gepflegt, in Bayern natürlich auch gut als Maibaumfest gestaltbar. Wir versuchen diese Stadtteilsten so interessant zu gestalten, dass die ganze Stadt an diesen quartiersbezogenen Aktivitäten Anteil nimmt und so auch Schwellenängste abgebaut werden.

Bei der Umgestaltung und Ergänzung von Spielplätzen lassen sich immer wieder freiwillige Helfer motivieren, wie etwa beim Bau einer Wasserstelle auf einem Spielplatz. Die Radelwerkstatt ist ein Projekt aus dem Projektbereich „Stärken vor Ort“. Nicht fehlen darf in allen drei Quartieren die regelmäßig erscheinende Stadtteilzeitung auch als wichtiges Strukturprojekt – aus unserer Sicht unverzichtbar, um die Integration vor Ort nachhaltig zu gestalten. Sie informiert über alle aktuellen Entwicklungen vor Ort. Ein anderes Projekt der gegenseitigen Verständigung – interkultureller Austausch lautete vorhin das Stichwort – war im vergangenen Jahr die Moscheenrundfahrt mit Bürgern und Vertretern aus Verwaltung und Politik. Ein wichtiger Baustein in der Integrationsarbeit sind auch die Planungsinformation und Planungsdiskussion. Wir laden die Menschen ein, sich aktiv zu beteiligen oder zumindest zur Kenntnis zu nehmen, was in ihren Stadtteilen geplant ist. So erfahren sie, dass hier sehr spannende gemeinsame Planungsprozesse in Gang kommen.

Das Thema Wohnumfeld und Wohnumfeldnutzung spielt auch bei uns eine Rolle. Gerade Jugendliche lassen sich bei der Wohnumfeldgestaltung, beim Bau von Treffpunkten – bei ansonsten sehr trostlosen Außenanlagen – recht gut motivieren.

Wir betreiben sehr vielfältige Bildungsprojekte, sei es Nachhilfe durch Studierende der Hochschule in den Moscheen, seien es Angebote unterschiedlicher Deutschkurse. Die Bildungsoffensive ist ein wichtiger Themenschwerpunkt in der Integrationsarbeit.

Auch individuelle Initiativen können unterstützt werden, hier das Kinomobil. Dies war in den letzten beiden Sommern eine ganz beliebte sommerliche Freiluftveranstaltung, nicht nur in den Quartieren, sondern darüber hinaus auch in der Gesamtstadt. Gitarrenkurse, Unterstützung von Musikbands, das sind Projekte, die Sie wahrscheinlich auch aus Ihren Städten kennen.

Ein viel beachtetes Ehrenamtsprojekt ist der Miniladen in einem der Stadtteile. Hier war das große Thema die wohnungsnahe Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Es ist in Kooperation mit einem Lebensmittelsupermarkt, der die Waren liefert, gelungen, einen ehrenamtlich betriebenen Nachbarschaftsladen zu etablieren. Dieser stellt mittlerweile schon seit vier, fünf Jahren den täglichen Bedarf gerade für die Älteren sicher.

Weitere Beispiele für gelungene Projekte sind eine Musikwerkstatt in einer alten Waschküche – im Programm „Stärken vor Ort“ entwickelt –, und Freizeitangebote für Jugendliche, die innerstädtische Brachflächen im Quartier neu entdecken, temporär aufwerten und dabei auch beachtliche Kreativität entfalten – hier bei dem Projekt „Sitzmöbel in der Stadt“. Und als letztes Beispiel aus diesem bunten Bilderbogen möchte ich den Adventsmarkt vor dem Bürgerhaus nennen.

Wenn ich jetzt Bilder aus der Projektarbeit gezeigt habe, wollte ich Beispiele vorstellen, aber nicht den Eindruck erwecken, dass die Auswahl beliebig ist. Wichtig ist uns in der Projektarbeit die klare Ziel- und Schwerpunktsetzung, ein Plan, ein System, eine Struktur. Am Beispiel „BIWAQ – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ wird es vielleicht deutlich: Ein Themenschwerpunkt der Projekte ist die Ausbildung und Beschäftigung im Quartier. Wir haben unter dem Dach BIWAQ ganz aktuell zwei Projekte gestartet. Das eine ist ein orientalisches Partyservice, bei dem wir die Potenziale, die „Stärken vor Ort“ nutzen. Viele türkische Frauen kochen wunderbar, das haben wir vorher schon gehört, und dieses Potenzial nutzen wir mit dem Aufbau dieses Partyservices, den wir organisieren und unterstützen. Ein anderes Projekt aus der BIWAQ-„Schiene“ ist das Unternehmernetzwerk von Kleinst- und Kleinunternehmern – ob das der Dönerbuden-Inhaber, der Änderungsschneider oder auch ein etwas größerer mittelständischer Unternehmer ist. Wir stellen fest, dass gerade Unternehmer mit Migrationshintergrund oft Berührungspunkte im Hinblick auf Organisationen wie Handwerkskammer und IHK haben: Über die Vernetzung gelingt es, besser integrativ zu arbeiten.



Ein erklärter Schwerpunkt ist auch die Beschäftigung im Quartier, die Ausbildung von Jugendlichen. Wir initiieren Kooperationen, gemeinsame Ausbildungen durch verschiedene Kleinunternehmer. Es ist uns wichtig, Fördermittelketten zu initiieren, also Förderprogramme sinnvoll auf dem Weg zu unseren thematischen Schwerpunkten zu nutzen; unsere Fachleute nennen es gerne die Fördermittelkette im Gegensatz zum Fördermittelhopping, bei dem man beliebig Fördermittel abgreift, um irgendetwas zu machen. Es geht nicht darum, irgendetwas

zu machen, sondern die thematischen Schwerpunkte in den Quartieren gut zu machen. Wir haben zwei Schwerpunktbildungen: Wirtschaft und Arbeit im Quartier ist die eine, kulturelle Bildung für Kinder, Jugendliche und Familien im Stadtteil die andere.

Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integration vor Ort ist nach unserer Erfahrung die Einbindung und Information der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Politikerinnen und Politiker sind in allen Stadtteilversammlungen, der Bürgerstiftung und vielen Einzelprojekten vertreten, nur so kann gegenseitiges Verständnis über die Arbeit vor Ort, Verständnis für unsere Arbeit bei den Entscheidungsträgern wachsen.

Was bringt die Integrationsarbeit vor Ort? In jedem Fall bringt sie einen Imagewandel. Er liegt vor allem darin, dass ein Vielfaches an bürgerschaftlichem Engagement zu beobachten ist. Die Menschen handeln selbstständig und sind in den Stadtteilen aktiv. Die Stadtteile werden nicht als soziale Brennpunkte wahrgenommen, sondern als eigenständig aktiv und lebendig. 1999, als wir entscheiden mussten, wie wir unsere Quartiere für die Soziale Stadt definieren, war die Diskussion noch beherrscht von der Sorge, dass Quartiere, die den Stempel Soziale Stadt bekommen, als Problembereiche stigmatisiert werden. Wir stellen jetzt nach über zehn Jahren fest, dass das Gegenteil eingetroffen ist: Die Bewohner, die Bürger in ihren Stadtteilen nehmen unglaublich aktiv und lebendig an der Gestaltung ihrer Quartiere teil. Es haben sich Netzwerke zwischen den Bürgern und Institutionen entwickelt. Die Soziale Stadt hat Strukturen geschaffen, die Beteiligungsprozesse der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen, und die Politik hat diese Beteiligungsstrukturen unterstützt.

Eine wichtige Initiative als Teil des Aktionsplanes „Stärken vor Ort“ ist die Bürgerstiftung. Die Bürgerstiftung ist uns auch deshalb wichtig, weil es mit ihr gelingt, das Anliegen der Sozialen Stadt auf eine breitere Basis in der Bürgerschaft zu übertragen. Es hat sich eine Initiativgruppe von derzeit 58 Stiftern bzw. Mitgliedern gebildet. Es sind Familien, Stadträte, Unternehmer, aber auch Religionsgemeinschaften, Versicherungen, Wirtschaftsprüfer, Ärzte, Vereine. Es sind auch Bürger dabei, die sehr wenig Geld haben und von denen man gar nicht annimmt, dass sie sich hier einbringen wollen. Aber es gelingt uns mit dieser Bürgerstiftung, noch mehr Aufmerksamkeit auf das gesamtstädtische Anliegen Soziale Stadt zu lenken. Es sind auch Bürger mit Migrationshintergrund dabei, so wie Herr Karavil, Inhaber von zwei Läden, der nach seinen eigenen Worten zeigen will, dass Integration sehr wohl funktionieren kann und auch Zuwanderer eine gute Chance haben, dass aus ihnen „etwas wird“. In der konkreten Umsetzung ist beispielsweise ein Projekt dieser Bürgerstiftung, das Schulfrühstück, mit dem Ziel, dass jedes Kind, jeder Jugendliche in Rosenheim, der zur Schule geht, ein ordentliches Frühstück mitbekommt. Hier nehmen die Bürger sowohl mit ihren finanziellen Möglichkeiten als auch selbst aktiv teil.

Um die Organisationsstruktur der Sozialen Stadt verstehen zu können, ist hier noch ein Hinweis zur Sozialraumorientierung in Rosenheim erforderlich. Die Stadt hat auf sozialräumliche Prinzipien gesetzt und das Stadtgebiet in drei Sozialräume aufgeteilt: Nord, Ost und West, mit jeweils ca. 20.000 Einwohnern. Es handelt sich um Quartiere mit etwa vergleichbarer Sozialstruktur, und jeweils im Schwerpunkt dieser drei Sozialräume liegt auch das Quartier der Sozialen Stadt, so dass auch hier eine optimale Vernetzung mit den Sozialträgern und den besonderen Initiativen der Sozialen Stadt möglich ist.

Die Verstetigung der Sozialen Stadt ist nicht nur durch die Vorgabe der Förderbehörden ein zentrales Anliegen. Alle Prozesse und die Projekte, die für eine nachhaltige Wirkung der Sozialen Stadt für uns unverzichtbar sind, nennen wir Strukturprojekte. Dazu zählen für uns der Betrieb der Bürgerhäuser genauso wie die Freiwilligen-Agenturen, die Stadtteilversammlungen, die Begleitausschüsse, die Bürgerstiftung oder auch das Programm „Kulturelle Bildung“. In einem Diagramm wird deutlich, wie wir zur Sicherung des bisher Erreichten die Strukturen weiterführen wollen oder sie derzeit schon weiterführen. Die drei Bürgerhäuser bilden die zentralen Anlaufstellen unter dem Dach unserer Wohnungsbaugesellschaft, von dieser auch verwaltet und betrieben. Aus dem Quartiersmanagement sind inzwischen Freiwilligen-Agenturen geworden, Mitarbeiter von sozialen Trägern, die Trägerschaft für die Freiwilligen-Agenturen wurde ausgeschrieben. Es haben sich Sozialträger gefunden, die einen Mitarbeiter abstellen für ca. 15 bis 20 Stunden pro Woche. Diese Mitarbeiter verstehen sich als die Netzwerkarbeiter, die Kooperationspartner in den Bürgerhäusern und sie moderieren die Stadtteilversammlungen. In Letzteren werden die Bürgerfonds für Bürgerprojekte verwaltet, 25.000 Euro pro Jahr ist im Moment der Etat der Bürgerfonds pro Quartier. Sie initiieren und koordinieren die Ehrenamtstätigkeit in den Quartieren – immerhin beläuft sich die Zahl der ehrenamtlich Tätigen, die über die Freiwilligen-Agentur erfasst sind, schon auf über 500 Personen. Sie moderieren die Sitzungen der Begleitausschüsse für die Begleitung der gesamtstädtisch angelegten sozialen Programme auf der Stadtteilebene, „Stärken vor Ort“ oder auch „Kulturelle Bildung“, und sie arbeiten natürlich niederschwellig, sei es als Familienpaten oder als Lernbegleitungen.

Wir gehen bei dem Konzept der Sozialen Stadt von einem Konzept für die ganze Stadt aus. Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement sind für die ganze Stadt von Bedeutung und sollen deshalb auch gesamtstädtisch weiterverfolgt werden. Abschließend: Zur Vorbereitung auf den heutigen Bericht habe ich die Quartiersmanager bzw. die Leiter der Freiwilligen-Agenturen gefragt, was für sie die Erfolgsfaktoren für ihre Arbeit sind. Drei Dinge wurden genannt: gemeinsames Handeln, aktives Mitgestalten sowie Einladungen und Begegnungen auf gleicher Augenhöhe.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Hamburg

Willi Rickert, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg

Frau Becker und ich haben unsere Präsentation in fünf Punkte aufgeteilt. Zu Beginn würde ich Ihnen gerne etwas zur Ausgangslage in Hamburg sagen, dann möchte ich Ihnen das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung vorstellen, das beschreibt, wie wir die Förderung der sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg konzipieren und durchführen. Im Anschluss daran wird Frau Becker zwei wesentliche Punkte aus unserer praktischen Arbeit aufgreifen, nämlich das Thema Partizipation und das Thema Bildung. Letzteres teilen wir uns, zum Schluss möchte ich ein kleines Fazit ziehen.



Zunächst ein Satz zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage: Ich arbeite in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung. Das heißt, ich bin für all das zuständig, was mit Städtebauförderung, Wohnungsbauförderung und mit Bodenordnung zu tun hat. Die Fachbehörde, in der ich arbeite, ist die ministerielle Ebene, staatliches und kommunales Handeln sind in Hamburg nicht getrennt. Wir sind eine Einheitsgemeinde, aber die kommunale Ebene, soweit man davon sprechen kann, gibt es in Hamburg auch, dies sind die Bezirksämter. Sie haben die operative Zuständigkeit für das gesamte „Geschäft“ wie Integration und Stadtteilentwicklung. Wir sind diejenigen, die die Programme verwalten, entwickeln, „controllen“, „monitoren“ und evaluieren.

Das Bild zeigt Ihnen die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, wir haben hier einen Landesdurchschnitt von ungefähr 30 Prozent und einen Ausländeranteil – wir sagen „Menschen mit ausländischen Pässen“ – von 13,6 Prozent. Das ist nicht gerade spektakulär, aber der Bezirk Hamburg-Mitte hat beispielsweise einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, der um die 50 Prozent liegt. In einzelnen Stadtteilen in Mitte beträgt der Anteil um die 70 Prozent. Die Verteilung ist im Wesentlichen so: Die mit Abstand häufigsten Herkunftsländer sind die Türkei mit ca. 18 Prozent und Polen mit 13 Prozent. Wie mir der Vorstandsvorsitzende unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sagt, haben sie in Stadtteilen mit sehr hohem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund Mieter aus 142 Nationalitäten.

Auf der nächsten Graphik sehen Sie die Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre mit Migrationshintergrund. Da liegt der Landesdurchschnitt schon bei 45,6 Prozent, und wir haben einzelne Viertel wie z.B. Veddel, in denen der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei 90 Prozent liegt. Was sagt uns das? Ich finde, wenn man sich diese Zahlen vor Augen führt, wird deutlich, dass man Integrationspolitik nicht so verstehen kann, wie man klassischerweise Sozialpolitik verstanden hat. Wenn über 60 Prozent der Jugendlichen in dem Quartier einen Migrationshintergrund haben, dann handelt es sich um eine politische Aufgabe, die alle anderen Politikfelder durchzieht – Soziologen haben dies vor kurzem als Cultural-Mainstreaming bezeichnet. Was damit gesagt werden soll: Es ist kein Spezialgebiet

der Sozialpolitik mehr, sondern eine Aufgabe, die man überall mitdenken muss. Das zeigen die Zahlen und vor allem deren räumliche Verteilung. Die Aufgabe, die sich mit der hohen räumlichen Konzentration von Bevölkerungsgruppen stellt, muss man lösen, auch um die strukturellen Benachteiligungen zu beseitigen, die weiterhin am Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem bestehen.



Jetzt zu unserem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung. Dies wurde vor eineinhalb Jahren vom Hamburger Senat beschlossen. Mit dem Rahmenprogramm werden alle Städtebauförderungsmittel des Bundes auf Landesebene gebündelt und können koordiniert eingesetzt und gesteuert werden. Dies macht es einfacher, passgenaue Einsatzgebiete zu finden, wenn von Seiten des Bundes neue, kleinteiligere Förderprogramme aufgelegt werden. Hier haben wir natürlich einen Vorteil, da wir gleichzeitig Land und Gemeinde sind. Auch wir müssen die Bundesmittel mit zwei Dritteln Landesmittel kofinanzieren, können aber alles gemeinsam verwalten. Zum Zweiten: Wir haben mit diesem Rahmenprogramm den Versuch unternommen, alle Fachpolitiken, die für den Sozialraum Relevanz haben, zu bündeln und sie in diesem Sozialraum einzubeziehen. Wir haben versucht, in allen unseren Fördergebieten die verschiedenen Fachgebiete, also Sozialbehörde, Bildungsbehörde, Kulturbehörde, mit ins Boot zu holen und deren Ressourcen dort zu bündeln. Wir haben so einen sehr guten Handlungsansatz mit diesem Programm entwickelt, es mangelt allerdings noch etwas an der Umsetzung.

Wir setzen in diesem Rahmenprogramm alle modernen Steuerungsinstrumente ein, z.B. ein kleinräumiges Sozialmonitoring. Bei der Konzeption unseres Monitorings haben wir uns an dem Berliner Monitoring orientiert und dieses unseren Erkenntnisinteressen angepasst. Aktuell wird der zweite Monitoringbericht veröffentlicht. Zudem haben wir ein neues Controlling-System aufgebaut und ein umfangreiches Evaluationskonzept entwickelt. Der Bund evaluiert seine Programme schon in verdienstvoller Weise, wir werden dies nun gebietsbezogen nachvollziehen. Ein wichtiges Feld in unserem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung ist natürlich die Integrationspolitik, die überall eine Rolle spielt. Die Karte, die Sie jetzt sehen, beruht auf unserem Sozialmonitoring, überall, wo Sie etwas Rot und dunkle Felder sehen, sind Gebiete mit niedrigem Status und niedrigen Dynamik-Indices. Und genau in diesen Gebieten sind wir bereits mit unseren Fördergebieten der Integrierten Stadtteilentwicklung aktiv. Damit leite ich weiter an Frau Becker.

Anna Becker, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg

Wie Herr Rickert schon ausgeführt hat: Integration ist neben Bildung, Beschäftigung und Wirtschaft eines der zentralen Handlungsfelder der Integrierten Stadtteilentwicklung. Ein weiterer wichtiger Handlungsansatz unseres Programms, der einen grundlegenden Bestandteil aller Gebietsentwicklungsprozesse darstellt, sind Beteiligung, Aktivierung und Em-

powerment, und zwar gerade der Bevölkerungsgruppen, die sich sonst an den Veränderungen in ihren Gebieten nicht beteiligen, aber von diesen im hohen Maße betroffen sind. Dazu gehören häufig auch die Anwohnerinnen und Anwohner mit Migrationshintergrund.

Eine weitere wichtige Aufgabe, um Integrationsprozesse im Quartier zu befördern, ist es, Orte der Begegnung wie Nachbarschaftstreffs oder Community-Center zu schaffen. Auf deren Bedeutung und die Hamburger Beispiele werden wir heute leider nicht eingehen können. Stattdessen möchten wir Ihnen den dritten Handlungsschwerpunkt unserer gebietsbezogenen Integrationsstrategien vorstellen, nämlich die Verbesserung von Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Diesen Aspekt wird Herr Rickert gleich noch vorstellen.



Ich komme jetzt zum Partizipationsansatz. Mit dem neuen Programm wurden die Anforderungen und Qualitätsansprüche auch für die Partizipations- und Beteiligungsverfahren in den Quartieren erhöht. Daher war es uns ein Anliegen zu bilanzieren, ob es mit den bisherigen Verfahren und Ansätzen gelungen ist, Menschen mit Migrationshintergrund in die Prozesse der Gebietsentwicklung und die formalen Gremien einzubeziehen.

Zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bot sich die Möglichkeit im Rahmen des bundesweiten Integrationsprogramms, eine Studie zum Thema „Partizipation vor Ort“ in Hamburg durchzuführen. In deren Rahmen wurden verschiedene Aspekte der Partizipation wie die Mitwirkung im Bildungsbereich, das parteipolitische Engagement und die Aktivitäten der Migrantenselbstorganisationen untersucht. Der für uns als Akteure der Stadtteilentwicklung interessante Schwerpunkt war es zu analysieren, inwieweit wir mit unseren formellen und informellen Beteiligungsstrukturen die Menschen mit Migrationshintergrund in den Gebieten der Stadtteilentwicklung erreichen. Unsere Befürchtungen und unser Verdacht haben sich leider bestätigt: Das gelingt uns bisher noch nicht wirklich gut.

Zu den ausgewählten Ergebnissen, die ich Ihnen jetzt kurz skizzieren möchte, gehört: Uns gelingt es schon, Migranten zu erreichen, aber überwiegend für temporäre Veranstaltungen, punktuelle Events, wie hier auf dem Bild für ein Suppenfest am Billebogen. Oder es wird gemeinsam eine Grünfläche umgestaltet, ein neuer Spielplatz gebaut – mit konkreten Aktionen kann man die Menschen folglich sehr gut aktivieren. Das gelingt auch über aufsuchende Ansprache, aber eine dauerhafte Einbindung oder auch Aktivierung für zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich des Stadtteils gelingt bisher leider selten. Das zeigt sich auch an dem Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtteilgremien. Dort sind sie in allen Fördergebieten bisher stark unterrepräsentiert. Die Studie kommt schließlich zu dem Fazit, dass die formellen Gremien, die wir in den Stadtteilen aufbauen, in ihrer Form durch die dort vorhandene Gesprächs- und Diskussionskultur sowie aufgrund des hohen Formalisierungsgrades für die Einbeziehung von einem hohen Anteil von Menschen mit

Migrationshintergrund, die in den Gebieten der Stadtteilentwicklung leben, nicht geeignet sind.

Wir hatten Glück, dass parallel zu der Studie ebenfalls ein Modellvorhaben im ExWoSt-Forschungsfeld des BBSR „Integration und Stadtteilpolitik“ im Bezirksamt Hamburg-Nord durchgeführt wurde. Unter dem Titel „Transkulturelle Sozialraumentwicklung“ wurden dort Runde Tische mit den Anwohnern mit Migrationshintergrund zu integrationsrelevanten Themen durchgeführt. Das Forschungsfeld hatte insgesamt das Ziel, neue Instrumente zu entwickeln, um Menschen mit Migrationshintergrund besser zu erreichen und ihnen auf geeignete Weise zu ermöglichen, ihre eigenen Vorstellungen für den Stadtteil einzubringen. In einem Stadtteil im Bezirk Hamburg-Nord, in Dulsberg, in dem 40 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund haben, aber auch viele Menschen im SGB II-Bezug leben, wurden Runde Tische durchgeführt. Das heißt, es wurden gezielt Menschen mit Migrationshintergrund und Migrantenselbstorganisationen angesprochen und für eine Teilnahme an den Runden Tischen begeistert. Zu den förderlichen Rahmenbedingungen zählten zudem eine Kinderbetreuung, ein Dolmetscher vor Ort und die Tatsache, dass es ein geschützter Raum war, in dem Menschen mit Migrationshintergrund frei und ohne sich wegen ihrer geringeren deutschen Sprachkenntnisse eingeschüchtert zu fühlen, miteinander diskutieren konnten. Auf diese Weise konnten klare Positionen zu stadtentwicklungsrelevanten Themen und Prozessen entwickelt werden, die Eingang in den politischen Diskussionsprozess fanden.

Das Fazit dieser Runden Tische war es, dass sich die Menschen aus den migrantischen Communitys kontinuierlich in einen über zwei Jahre andauernden Prozess engagiert eingebracht haben und gemeinsam Ergebnisse und Positionen erarbeitet wurden, die in das bezirkliche Integrationsleitbild und in einen lokalen Aktionsplan eingeflossen sind. Es handelte sich also nicht um die Erarbeitung einer abstrakten Metaebene, sondern um einen lokalen Plan mit konkreten Aktivitäten, die auch umgesetzt werden. So konnten die Menschen vor Ort direkt spüren und wahrnehmen, dass ihre Beteiligung Veränderungen in ihrem Umfeld nach sich zieht. Daher waren wir sehr erfreut, dass dieses Modellvorhaben in Hamburg so erfolgreich durch unsere Kollegen durchgeführt wurde, weil es uns viele Antworten auf die Fragen geliefert hat, die mit der gemeinsamen Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aufgeworfen worden waren.

Es gibt verschiedene Erfolgsfaktoren, die in diesem Modellvorhaben deutlich geworden sind: erstens der politische Rückhalt – die Bezirksversammlung hatte sich klar positioniert, dass sie sich mit den Ergebnissen, die in den Runden Tischen erarbeitet werden, befassen wird. Zudem wurde durch die Runde Tische das verbindliche bezirkliche Integrationsleitbild entwickelt, was diesen eine zusätzliche Bedeutung verliehen hat.

Daran zeigen sich auch die weiteren Erfolgsfaktoren: Vertrauen und Transparenz. Gerade Transparenz ist in Beteiligungsverfahren besonders wichtig. Menschen, die sich sonst eher nicht beteiligen, müssen auch sehen können, dass ihre Arbeit aufgenommen wird und dass sie sogar ihre eigenen Lebensbedingungen oder das Wohnumfeld verändern können. So gewinnen sie Vertrauen in das Prinzip der partizipativen Stadtteilentwicklung.

Auch personelle Kontinuität ist in der Anfangsphase, das heißt in den ersten Jahren, notwendig, da über die persönliche Ansprache die Motivation für den Beteiligungsprozess und die Glaubwürdigkeit von öffentlichen Gremien abhängt. Zur Offenheit von Verwaltungen des

Stadtteils: Dulsberg war schon lange ein Stadtteilentwicklungsgebiet, daher waren Beiräte schon vorhanden, und mit den Runden Tischen wurde eine Parallelstruktur aufgebaut. Wenn man beide Strukturen im Ergebnis zusammenführen will, muss man darauf achten, dass dort auch eine generelle Offenheit für neue Strukturen besteht, was eine nicht zu unterschätzende Anforderung an die bestehenden Gremien darstellt.

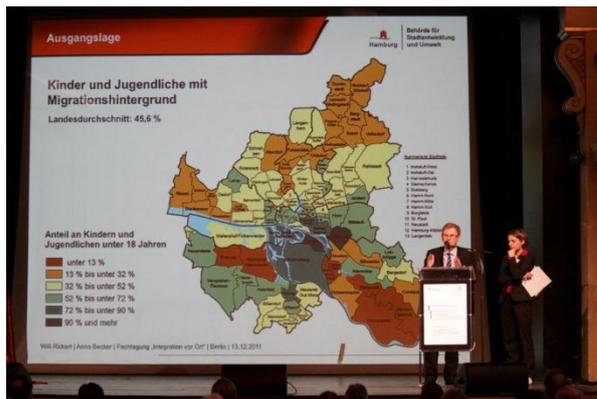
Auf der ministeriellen Ebene haben wir aus den Ergebnissen der Studie und dem Modellvorhaben gelernt, dass es bei der zielgruppenspezifischen Partizipation zusätzlicher Ressourcen und fachlichen Know-hows bedarf, denn Beteiligung gibt es nicht zum Nulltarif. Nur mit personellen und zeitlichen Ressourcen konnten in dem Modellvorhaben eben diese Ergebnisse erzielt werden. Dies hat uns noch mal verdeutlicht, dass es eines höheren finanziellen Aufwands bedarf, wenn vor Ort die Meinungen und Positionen von Menschen mit Migrationshintergrund kontinuierlich in die politische Strategiebildung eingebunden werden sollen. Beteiligung wird so auch als Strategie definiert, um Menschen politisch artikulatio nsfähiger zu machen. Wir werden nun Handlungsempfehlungen mit den Bezirksämtern erarbeiten und neue Leitlinien erstellen, wie im Rahmen unseres Programmes Beteiligungsprozesse für Menschen mit Migrationshintergrund besser umgesetzt werden können. Das zum Thema Partizipation.

Willi Rickert, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg

Ich könnte Ihnen jetzt einen Vortrag über Bildungslandschaften halten und darüber, was wir alles umsetzen wollen. Ich möchte es aber praktisch machen und als ein Beispiel unserer Arbeit über die Bildungsoffensive Elbinseln sprechen. Die Elbinseln sind die Inseln Wilhelmsburg und Veddel. Hamburg war bis 1937 eine relativ kleine Siedlung am Nordrand der Elbe, dann sind im Zuge des Hafenausbaus auch die Elbinseln und der Südrand, der davor zum Königreich Hannover gehörte, zu Hamburg dazugeschlagen worden. Seither hat Hamburg das heutige Format. Aber die Inseln in der Elbe haben immer ein etwas verlassenes Dasein geführt. Dorthin wurde immer alles hingbracht, was die Hamburger nicht haben wollen. Die Inseln bestanden im Wesentlichen aus Verkehrslinien, Mülldeponien, Großwohnsiedlungen und Ähnlichem. 1962, Sie werden das wissen, war die große Sturmflut in Hamburg, in deren Folge es auf der Veddel viele Tote gegeben hat. Nach der Sturmflut hat es lange gedauert, bis Wilhelmsburg wieder auf Vordermann gebracht wurde, und es bedurfte des Machtwortes eines Bürgermeisters, dass nicht mehr verbreitet wurde, die Inseln sollten als Wohnstandort aufgegeben werden.



Das ist sozusagen der historische Hintergrund zu Wilhelmsburg und der Veddel. Es hat sich dort im Laufe der Zeit Unmut zusammengebraut. Ganz viele unangenehme Entwicklungen kamen zusammen, es kulminierte in den Neunzigerjahren. Sie werden vielleicht von dem Fall gelesen haben, dass ein kleiner türkischer Junge von einem Kampfhund auf einem Schulhof totgebissen wurde. Das war sozusagen der Tiefstand. Danach bekam die Schill-Partei bei der Bürgerschaftswahl 35 Prozent Stimmenanteil in Wilhelmsburg. Da war auch den Letzten klar, dass es so nicht weitergehen konnte. Damals haben wir die Bildungsoffensive gestartet mit fünf einzelnen Projekten. Das Hauptprojekt der Bildungsoffensive ist die „Tor zur Welt“-Schule – das ist das tollste Projekt, das ich kenne. Ich bin jetzt zehn Jahre



Amtsleiter in diesem Bereich, und wenn ich meinen Enkeln irgendetwas zu erzählen habe, dann erzähle ich von diesem Projekt. In diesem Projekt sind zusammengefasst und neu gebaut worden die ehemalige Schule Buddestraße – das ist die Schule, bei der der Kampfhundangriff passiert war –, das Gymnasium Kirchdorf-Wilhelmsburg, es gehören dazu Jugendtagesstätten, eine Sonderschule für Lernbehinderungen, es gehören dazu Integra-

tionsträger, Elterncafé, Volkshochschule usw. Das Ganze ist neu gebaut worden, die Schule Buddestraße wurde abgerissen. Das Letzte, was ich von der Schule Buddestraße erinnere, war ein Zaun rund um die Schule, der höher war als der um die Jugendstrafanstalt Hahnöfersand. Es war grauenvoll, mit solch einer Schule im Stadtteil zu leben. Dann wurde beschlossen, dies komplett abzureißen und alles neu und frei zu gestalten.

Dazu jetzt ein Bild: Was sie dort sehen, ist zurzeit im Bau, wir bauen eine richtig tolle Schule mit neuen pädagogischen Konzepten. Jetzt ist aus der ehemaligen Grundschule Buddestraße die Elbinsel-Schule geworden. In der Anfangszeit hat die Evangelische Kirche gesagt, das Schulsystem ist so schlecht, dass alle Leute hier wegziehen, und dass sie eine eigene Privatschule gründen wollen. Da hat die Schulbehörde gemerkt: Wenn die Kirche hier eine Privatschule gründet, dann haben wir wirklich nur noch eine reine Restschule. Sie haben sich mit der Initiative für die Elbinsel-Schule zusammengesetzt und gefragt: „Können wir das nicht gemeinsam machen? Wir beziehen euch ganz intensiv ein. Wir machen das als staatliche Schule, aber als Schulversuch, und alle eure Ideen fließen mit ein.“ Und so ist es gekommen, seit der Zeit wächst und gedeiht es und es entwickelt sich zu einer Vorzeigeschule. Früher war es wirklich so: Immer wenn ihre Kinder ins schulfähige Alter kamen, sind die Eltern aus mittleren Schichten aus Wilhelmsburg weggezogen, weil sie ihre Kinder nicht auf die dortigen Schulen schicken wollten. Mittlerweile ziehen die Leute wieder zurück, weil die Schulen dort richtig gut sind.

Das, finde ich, ist ein beeindruckendes Erfolgsprojekt, an dem ganz viele Behörden zusammengearbeitet haben. Auch unsere Behörde wirkt daran mit, zudem sind die Schulbehörde, die Kulturbehörde und die Sozialbehörde und andere daran beteiligt. Wir haben natürlich Glück, dass wir auf der Elbinsel gleichzeitig die internationale Bauausstellung haben, die 2013 stattfindet. Dies hat natürlich zusätzliche Aufmerksamkeit erregt und weitere Finanzierungsquellen eröffnet.

Als kurzes Fazit darf ich feststellen: Im Rahmen der heutigen Stadtteilentwicklungspolitik in Hamburg sind unter den gegebenen Bedingungen aus unserer Sicht drei Dinge wichtig: Das Erste ist Bildung, und zwar Bildung für alle, nicht rein integrationspolitisch gesehen. Das Zweite ist mehr Partizipation, das hat Frau Becker vorhin deutlich gemacht, und dabei der Aspekt, dass die Partizipation effizienter wird. Das Dritte ist die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Verwaltung. Ich denke, wenn wir erst einmal mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, in den Geschäftsstellen der Wohnungsbauunternehmen, in den Schulbüros usw. haben – wie es ihrem Anteil in der Bevölkerung entspricht –, dann haben wir auch nur halb so viele Probleme.

Dankeschön.

Mülheim an der Ruhr

Ulrich Ernst, Dezernent für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport der Stadt Mülheim an der Ruhr

Ich werde Ihnen in meinem Beitrag nicht im Einzelnen Maßnahmen, Projekte, Programme aus Mülheim vorstellen, sondern möchte zwei Begriffe oder Wörter aus dem Titel des Fachkongresses aufgreifen und darauf näher eingehen: zum einen „Herausforderungen“, zum anderen „vor Ort“, das heißt warum „vor Ort“ eigentlich so besonders wichtig ist.

Es geht also mehr um Sichtweisen, um eine Herangehensweise als um einzelne Maßnahmen. Und wenn ich Ihnen – während Sie auf die Karte schauen und sehen, wo Mülheim liegt – zunächst etwas über Mülheim erzähle, denken Sie vielleicht, Sie wären jetzt auf einer Tourismus- oder einer Immobilienmesse, und jetzt käme der große Werbeblock für die Stadt Mülheim an der Ruhr. Das mag auf den ersten Blick so erscheinen, aber es ist nicht so gemeint.



Einige Daten: Die Bevölkerung in Mülheim nimmt ab, auch langfristig, aber es ergeben sich positive Wanderungssaldi, das heißt, Mülheim ist im Ruhrgebiet und in der Umgebung höchst attraktiv für viele, die in der Nachbarschaft leben. Mülheim hat eine breite und vielfältige Wirtschaftsstruktur, immer noch einen hohen Anteil an gewerblichen Arbeitsplätzen und deshalb auch eine niedrige Arbeitslosenquote, besonders im Vergleich zu den anderen Ruhrgebietsstäd-

ten. Es gibt einen hohen Anteil Gutverdienender, wir haben ein hohes Bildungsniveau in der Stadt. Es gibt zwei Max-Planck-Institute, eine Fachhochschule, die demnächst auch einen eigenen Standort haben wird. Wir weisen eine hohe Kaufkraft auf, insbesondere im NRW-Vergleich. Die Stadt hat einen hohen Freizeitwert, auch Auswärtige kommen zu uns, und touristisch ist Mülheim inzwischen auch für den einen oder anderen zu einer Attraktion geworden. Die Ruhr ist wichtig, sie fließt nämlich mitten durch die Stadt. Das ist bei den Ruhr-

gebietsstädten gemeinhin nicht so, dort fließt sie eher in Randlage vorbei. Das haben wir jetzt genutzt, um ein spezielles Stadtentwicklungsprojekt auf den Weg zu bringen, das die Ruhr an die Stadt oder die Stadt an die Ruhr bringen wird. Bisher war da sozusagen einiges an Barriere dazwischen.

Man wohnt in Mülheim außerordentlich gut, wie man an den Fotos sieht. Es gibt, wie hier an dem Beispiel zu sehen ist, Stadtteile, die von hoher Attraktivität für diejenigen sind, die sich das leisten können. Das nächste Foto zeigt einen anderen Stadtteil aus der Luft betrachtet. Er ist eingerahmt von der A40, der Verkehrsader des Ruhrgebiets. Sie sehen auf der rechten Seite große Industrieansiedlungen und unten die Bahnlinie, die diesen Stadtteil einrahmt. In diesem Stadtteil und in zwei anderen wohnt man dann so. Das sieht deutlich anders aus als auf den Fotos, die ich Ihnen eben gezeigt hatte, es liegen hier Welten dazwischen. Wenn man näher herangeht – wir gehen jetzt einmal weiter rein in die Wohnungen, weil es sehr viel aussagt und weil es ein Stück weit bedrückend ist –, sehen Sie ein Zimmer und ein Kind unten vor dem Fernseher sitzen.

Alles, was Sie auf den Fotos sehen, kann man auch anders ausdrücken, nämlich in deutlich sachlicherer Form. Wir haben hier in einer zweidimensionalen Grafik Armuts- und Reichtumsfaktoren aufgezeigt. Sie sehen Mülheim rechts außen in dem roten Kreis, weit weg von allen anderen Ruhegebietskommunen, die sich fast alle oben links in dem roten Kästchen befinden. Der Unterschied besteht darin, dass dort oben links alle mehr oder weniger arm sind, während es in Mülheim eine ganze Menge reiche und eine ganze Menge arme Leute gibt, das heißt, die soziale Spaltung, das soziale Gefälle ist besonders ausgeprägt, der Abstand zwischen oben und unten ist besonders groß. Das drückt sich auch darin aus, dass sich die Menschen in spezifischer Weise auf die Stadträume verteilen. Das heißt, die Armen und die Reichen wohnen sehr deutlich voneinander getrennt, auch schärfer getrennt als in anderen Städten des Ruhrgebiets.

Schauen wir jetzt einmal auf die Situation der Migranten in der Stadt. Der Ausländeranteil beträgt in Mülheim zehn Prozent; nimmt man den Migrationshintergrund in einem erweiterten Sinne, dann sind es 20 Prozent – es ist fast überall so, dass es dann ungefähr zu einer Verdopplung kommt.

Bei den jüngeren Jahrgängen, den 0- bis 3-Jährigen, sind es fast 50 Prozent Migrantenanteil, das zieht sich dann nach oben quasi so durch. Wenn man sich spezifische Merkmale von Migranten in der Stadt anschaut, dann stellt man auch hier fest, dass wir sozusagen nicht über den Durchschnitt der Bevölkerung reden, sondern wir reden über spezifische Merkmale, die hier besonders ausgeprägt sind. Arm und armutsnah sind in der Stadt insgesamt 22, 23 Prozent, ohne Migrationshintergrund sind es 17 Prozent, mit Migrationshintergrund 43 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist dreimal so hoch, wobei hier Ausländer im rechtlichen Sinne zugrunde gelegt werden, und dreimal so hoch sind auch die Anteile beim SGB II-Bezug.

Auch hier stellt sich wieder die Frage: Wo wohnen die Migranten? Im Kern in den Stadtteilen, die wir eben schon als sozial benachteiligte Stadtteile gesehen haben. Wenn wir uns jetzt die Migranten, die in diesen Stadtteilen wohnen, anschauen und sie mit jenen Migranten vergleichen, die in der westlichen Stadt wohnen, dann können wir deutliche Unter-

schiede erkennen. Das könnte ich an verschiedenen Parametern festmachen, ich will nur zwei herausgreifen.

Beispiel Armut: Sie sehen die Unterschiede. Ich will diese jetzt nicht im Einzelnen erklären, die Unterschiede sind auch beim Bildungshintergrund der Familien ganz eindeutig. Das



heißt, Migrant ist nicht gleich Migrant: Es gibt deutliche Unterschiede, vor allem ist eine Ballung von Migrantenfamilien gerade in den sozial benachteiligten Stadtteilen festzustellen. Dazu kommt, dass die benachteiligten Stadtteile zugleich die jüngsten Stadtteile sind. Auch das ist sicherlich nicht nur in Mülheim so. Wir haben deshalb in den letzten Jahren mit besonderer Sorgfalt und mit viel Aufwand ein Kindergartenscreening und gleichzeitig die Schuleingangsuntersuchungen ausgewertet. Dadurch haben wir sehr weitreichende Datengrundlagen und Erkenntnisse über die Situation der Kinder in unserer Stadt erhalten.

Dadurch haben wir sehr weitreichende Datengrundlagen und Erkenntnisse über die Situation der Kinder in unserer Stadt erhalten.

In vielerlei Hinsicht haben wir besondere Auffälligkeiten bei Kindern wieder genau in den erwähnten benachteiligten Stadtteilen festgestellt. Dies gilt nicht nur für körperliche Merkmale, sondern auch für Verhaltensgewohnheiten, wie z.B. Medienkonsum, Sporttreiben usw. oder hinsichtlich der Frage, wie lange die Kinder eigentlich in der Kita sind. Denn nicht, dass sie in der Kita sind, ist entscheidend, sondern wie lange sie dort sind, also wie viele Jahre sie dort verbringen. Wir fanden eindeutige Zusammenhänge zwischen Kita-Besuchsdauer und der Leistungsfähigkeit in den Schuleingangsuntersuchungen.

Wir haben dem dann einen gutsituierten Stadtteil gegenübergestellt. Was Sie auf der linken Grafik sehen: Den Menschen, die dort leben, geht es – ausgehend von einem Mittelwert – in verschiedenen Dimensionen besser. Die Entwicklungsstände der Kinder weichen dementsprechend auch positiv vom Mittelwert ab. Wenn ich dieses Profil auf einen der benachteiligten Stadtteile lege, sehen Sie, dass es sich sofort sehr drastisch umkehrt. Es ist wirklich sehr dramatisch, was dort passiert.

Weil wir immer über soziale Räume und über soziale Räume als Aktionsräume diskutieren, haben wir uns gleichzeitig einzelne Kitas, deren Performance und auch ihre soziale Situation in den jeweiligen Stadtteilen angesehen. Es reicht also nicht, sich den sozialen Raum anzuschauen und beispielsweise über Programme für einen sozialen Raum zu sprechen. Man muss sich die Institutionen anschauen. Diese haben höchst unterschiedliche Hintergründe, was die sozialen Voraussetzungen angeht, und höchst unterschiedliche Ergebnisse.

Die Abbildung zeigt ein typisches Kita-Profil. Wir sehen, dass hier die soziale Lage den Ergebnissen entspricht, das kann man erwarten. Aber wir haben auch Folgendes gefunden – und das macht es aus unserer Sicht wichtig, ganz genau hinzuschauen: Es gibt Kitas, in denen wir eine schlechte soziale Voraussetzung bei den Familien haben, aber gleichzeitig überdurchschnittliche Ergebnisse, was die Entwicklung der Kinder angeht. Dies ist ein Indiz dafür, dass es hier nicht um einen naturgesetzlichen Zusammenhang geht, sondern um ei-

nen beeinflussbaren. Ähnliches kann man auch für Schulen machen, da haben wir nur nicht so gute Daten, bei den Kitas können wir es eindeutig belegen. Uns muss vor allem die Frage interessieren: Wie kann man bei schlechten Eingangsvoraussetzungen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen? Wir müssen die in diesem Sinne „untypischen“ Einrichtungen finden und schauen, was diese eigentlich machen, damit wir auch für andere Einrichtungen zu möglichen Handlungsoptionen kommen.

Wir haben inzwischen eine relativ große Palette von Maßnahmen aufgelegt, bei denen es um die 0- bis 25-Jährigen geht, weil wir Optionskommune sind und deshalb in dem Bereich eine Verantwortung auch für die unter 25-Jährigen haben. Auch bei denen, die sich in der Stadt nicht zentral mit diesen Fragen beschäftigen, ist mittlerweile das Bewusstsein dafür da, dass wir genau in den Stadtteilen, in denen der Bedarf besonders groß ist, besonders viel tun müssen. Für jedes unserer Projekte stellen wir immer folgende Frage: Wo wird es besonders gebraucht?

Vor einigen Jahren haben wir uns die Frage gestellt, wie wir eigentlich eine generelle Integrationsperspektive mit Maßnahmen oder mit Strategien für die Stadtteile verbunden kriegen – und das ausgehend von einer zunächst sehr allgemeinen Analyse der Unterschiedlichkeit der Stadtteile. Wir haben festgestellt, dass die Stadtteile – auch die, die ich eben genannt habe – höchst unterschiedlich sind: in ihren Optionen und in ihren Perspektiven, in ihren Defiziten und in ihren Potenzialen. Das hat uns vor einigen Jahren veranlasst, ein Gutachten in Auftrag zu geben, in dem das genauer herausgearbeitet werden sollte. Erstens die Unterschiede in den Perspektiven sowie in den Grundlagen und Grundvoraussetzungen, zweitens wollten wir Empfehlungen sowohl für die ganze Stadt wie auch für die einzelnen Stadtteile haben. Es ist uns schließlich gelungen, dieses Gutachten weiter zu vervollständigen, zu aktualisieren und mit aktuellen Handlungsaspekten zu unterlegen. Wir verknüpfen auf diese Weise eine gesamtstädtische Perspektive mit Perspektiven für die einzelnen Stadtteile. Das betrifft viele Bereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt, Quartiersentwicklung usw.

Ich danke Ihnen.

Diskussionsrunde

Moderierte Diskussionsrunde zu „Integration vor Ort in der Praxis“

Ferdos Forudastan:

Herr Rickert, ich würde die Diskussionsrunde gerne mit Ihnen beginnen. Sie haben einen sehr markanten Satz gesagt, als es um die Verankerung ging – so ungefähr: „Das alles haben wir vor, das sind unsere Strategien, nur an der Umsetzung hapert es manchmal.“ Ich möchte einfach noch einmal nachfragen, an welchen Stellen und warum genau die Umsetzung schwierig ist.

Willi Rickert:

Das Hauptproblem, das wir in der integrierten Stadtteilentwicklung haben, ist die Realisierung von Integration. Damit meine ich nicht die Integrationspolitik in unserem Sinne hier, sondern die Integration der verschiedenen beteiligten Politikfelder, der verschiedenen beteiligten Behörden. Es ist ja früher so gewesen, dass die Behörden „versäult“ aufgestellt waren, es galt das Prinzip „Aufgabe, Kompetenz, Verantwortung“ usw. Jeder sollte seine Aufgabe nach seinen Logiken erledigen: Wenn man beispielsweise mit der Arbeitsmarktpolitik verhandelte – nach dem Motto „Können wir nicht mal zusammenarbeiten im Stadtteil in Sachen Arbeitsplätze?“ –, dann hat mancher gesagt, ihm sei es völlig egal, wo die Arbeitsplätze geschaffen werden, Hauptsache überhaupt irgendwo, mit unserer sozialräumlichen Betrachtung hätten sie nichts zu tun. Oder wir errichteten eine neue Förderkulisse in einem Gebiet in Hamburg-Süd und ein Vierteljahr später beschloss die Schule in diesem Gebiet, die Grundschule dort mangels Schülerzahlen zu schließen. Dieses Vorgehen steht für die klassische Betrachtung und die Versäulung, heute sind wir schon weit darüber hinaus. Es gibt nun eine ganz klare Linie des Senats, dass alle Fachpolitiken sich auf die Sozialräume auszurichten haben.



Ferdos Forudastan:

Wird diese Linie auch befolgt?

Willi Rickert:

Sie wird jedenfalls heute mehr befolgt als früher. Es ist ein ganz schwieriger Prozess, und ich will das auch nicht nur schlecht machen. Jede Fachpolitik hat ja ihre eigene Logik, die auch ihren Sinn hat, das muss man akzeptieren. Aber man muss ins Gespräch kommen und aushandeln, wie man diese Ansprüche in Übereinstimmung bringen kann. Dieser Prozess läuft und wird noch etwas dauern. Gemeinden, die kleiner sind als wir, haben es da wahrscheinlich ein bisschen leichter, weil sie nicht ganz so versäult aufgestellt sind. Es gibt dort einen Bürgermeister mit seinen Dezernenten, die sich einmal pro Woche treffen, und das sind die Verantwortlichen für alle Verwaltungsbereiche.

Ferdos Forudastan:

Wenn ich Herrn Roth heute Morgen richtig verstanden habe, sind Kooperation und Vernetzung in den kleinen Städten gar nicht per se besser, sondern zum Teil sogar schwieriger. Stichwort kleinere Städte: Herr Cybulska, gibt es in Rosenheim nicht auch dieses Versäulungsproblem?

Helmut Cybulska:

Wir bewegen uns auf einer anderen Ebene, nicht auf der ministeriellen, sondern auf der örtlichen oder sogar auf der Quartiersebene. Wir hatten von Anfang an den Ansatz, auch vor Ort wirklich die Vernetzung zu finden, die wir brauchen. Bei uns waren natürlich die Vorgaben günstig, weil wir die Sozialraumorientierung in der Erziehungshilfe haben. Wir schaffen es tatsächlich, alle Akteure auf die Quartiersebene zu bringen. Die Sozialraum-Teams haben zum Teil auch ihre Büros in den Bürgerhäusern, in denen sie ihre Sprechstunden anbieten. Dadurch können die Freiwilligen-Agenturen – vorher waren es die Quartiersmanager – wirklich als „Netzwerker“ tätig werden. Wichtig sind die Bürgerhäuser, die die gemeinsamen Anlaufstellen sind. Es spielt auch eine Rolle, dass die Wohnbaugesellschaft als Dachorganisation über allem steht. Viele der Betroffenen sind ihre Mieter, sie haben über die Mieterbeiräte und über die Mieterbetreuung auch ihre direkten Kontakte. Auf der einen Seite gibt es eine sehr niederschwellige Ansprache bei den Beteiligten, und auf der anderen Seite sind alle Netzwerk-Akteure an Bord im Haus.



Es spielt auch eine Rolle, dass die Wohnbaugesellschaft als Dachorganisation über allem steht. Viele der Betroffenen sind ihre Mieter, sie haben über die Mieterbeiräte und über die Mieterbetreuung auch ihre direkten Kontakte. Auf der einen Seite gibt es eine sehr niederschwellige Ansprache bei den Beteiligten, und auf der anderen Seite sind alle Netzwerk-Akteure an Bord im Haus.

Ferdos Forudastan:

Schaffen Sie es denn tatsächlich, diesen Querschnittsgedanken umzusetzen? Es geht ja nicht nur um die Kooperationspartner für bestimmte Projekte, sondern ob sich dieser Gedanke sozusagen durch die Stadtverwaltung durchzieht und man nicht sagt: Integration ist ein Thema für den Integrationsdezernenten?

Helmut Cybulska:

Beim näheren Hinschauen findet man sicher noch Defizite. Was mir in der Diskussion klar wurde: Bei der Öffnung der Behörden, der Verwaltung, haben wir sicherlich noch Schwächen. Aber das Gesamtverständnis ist schon so, dass Soziale Stadt kein Sonderthema ist, sondern Querschnittsaufgabe in der Stadtentwicklung. Wir sind gerade dabei, unsere Stadtkonzeption 2025 zu diskutieren, und da wird die Zukunft der Sozialen Stadt ein wichtiges Thema sein.

Ferdos Forudastan:

Herr Ernst, ist das auch bei Ihnen in Mülheim ähnlich selbstverständlich verankert?

Ulrich Ernst:

Das ist, wie im richtigen Leben, meist nicht schwarz, nicht weiß, sondern irgendwo dazwischen im grauen Bereich. Das heißt, es geht in manchen Bereichen besser, in anderen etwas schlechter. Ich nenne Ihnen drei Beispiele. Das Erste bezieht sich darauf, dass wir in den letzten Jahren hervorragende Kooperationen mit dem Bereich Städtebau, Stadtentwicklung, Stadtplanung aufgebaut haben. Das funktioniert heute hervorragend. Manches hängt an den handelnden Personen: Wenn sie wechseln, gibt es manchmal neue Entwicklungen, und mit manchen, die schon ewig auf ihren Posten sitzen, kann man manchmal relativ wenig anfangen. Das zweite Beispiel: Die Vorstellung, dass Integration eine Aufgabe ist, die immer irgendwie additiv oder kompensatorisch ist, muss sich im Bewusstsein der Menschen verändern – nicht nur dezernatsübergreifend oder fachbereichsübergreifend. Man muss die Vorstellung, dass man einfach zusätzlich noch einen Sprachkurs oder noch eine Fördermaßnahme für Kinder aus Migrantenfamilien machen müsse, wegstreifen und an einen Punkt kommen, an dem man sagt: Man muss ein System verändern, man muss beispielsweise die Kindergartenpädagogik komplett so umstellen, dass diese auf Heterogenität reagieren kann. Ein drittes Beispiel – und wir haben eben über interkulturelle Öffnung, interkulturelle Orientierung gesprochen: Wenn sich unser Personalamt diese Aufgabe selbst zuschreibt, dann haben wir einen wichtigen Schritt getan. Und das tut es.

Ferdos Forudastan:

Sie haben eben in Ihrem Vortrag das Beispiel aus den Kitas gebracht: Bei gleich schlechten Eingangsvoraussetzungen finden wir an der einen Kita bedauerliche Daten und an der anderen überraschend positive. Schlussfolgern wir daraus, dass es an den unterschiedlichen Kitas liegt? Es wäre spannend zu erfahren, was Sie mit diesem Wissen anfangen.

Ulrich Ernst:

Wir haben die Ergebnisse zunächst einmal an diejenigen, die in den Kitas arbeiten, zurückgegeben, also an die Fachberatung im Amt Kinder, Jugend und Schule und an die einzelnen Kitas selbst. Es hat eine Art Dialogprozess darüber begonnen, was wohl die Unterschiede ausmachen könnte.

Ferdos Forudastan:

Sie sind demnach im Grunde genommen noch im Erforschungsstadium?

Ulrich Ernst:

Ja sicherlich. Die Gründe sind ja auch nicht so offensichtlich. Es gibt zwar Ansatzpunkte und Anhaltspunkte, wenn man genauer hinschaut. Wenn man die Namen der Kitas kennt und die Leute, die dahinter stehen, dann hat man schon eine Ahnung davon, woran es liegen könnte. Aber damit hat man noch nicht einen Prozess der wirklichen Veränderung und der Übertragbarkeit in Angriff genommen. Das dauert schon noch ein bisschen länger, und dabei sind wir gegenwärtig.

Ferdos Forudastan:

Frau Becker, Sie hatten ja schwerpunktmäßig über Partizipation und Beteiligung gesprochen. Sie haben gesagt, es sei mühsam, aber man müsse immer aufsuchende Arbeit machen, das stehe im Mittelpunkt. Da habe ich mich gefragt: Bezieht sich ihre Aussage tatsächlich auf

Integration, wie sie meistens diskutiert wird, nämlich in Bezug auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, oder ist das generell so?

Anna Becker:

Es stellt sich die Frage: Was ist denn wirklich ein ethnisches und was ist ein soziales Problem? Wir haben an den Daten der strukturellen Benachteiligung gesehen, dass wir eine Überlagerung von sozialen und ethnischen Problemen haben. Es ist tatsächlich kein kulturelles, sondern ein soziales Thema, wenn man für bestimmte Bevölkerungsgruppen eher eine aktivierende, aufsuchende Befragung macht und die Leute im ersten Schritt erst einmal heranholt. Wir machen nicht mehr Integrationspolitik, sondern wir machen eine Teilhabe-Politik für diejenigen Menschen, die nicht von alleine aktiv werden, Beratungseinrichtungen aufsuchen etc. Die Frage, ob es sich um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte handelt oder nicht, spielt dann tatsächlich keine Rolle mehr. Es geht wirklich um den sozialen Ansatz oder den sozialen Grundgedanken, dass es für alle Menschen gleiche Wege, gleiche Chancen geben muss. Es gibt in der Stadtteilentwicklung keine spezielle Integrationspolitik mehr. Wir reden jetzt bei der Fortschreibung des Integrationskonzeptes ohnehin auch davon, ob man es eher Teilhabe-Konzept nennt, um von diesem Begriff wegzukommen. Wenn in manchen Stadtteilen 90 Prozent der Bewohner Migrationshintergrund haben, dann stellt sich doch die Frage, wer sich denn wo hinein integrieren soll. Es geht darum, dass alle Menschen gleich gerecht am System teilhaben können – auch am Bildungssystem und am Arbeitsmarkt.

Ferdos Forudastan:

Herr Rickert, Sie haben kurz von der Sozialen Stadt gesprochen. Nun ist es ja so: Die Mittel für die Soziale Stadt sind drastisch gekürzt worden. Es gibt eine Reihe von Projekten, die davon noch nichts zu spüren bekommen, weil sie noch in der Förderung sind. Aber ich schätze mal, dass sich trotzdem etwas verändert. Was verändert sich jetzt für den Bereich, für den Sie zuständig sind?

Willi Rickert:

Wir spüren das noch nicht, aus zwei Gründen: Erstens wirken sich Kürzungen immer erst mit einer Verspätung aus, die Raten werden ja über fünf Jahre ausgezahlt. Zweitens verfolgen wir in Hamburg mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung die Politik, möglichst alle Programme zu bündeln. Wir machen eine Potenzial- und Problemanalyse bestimmter Stadtteile, fragen „Welche Probleme gibt es da? Mit welchen Programmen können wir da reingehen?“ und wir deklarieren ein Gebiet durchaus auch zugleich z.B. zum Programmgebiet Soziale Stadt und zum Programmgebiet Stadtumbau West. Das machen wir im Prinzip überall, deswegen haben wir eine sehr große Flexibilität. Wenn uns also mit Sozialer Stadt etwas nicht gelingt, dann versuchen wir es über andere Programme umzusetzen.



Ferdos Forudastan:

Aber trotzdem ist doch unter dem Strich weniger Geld da und das Geld wird anders verteilt?

Willi Rickert:

Wir haben natürlich das Problem, dass der Bund seine Programme immer stärker ausdifferenziert. Es gibt, meine ich, mittlerweile neun verschiedene Städtebauförderungstöpfe, aus fünf von ihnen kriegen wir in Hamburg Mittel. Wir sind nicht beteiligt an den „Ostprogrammen“ und an dem Programm für die ländlichen Räume. Aber das Problem ist: Wenn der Bund kürzt, werden die Finanzminister der Länder – das möchte ich mal prognostizieren – mit der Kürzung der Ko-Finanzierung nicht auf sich warten lassen. Von den Gemeinden haben wir Entsprechendes auch schon gehört – ich weiß es jedenfalls von einzelnen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, in Bayern werden sie das Problem noch nicht haben, denke ich.

Ferdos Forudastan:

Herr Cybulska, auch bei Ihnen ist absehbar, dass die Programme und Projekte irgendwann nicht mehr laufen. Wie stellen Sie sich darauf ein? Haben Sie einen ähnlichen Ansatz, wie ihn Herr Rickert geschildert hat? Dass man alles zusammenpackt? Wenn dann eine Säule wegbricht, bricht nicht „der ganze Laden“ zusammen.

Helmut Cybulska:

Dieses Umschichten ist natürlich eine Strategie, die wir nun auch zu nutzen suchen. Unser viertes Quartier haben wir mittlerweile in das Programm Stadtumbau West überführen können, weil wir dort auch mehr städtebauliche Aufgaben zu lösen haben. Wir spielen im Moment gerade das Szenario durch, was denn passiert, wenn die Mittel zurückgeführt werden. In der politischen Diskussion wird der Ansatz hochgehalten, zumindest den kommunalen Eigenanteil als Selbstverpflichtung weiterführen. Aber: Was können wir dann noch machen? Wir versuchen gerade, Ersatzfinanzierungswege zu finden. Da ist ein Modell die Bürgerstiftung. Sie hat noch nicht den durchschlagenden Erfolg, aber wir hoffen, dass die Bürger mit ihren Einlagen in diese Stiftung eine finanzielle Basis für Projekte legen.



Ferdos Forudastan:

Was schätzen Sie denn, welcher Anteil tatsächlich wegfällt?

Helmut Cybulska:

Wenn die Fördermittel von Bund und Land wegfallen, fallen 60 Prozent weg, dann bleiben 40 Prozent kommunaler Anteil – das ist eben die „Mangelverwaltung“, die wir derzeit durchspielen. Was können wir mit 40 Prozent des bisherigen Mitteleinsatzes noch machen? Wir haben den Vorteil, dass wir die baulichen strukturellen Veränderungen, die wir uns in den Quartieren vorgenommen hatten, über die letzten Jahre sehr konsequent abgearbeitet haben. Auch die Wohnungsbaugesellschaft hat ihren Wohnungsbaubestand sehr weitge-

hend saniert, sodass ausreichende technisch-räumliche Rahmenbedingungen geschaffen worden sind. Wir können mit 40 Prozent des bisherigen Mitteleinsatzes schon ein ganzes Stück schaffen – aber es ist das Worst-Case-Szenario, dass nur noch 40 Prozent der Mittel da sind.

Ferdos Forudastan:

Ich würde gerne Herrn Ernst fragen, was er für Mülheim voraussieht.

Ulrich Ernst:

Bei uns ist es deshalb nicht so dramatisch, weil wir nicht so große Summen aus Sozialer Stadt an sich bekommen haben. Viele unserer Projekte werden aus anderen Töpfen finanziert. Wir haben im Wesentlichen ein Quartiersmanagement daraus finanziert, das aber nach drei Jahren ganz planmäßig ausgelaufen ist und das wir jetzt über unsere Beteiligungs-holding weiterfinanzieren.

Ferdos Forudastan:

Das heißt, Sie sind letztlich von den Kürzungen nicht so stark betroffen?

Ulrich Ernst:

Ja, das hängt mit der Tatsache zusammen, die ich gerade genannt habe.

Ferdos Forudastan:

Ein Punkt, der bei der Mittelkürzung der Sozialen Stadt eine wichtige Rolle spielt: Wie schafft man es, die Projekte in Strukturen zu integrieren und am Laufen zu halten? Und: Wie könnte z.B. der Bund die Kommunen dabei unterstützen? Spielt das bei Ihnen in Mülheim eine große Rolle? Was könnten Sie an Hilfestellung gebrauchen?

Ulrich Ernst:

Es gibt folgende Vorstellung: Man schaut sich solche Stadtteile an und beschließt, eine Zeitlang dort etwas zu machen. Dann werde schon der Punkt kommen, an dem das selbständig auf eigenen Füßen stehen kann, weil die Wende herbeigeführt ist. Ich meine: Wenn man



genauer hinschaut, stellt man fest, dass das nicht der Fall ist und in absehbarer Zeit auch nicht der Fall sein wird, weil es Stadtteile sind, die in einem ständigen Umbruch und in einem ständigen Wandel begriffen sind. Diese Quartiere haben auch eine wichtige Funktion für die Stadt, weil sie sozusagen als Häfen für die Stadt fungieren. Die Integration –

bleiben wir einmal bei diesem Begriff – wird im Wesentlichen in diesen Stadtteilen getragen; in anderen Stadtteilen wohnen auch Leute mit Migrationshintergrund, aber dort gibt es völlig andere Lebensbedingungen. Was deutlich geworden ist: Diese Stadtteile haben eine besondere Funktion für die Städte, auch längerfristig. Deshalb wird man überlegen müssen, wie man das unterstützt und welche Maßnahmen man dafür braucht.

Ich selbst bin vor allem an den Bildungsfragen interessiert. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie, mit wie viel Energie, mit welchem Aufwand und mit welcher Zielrichtung man die Bildungslandschaften in diesen Stadtteilen stärkt und fördert. Es wird nicht dadurch gehen, dass wir noch ein paar ergänzende Maßnahmen hinzufügen. Wir müssen uns darüber verständigen, dass wir die besten Schulen in diesen Stadtteilen brauchen.

Ferdos Forudastan:

Frau Becker, was wäre für eine Stadt wie Hamburg eine Unterstützung, von der Sie sagen: Das würde uns tatsächlich den Rücken stärken in dem Bemühen, einzelne gut laufende Projekte, die nicht auf Dauer finanziert werden, in die Strukturen zu integrieren? Gibt es dafür jetzt schon gute Beispiele?

Anna Becker:

Ja, ich kann das an einem sehr konkreten Beispiel festmachen. Ich bin nicht nur für Integration in der Stadtteilentwicklung, sondern unter anderem auch für Beschäftigung zuständig. Da gibt es das schöne Beispiel BIWAQ, bei dem mit einem ESF-Bundesprogramm versucht wird, bestimmte Handlungsfelder wie Beschäftigung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier mit dem Politikansatz der Stadtteilentwicklung zu verbinden. Das sind Projekte, die auf zwei bis drei Jahre gefördert werden, bei denen von Bundesebene versucht wird, zwei Handlungsfelder miteinander zu verknüpfen. Wir haben auf Landesebene versucht, das strategisch umzusetzen und auch die Mittel der Beschäftigungsförderung in die Quartiere zu lenken. Das ist uns in der Vergangenheit bereits recht gut gelungen. Ich würde mir wünschen, dass man auf der Ebene des Bundes mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales noch strategischer zusammenarbeitet und nicht nur punktuell Projekte an der Schnittstelle beider Politikfelder fördert, sondern wirklich prüft: Wie kann man die Instrumente beider Häuser strategisch verbinden? Man muss schauen, dass man jeden Euro so einsetzt, dass er einen doppelten Effekt hat.

Ferdos Forudastan:

Sie sagten eben, das sei früher schon mal besser gelungen. Woran lag es denn, dass es früher schon mal besser gelungen ist?

Willi Rickert:

Der Bund hat einen erheblichen Teil der Mittel für die Eingliederungshilfen, die wir hatten, gestrichen, und die Stadt Hamburg war nicht in der Lage, da quasi als Ausfallbürge einzusteigen. Dieses Geld – in diesem Fall waren es 90 Millionen – wäre sozusagen gut zu gebrauchen gewesen.

Ferdos Forudastan:

Herr Cybulska: Überführung von Projekten in die Strukturen – Was läuft bei Ihnen? Wo läuft es gut, und wo könnten Sie Unterstützung gebrauchen?

Helmut Cybulska:

Ich wüsste nicht, wo wir stehen würden, wenn es die bisherigen Förderprogramme nicht gegeben hätte, weil von diesen eine gewaltige Impulswirkung ausgeht – sowohl als inhaltliche als auch als finanzielle Impulse. Insofern ist die Frage schwer zu beantworten, was man

sich wünscht. Natürlich vor allem, dass es so weitergeht, dass es diese Impulse und auch die finanzielle Unterstützung weiterhin gibt.

Ferdos Forudastan:

Aber nicht nur für die Projekte, sondern auch für die Verstetigung?

Helmut Cybulska:

Was die Verstetigung angeht, sind wir, wie ich meine, schon relativ weit mit unseren Freiwilligen-Agenturen in den Quartieren. Natürlich kosten das Betreiben der Bürgerhäuser, der Aufwand für die Freiwilligen-Agenturen, der Personalaufwand viel Geld. Das ist derzeit im kommunalen Haushalt nicht darstellbar. Wir könnten bei Wegfall der Förderung das bisherige Engagement nur weiterführen, wenn die Stadt erheblich mehr kommunalen Anteil aufbringt. Die finanzielle Situation ist auch in Bayern so, dass bei Wegfall von Fördermitteln erhebliche Einbrüche in unserer Tätigkeit im Bereich der Sozialen Stadt zu befürchten sind.

Ferdos Forudastan:

Ich lade Sie im Publikum jetzt ganz herzlich ein, Ihre Fragen hier an die vier Praktiker aus unterschiedlichen Kommunen zu stellen.



Aus dem Publikum – Paul Lange, Projekt „Kindersprachbrücke“, Jena:

Meine Frage: Inwieweit müssen wir die interkulturelle Öffnung der Verwaltungsebenen vorantreiben? Auf der einen Seite wird immer viel über Bauprojekte, Bildungskampagnen, irgendwelche neue Schulkonzepte gesprochen. Meine Frage ist aber: Wie weit wird die interkulturelle Öffnung von den Leuten vorangetrieben, die diese Projekte planen?

Ferdos Forudastan:

Ich würde gerne mehrere Fragen sammeln. Bitte.

Aus dem Publikum – Sybille Haußmann, Stabsstelle Migration, Kreis Düren:

Herr Rickert, Sie hatten von dieser wunderbaren Schule in Hamburg berichtet. Aus Mülheim haben wir zumindest den Ansatz von einer Strategie gehört, wie man gute Beispiele sozusagen vergemeinschaftet und in die Fläche bringt. Ich habe aber Entsprechendes aus der Schulpolitik noch nicht gehört. Wir haben zwar viele ausgezeichnete Schulen, ich erlebe aber nicht, wie diese guten Schulen sozusagen als Multiplikatoren für andere Schulen fungieren. Deshalb wüsste ich gerne von Ihnen, wie Sie denn dieses gute Beispiel in Hamburg weitertragen.

Aus dem Publikum – Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal:

Die drei Kommunen, die hier präsentiert wurden, stellen aus unserer Sicht sehr positive Ansätze dar, die wir in unserer Studie auch positiv berücksichtigt haben, weil sie in verschiedenen Themen ein Stück vorangehen. Trotzdem bin ich etwas irritiert. Vielleicht können Sie erläutern, Herr Ernst, wie sinngemäß Folgendes gemeint war: Wir werden diese benachteiligten Quartiere erhalten, weil sie für die städtische Entwicklung eine wichtige Funktion erfüllen. Vielleicht habe ich das missverstanden. Ich kenne diese Perspektive nur für die Übergangsgebiete für Neuzuwanderer. Aber diese Situation haben wir im Augenblick in den meisten Kommunen gar nicht. Was sich eher andeutet, ist eine Verfestigung und Vertiefung sozialer Spaltungen, wenn es nicht gelingt, im schulischen und vorschulischen Bereich Entwicklungen einzuleiten, die mehr Chancengerechtigkeit und Sozialkommune versprechen.



Ulrich Ernst:

Vielleicht kann ich es an den Unterschieden zwischen den beiden Stadtteilen in Mülheim am besten erläutern. Wir haben mit Eppinghofen einen Stadtteil, in dem tatsächlich viel Bewegung ist, der eine Art Durchgangsstadtteil geblieben ist. Er hat nach wie vor die Funktion von Mobilität, von Bewegung. Im Gegensatz dazu haben wir in Styrum eine andere migranische Bevölkerung: Sie lebt dort schon viel länger, ist dort heimisch geworden, hat zum Teil Eigentum erworben usw. Ich gebe Ihnen natürlich Recht: Wir haben insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass den Menschen, die dort wohnen, eine Perspektive auf eine positivere Entwicklung gegeben wird, insbesondere den Kindern. Investitionen in die Bildung und in die Kinder sind am effektivsten, das heißt, sie haben die größte Wahrscheinlichkeit, dass wir damit Wirkungen erzielen. Deshalb habe ich eben auch noch einmal die Rolle von Bildung betont. Damit will ich allerdings nicht so tun, als würden alle anderen Bereiche keine Rolle spielen. Insofern wird es darum gehen, in ganz verschiedenen Dimensionen gegen die Benachteiligungen in den Quartieren, die hier eine Rolle spielen, zu wirken und daran zu arbeiten.

Ferdos Forudastan:

Herr Rickert, die Frage war: Wie bringt man gute Beispiele wie die Schule, die sie uns vorgestellt haben, in die Breite?

Willi Rickert:

Das ist natürlich ganz wichtig, und das machen wir auch mit verschiedenen Einrichtungen. Zum einen ist die Schule nur ein Beispiel für die Bildungsoffensive. Innerhalb von Wilhelmsburg gibt es eine breite Vernetzung. Es existiert ein Forum Bildung in Wilhelmsburg, in dem Pädagogen aus allen Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und Erwachsenenbildungseinrichtungen vertreten sind. Es liegt eine Reihe von Erfahrungen vor, die bereits allgemeingültig für Hamburg verwertet worden sind. Es gibt mittlerweile seit einigen Jahren in Hamburg Lernausgangslagen, flächendeckende Untersuchungen, in denen man sieht, wo die Schüler stehen. Man hat sich dazu durchgerungen – das war allerdings schon der vorherige

Senat –, in Schulen, die nach den Lernausgangslagenuntersuchungen besonders niedrig kategorisiert sind, kleinere Klassen einzurichten, also die Klassenfrequenzen abzusenken,



damit der Lerneffekt größer ist. Dies gilt in ganz Hamburg für alle Schulen, die die Voraussetzungen erfüllen. Ein weiteres Thema in diesem Zusammenhang ist mittlerweile auch die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Kindergarten und Schule, die am Anfang ganz schwierig war. Es war am Anfang auch in diesem Projekt ganz schwierig, dass die Beteiligten zueinander kommen und dass die Leiterin eines Gymnasiums auf gleicher Augenhöhe

mit der Leiterin eines Kindergartens verhandelt. Das hat sich aber zu einer ganz wunderbaren Zusammenarbeit entwickelt. Mittlerweile bieten alle Grundschulen in Hamburg ein verpflichtendes Ganztagsangebot – in der Regel in Zusammenarbeit mit Kindergärten.

Ferdos Forudastan:

Wie ist es denn gelungen, dass der Funke überspringt?

Willi Rickert:

Die zuständige Schulbehörde ist in diesem Projekt auch mit vertreten und hat das weitergetragen. Ein weiteres Instrument, mit dem es weitergetragen wurde: Nach dem Vorbild des Forums Bildung in Wilhelmsburg sind überall in Hamburg sogenannte regionale Bildungskonferenzen eingerichtet worden. Die Schulbehörde war bereit, Kommunalpolitiker, Jugendpolitiker, Jugendämter und so weiter über Bildungsfragen mitreden zu lassen. Ich habe das Gefühl, das funktioniert ganz gut. Und auch das Beispiel der Bildungslandschaften – bei dem man ein größeres Gebiet betrachtet – setzt sich fort in anderen Stadtteilen, in denen ebenfalls versucht wird, Ähnliches zu organisieren.

Helmut Cybulska:

In Sachen Bildungsoffensive machen auch wir Erfahrungen in den Quartieren, von denen wir meinen, dass sie gut übertragbar sind. Dann gehen wir gleich die nächsten Schritte: Wir verlassen die Ebene der Sozialen Stadt und legen fest, dass wir die Handlungsprinzipien grundsätzlich in der ganzen Stadt anwenden wollen. Aus der konkreten Erfahrung im Quartier erwachsen Erkenntnisse, die gesamtstädtisch auf die Arbeit in den Schulen übertragen werden.

Ulrich Ernst:

Bei Schulen ist das nach meinen Erfahrungen etwas schwieriger als bei Kitas, bei denen wir sozusagen Herr des Verfahrens sind. Wir führen bis 2015 einen neuen pädagogischen Ansatz in unseren Kitas ein. Die Umstellung kostet auch viel Geld, der Betrieb hinterher nicht mehr, weil der mit der Regelförderung auskommen muss. Bei den Schulen ist es sehr viel schwieriger. Wir fangen jetzt gerade bei den Grundschulen an. Es gibt eine, zwei, drei, vier Grundschulen vielleicht, die sich gemeinsam mit uns auf den Weg machen, das, was wir im Kita-Bereich entwickeln, für ihre Zwecke zu nutzen. Wir sind im Moment dabei, gute Mo-

delle zu finden, wie man das für die jeweiligen Schulen nutzbar machen kann. Nötig ist aber eine gute Begleitstruktur, das ist das Kernthema bei all diesen Fragen.

Ferdos Forudastan:

Die Frage zur interkulturellen Öffnung möchte ich an Frau Becker weitergeben, weil sie vorhin auch schon mal etwas dazu gesagt hatte.

Anna Becker:

Kulturelle Öffnung der Verwaltung ist bei uns in Hamburg schon länger ein Projekt, wir haben uns auch Zielzahlen gesetzt. Das Thema hat verschiedene Aspekte. Zum einen werden die Mitarbeiter im Rahmen interkultureller Kompetenz intensiv geschult, dabei erreichen wir sehr gute Zielzahlen. Zum anderen gibt es entsprechende Ausbildungsinitiativen mit dem Ziel, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung ausgebildet werden; zu dieser gehören auch Feuerwehr, Polizei etc. Bei den Kindergärten sind die Zahlen wirklich sehr beeindruckend. Das hängt auch mit Kampagnen zusammen: Es wurde in die Schulen gegangen und Werbung für die Ausbildungsberufe gemacht – das läuft schon richtig gut. Ich habe die aktuellen Zahlen nicht parat, aber mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden in der Hamburger Verwaltung sind Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn man das jetzt fortsetzt, dann wird sich die Verwaltung wirklich genauso interkulturell gestalten, wie sich auch die Hamburger Bevölkerung zusammensetzt.



Aus dem Publikum – Rolf Erdmeier, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:

Ich habe noch eine Frage zu Rosenheim, Stichwort Evaluierung, Monitoring. Es gibt jetzt den aktuellen Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung, der viel Aufsehen in der Republik hervorruft. In Rosenheim wurden seit 1999/2000 schon viele Erfahrungen mit diesen städtebaulichen Projekten gesammelt. Mich würde interessieren, ob Sie Verbindungen herstellen können zwischen Ihrem guten Abschneiden beim Lernatlas in Rosenheim und der Arbeit, die Sie dort geleistet haben. Gibt es dazu Hinweise aus den Zahlen, die Sie evaluiert haben?

Helmut Cybulska:

Es wäre vermessen, dass wir hier konkrete Zusammenhänge oder Erfolge der Sozialen Stadt jetzt schon ableiten können. Allerdings öffnen wir uns dem Thema Evaluierung derzeit sehr stark. Wir sind gerade dabei, alle drei Quartiere bis zum nächsten Sommer zu evaluieren. Vielleicht haben wir dann weitergehende Erkenntnisse. Wir hoffen natürlich, dass wir auch bei dieser Untersuchung auf den Erfolgsfaktor Soziale Stadt stoßen. Aber nachweisen können wir das im Moment noch nicht.

Ferdos Forudastan:

Herzlichen Dank, Herr Cybulska, Herr Rickert, Frau Becker und Herr Ernst für die Einblicke in die Situation der Stadtentwicklung und Integration in Ihren Kommunen. Ganz herzlichen Dank an Sie im Publikum für Ihre Aufmerksamkeit.

Podiumsgespräch: Integration von Zuwanderern im Stadtteil: Aktuelle Herausforderungen und Strategien

Ferdos Forudastan im Gespräch mit Verena Göppert, Petra Hochtritt, Sybille Haußmann und Dr. Christian Lieberknecht

Ferdos Forudastan:

„Integration von Zuwanderern im Stadtteil: Aktuelle Herausforderungen und Strategien“ heißt unsere Diskussion. Wir wollen dabei einiges von dem aufgreifen, was wir heute im Laufe des Tages gehört haben.

Ich darf Ihnen kurz die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Gesprächs vorstellen:

Verena Göppert, Beigeordnete für Arbeit, Jugend, Gleichstellung und Soziales beim Deutschen Städtetag in Berlin.

Sybille Haußmann, Leiterin der Stabsstelle Migration des Landkreises Düren.

Petra Hochtritt, Abteilungsleiterin Stadterneuerung Leipziger Osten, Stadt Leipzig.

Dr. Christian Lieberknecht, Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Berlin.

Herzlich willkommen an Sie alle, ich freue mich auf die Diskussion.

Herr Lieberknecht, sagen Sie uns bitte, was der Unterschied zwischen Wohnung und Immobilie ist.

Dr. Christian Lieberknecht:

Das lässt sich relativ einfach beantworten: Wohnen ist ein Teil des Immobilienwirtschaftssektors, zur Immobilie gehört die Gewerbeimmobilie genauso wie die Wohnimmobilie. Und wir als Bundesverband vertreten die Unternehmen, die überwiegend im Bereich Wohnimmobilien tätig sind, die nachhaltige Bewirtschaftung, aber daneben auch noch Projektentwicklung betreiben, auch das Bauträgergeschäft, teilweise Gewerbeimmobilien verwalten. Deshalb, der Vollständigkeit halber, dieser lange Verbandsname.

Ferdos Forudastan:

Mit dem Namen haben Sie überhaupt manchmal zu kämpfen, weil Ihr Verband „Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen“ heißt – übrigens ein sehr großer Verband –, aber nicht BDW, sondern GdW abgekürzt wird. Das ist ein Überbleibsel aus früheren Zeiten, als es „Gesamtverband der deutschen Wohnungswirtschaft“ hieß. Aber weil die Menschen an den Kürzeln hängen, ist das Kürzel geblieben, obwohl der Name des Verbandes sich geändert hat.



Frau Göppert, als eine Art Fazit, Einsicht oder Erkenntnis aus dem heutigen Tag kann man vielleicht schlussfolgern: Sozialräumliche Integrationsstrategien haben mittlerweile ganz viele Kommunen. Wovon hängt es nach Ihrer Beobachtung ab, ob diese Strategien erfolgreich sind, ob sie greifen oder eher nicht?

Verena Göppert:

Sicher ist es eine politische Entscheidung in der Kommune vor Ort – eine Entscheidung, inwiefern Rat und Verwaltung sozialräumliche Integrationsstrategien gemeinsam mittragen. Es ist sicher auch eine Frage der Finanzen, inwieweit eine Stadt fähig ist, Kofinanzierungsmittel für bestimmte Maßnahmen aufzubringen. Herr Ernst hatte gesagt, er habe das Glück, bei den Kürzungsmaßnahmen Soziale Stadt in den Projekten nicht betroffen zu sein. Es gibt natürlich andere Städte, die davon massiv betroffen sind und praktisch nicht als Ausfallbürgen die notwendigen Gelder aufbringen können. Das Finanzielle ist also sicher eine Ursache.

Aber ich meine, dass sich in den Städten, gerade was die sozialräumliche Integration angeht, in den letzten Jahren flächendeckend sehr viel getan hat. Nicht aus reiner Sozialromantik, das möchte ich betonen. Wenn wir über Fachkräftemangel reden bis hin zu Personalentwicklung in den Kommunen, in den Kommunalverwaltungen selbst, dann ist – meine ich – überall die Erkenntnis gewachsen, dass Bildung das Hauptaktionsfeld ist, um für die Zukunft auch gesellschaftspolitisch gerüstet zu sein. Herr Ernst hat dies heute auch noch einmal ganz deutlich zum Ausdruck gebracht: Wir müssen in die Bildung investieren, um unsere Gesellschaft mittel- und langfristig ausreichend auszustatten und letztlich auch unsere Aufgaben bewältigen zu können. Aus dieser Einsicht heraus werden viele gute Projekte auf den Weg gebracht. Ich glaube kaum, dass es noch sehr viele ganz schwarze Flecken gibt, auch nicht auf dem flachen Land, die sich diesem Problem nicht stellen.

Ferdos Forudastan:

Sie haben eben gesagt, das geschehe nicht aus Sozialromantik, sondern – ich schlussfolgere – aus Eigennutz. Einfach weil ein Teil der Städte ein massives, ein anderer Teil der Städte zumindest ein erhebliches demografisches Problem hat. Man kommt dann natürlich zu der Erkenntnis, dass es einfacher ist, bestimmte soziale Verwerfungen frühzeitig zu verhindern oder dagegen zu arbeiten, als später damit umgehen zu müssen.

Verena Göppert:

Wenn man sich die Sozialhaushalte der Städte ansieht – und ich denke, dass Kreise und Gemeinden genauso betroffen sind –, dann stellen Sie fest, dass die Sozialausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich steigen, und zwar in einer Dynamik, die erschrickt. Da muss man sich schon fragen: Was sind denn die Ursachen? Wie kriegen wir diese explodierenden Ausgaben gebremst? Wir kriegen sie jedenfalls nicht gebremst, indem wir Mittel immer weiter konsumptiv ausgeben, sondern indem wir sie für Prävention



einsetzen. Dabei ist Bildung der Schlüssel, um Erfolge zu erzielen. Wir haben im Moment bundesweit Steigerungsraten bei den Sozialausgaben von jährlich zweieinhalb Milliarden Euro. Wenn man die 40 Millionen Euro aus Sozialer Stadt dagegen hält, die jetzt noch zur Verteilung stehen, dann erhält man eine Vorstellung von der Dimension, die dahintersteckt.

Ferdos Forudastan:

Frau Hochtritt, gleiche Frage auch an Sie: Die sozialräumlichen Integrationsstrategien und Bemühungen werden, wie es scheint, nirgendwo mehr grundlegend infrage gestellt; jeder sagt: Klar, wir machen das irgendwie. Aber was bedeutet es konkret? Ich denke, das unterscheidet sich sehr stark von Kommune zu Kommune. Wie handhaben Sie es?

Petra Hochtritt:

Wir sind ja in Ostdeutschland, speziell in Leipzig, in einer anderen Situation. Ich war auf einer Veranstaltung, auf der der Vertreter des Deutschen Städtetages zu mir sagte: „Sie haben doch überhaupt kein Problem; Ausländer – das ist doch überhaupt kein Thema, das Leipzig betrifft“. In gewisser Weise stimmt das; unsere Migrantenzahlen sind bezogen auf den gesamtstädtischen Durchschnitt mit acht Prozent eher gering. Jetzt kommt das Aber: Im Leipziger Osten haben wir Migrantenzahlen von 27 Prozent. Das ist für die Bewohner, die dort vor Ort sind, eine Riesenzahl, mit der man umgehen muss. Also kann man nicht sagen: Rein durchschnittlich haben wir überhaupt kein Problem, deswegen müssen wir uns nicht darum kümmern. Um in diesem Stadtteil den sozialen Frieden zu erhalten und um den Bewohnern eine Chance zu geben, ist Integration auch für uns ein ganz wichtiger Punkt, der nicht isoliert betrachtet werden darf. Es geht nicht um ein Integrationskonzept für Migranten, sondern Integration wird in allen Bereichen mitgedacht. Integration betrifft hier nicht nur die Migranten, sondern auch einkommensschwache Menschen, Senioren, Kinder und Jugendliche und so weiter. Unser Stadtteil muss insgesamt lebenswert werden, deswegen muss Integration zur Tagesaufgabe werden.

Ferdos Forudastan:

Das heißt, diese 27 Prozent sind gar nicht der entscheidende Punkt, stehen gar nicht im Fokus, sondern es geht um die Situation der Stadtteile. So ähnlich hat das Frau Becker für Hamburg skizziert: Wir sind eigentlich dabei, nicht mehr darauf zu schauen, wie hoch der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte ist, sondern wir achten auf ganz andere Kriterien: Wie ist der Bildungsstand, wie sieht es mit Erwerbslosigkeit und überhaupt sozialer Stellung aus? Wenn das so ist: Was bedeutet dies konkret für Integrationsstrategien? Das ist ja zunächst einmal ein „Umsatteln“, was die Begriffe angeht, aber ist es vielleicht auch ein „Umsatteln“, was die Inhalte angeht?



Petra Hochtritt:

In den Begriffen verheddert man sich ja immer. Wichtig für uns ist es zu sehen, dass die Migranten, die da sind, nicht nur Probleme mitbringen, nur weil es Migranten sind. Wir haben viele Migranten, die als Selbstständige in Kleinunternehmen arbeiten. Die Migranten stellen auch eine Wirtschaftskraft für einen Stadtteil dar. Wir haben einen Wohnungsleerstand von 30 Prozent. Wenn unsere Migranten nicht da wären, hätten wir einen noch verheerenderen Leerstand. Die Migranten tragen auch einen Großteil zur Stadtteilentwicklung bei. Man muss natürlich auch auf die Besonderheiten eingehen und Rücksicht nehmen.

Ferdos Forudastan:

Welches sind die Besonderheiten?

Petra Hochtritt:

Dazu komme ich gleich. Zum Beispiel haben wir Förderprogramme aus EFRE für kleine Unternehmen genutzt. Die Rahmenbedingungen treffen für viele Migranten einfach nicht zu, weil eine vierjährige Nachhaltigkeit gefordert ist. Wenn ich mit den Unternehmern spreche und frage: „Können Sie mir garantieren, dass Sie in vier Jahren noch den gleichen Geschäftszweig betreiben?“, dann sagen die: „In vier Jahren handle ich genau mit dem, was dann gefragt ist“. Das heißt als Herausforderung: Wie macht man Bürokratie auch für Migranten annehmbar, aber wie kriegt man auch den Bogen zur Bildung? Wie gestaltet man die Schulen und die Kindergärten so, dass sie nicht zum Nachteil werden? Nur weil in der Grundschule zum Teil 60 Prozent der Kinder einen Elternteil mit Migrationshintergrund haben, darf dies kein „Fluchtgrund“ für sogenannte Bildungsbürger bieten. Das heißt, wie kann man in den Stadtteilen darauf eingehen, dass auch Vielsprachigkeit und Buntheit für den Stadtteil eine Chance sein können?



Ferdos Forudastan:

Und wie geht man darauf ein?

Petra Hochtritt:

Indem wir im Moment gerade an einem neuen Stadtteilentwicklungskonzept arbeiten. Wir hatten im Frühjahr eine Strategiewerkstatt, in der wir festgestellt haben, dass man ganz offen und ganz neu an die Stadtteilentwicklung herangehen muss. Denn es gibt bei uns auch Stimmen, die sagen: „Zehn Jahre Soziale Stadt, und immer noch sind die Migranten und die Sozialhilfeempfänger da“ – das ist jetzt ein Zitat, das ist nicht meine Meinung – „Warum sollen wir unser gutes Steuergeld noch in diesen benachteiligten Stadtteil geben? Die Gelder müssen doch eigentlich dahin fließen, wo die Steuern gezahlt werden.“ Wie geht man also weiter mit dem Stadtteil um? Es ist ein Stadtteil, der im Prinzip als „Ankommensbahnhof“ dargestellt wird. Es ziehen Menschen in den Stadtteil und oft ziehen sie, wenn es ihnen wirtschaftlich besser geht, aus dem Stadtteil wieder weg. Darauf müssen wir mit Konzepten reagieren, müssen Besonderheiten in der Bildungslandschaft anbieten, ein verbindliches Bildungsnetzwerk, müssen Beschäftigung und Unternehmen unterstützen, Ansiedlungsstrate-

gien umsetzen. Nötig ist im Prinzip der ganzheitliche Ansatz, der davon ausgeht, dass jede Großstadt Stadtteile hat, die einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Das ist in Leipzig der Leipziger Osten.

Ferdos Forudastan:

Netzwerke bilden, Partner suchen, kooperieren, so lauteten die Schlagworte. Herr Lieberknecht, was kommt bei Ihnen als Bundesverband an? Inwieweit sind die Wohnungsunternehmen in der Frage sozialräumlicher Integrationsstrategien tatsächlich aktive Partner?

Dr. Christian Lieberknecht:

Ich gebe jetzt gar nicht einmal meinen Eindruck wieder – das würde dann so wirken, als ob ich für unser Unternehmen werben wollte –, sondern ich sage einfach, was auch von Vertretern des Deutschen Städtetages (DST) gesagt wird. In der Fachkommission Wohnungswesen des DST zum Beispiel sitzen die Wohnungsamtsleiter aus den großen Städten in Deutschland, etwa Leipzig, Hamburg, Heidelberg, München, also quer durch die Republik. In diesen halbjährlichen Sitzungen wird natürlich darüber gesprochen, was für Probleme anstehen und was getan werden muss. Und zum Glück für mich heißt es dann immer wieder: „Als Partner tritt die Wohnungswirtschaft auf“ – in der Regel die Unternehmen, die beim GdW Mitglied sind. Das sind die kommunalen Wohnungsgesellschaften, auch die Wohnungsgenossenschaften, obwohl Letztere einen anderen Zweck erfüllen: Das ist eher eine geschlossene Gruppe von Genossenschaftsmitgliedern, die in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder, aber auch das städtische Interesse im Auge haben.



Die kommunalen Unternehmen sind natürlich ein Instrument der Wohnungspolitik oder der Stadtentwicklungspolitik vor Ort, aber in einigen Fällen – und verstärkt – auch der Bildungspolitik vor Ort. Sie übernehmen jetzt nicht unbedingt Bildungsaufgaben im eigentlichen Sinne, aber sie kümmern sich darum, dass Schulen funktionieren, etwa als so genannte Facility Manager.

Da wird dann ein Unternehmen gefragt: „Könnt Ihr das übernehmen? Könnt Ihr die Schule auf Vordermann bringen?“ Es ist nur ein Baustein, also ein Mosaik. Es hat nichts damit zu tun, dass die Wohnungswirtschaft sich anmaßen würde, im Bereich Bildung neue Ufer anzustreben.

Da die Unternehmen in ihren Quartieren schon viel länger als die Mieter vor Ort sind, haben sie natürlich ein Interesse daran, dass die Mieter nicht zu oft wechseln. Es wird immer gefragt: „Was habt Ihr überhaupt für eine Interesse, die ‚problematischen‘ Mieter zu halten?“ Vorhin ist schon der Begriff Eigeninteresse gefallen. Das hat immer den Klang von Eigennutz. Aber ich glaube, alle Beteiligten – auch Kommunen und Unternehmen – handeln aus Eigeninteresse, um ihre Mieter zu halten und zur Teilhabe zu bewegen. Das ist ja der Begriff, der auch von Frau Becker verwendet wurde: nicht unbedingt „Integration“, sondern „Teilhabe“ – auch an dem, was im Wohnumfeld und im Quartier passiert.

Ferdos Forudastan:

Ich möchte aber doch ein Fragezeichen setzen, ob wirklich alle Wohnungsunternehmen Interesse daran haben, ihre Mieter zu halten, ob sie ganz offen sind, was die Zusammensetzung der Mieterschaft angeht. Wir hören immer – vor allem mit Blick auf attraktiven Wohnraum in attraktiven Stadtteilen –, dass es Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und entsprechendem Namen dort schwerer haben als die Müllers, Meiers und Schmidts. Da scheint es schon ein Problem zu geben, bei dem man ohne die Wohnungsunternehmen nicht weiterkommt, ohne die privaten sowieso nicht.

Dr. Christian Lieberknecht:

Der Wohnungsmarkt teilt sich ja in verschiedene Segmente. Wir vertreten 3.000 Wohnungsunternehmen in Deutschland, die bis zu 250.000 Wohneinheiten im Bestand haben. So ein Unternehmen hat natürlich ganz andere Voraussetzungen, um als Partner aufzutreten und eine bestimmte Rolle vor Ort zu spielen, als ein Kleinvermieter, der zwei oder drei Wohnungen vermietet. Bei dem ist es schon eher ein Problem, wen er sozusagen in seine Nähe holen möchte. Das hat nichts mit ethnischem Hintergrund zu tun, es ist ganz einfach die Frage: „Wem vertraue ich, dass er möglichst 20 Jahre in der Wohnung wohnt und zahlungskräftig ist?“ Das ist das Eigeninteresse dieses Kleinvermieters.

Ferdos Forudastan:

Es gibt aber Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, das möchte ich schon festhalten. Es ist eine Facette, aber ich glaube, sie sollte nicht ganz unter den Tisch fallen.

Dr. Christian Lieberknecht:

Das bestreite ich gar nicht. Es gibt noch eine dritte Gruppe, die aktiv etwas dazu beiträgt, dass die Fluktuation hoch ist. Mit denen wollen wir nichts zu tun haben, das sind Unternehmen, die gerade darauf aus sind, einen häufigen Mieterwechsel zu haben, weil sie mit jedem Mieterwechsel die Miete höhersetzen können. Bei Neuvermietungen sind die Grenzen ja nicht so eng gezogen wie im Bestandsmietverhältnis.

Ferdos Forudastan:

Ganz zu schweigen von den so genannten Heuschrecken, nicht wahr? Ich meine, auf dem Wohnungsmarkt, jetzt in diesem Fall in NRW, gibt es dafür einige unschöne Beispiele.

Sybille Haußmann, ich würde gerne die „Sache“ mit dem Querschnitt mit Ihnen vertiefen. Sie als Integrationsbeauftragte des Landkreises Düren sind ja zunächst einmal mit dem Thema Integration konfrontiert, das beschäftigt Sie. Dann gibt es auch noch den Bereich Stadtentwicklung. Wo macht sich in Ihrem regionalen Bereich in Düren dieser Querschnitt fest? Wo funktioniert das eigentlich? Gibt es bei Ihnen eine gute Kooperation der Bereiche Integration im engen Sinne und Stadtentwicklung?

Sybille Haußmann:

Ich bin für den gesamten Kreis Düren zuständig. Es gibt nur zwei Stadtteile in Düren, die an dem Programm Soziale Stadt teilnehmen. Was ich merke: Dort, wo Soziale Stadt umgesetzt wird, ist auch die Beteiligung an den Projekten stärker. Zum Beispiel haben sich Leute erst einmal im Stadtteil engagiert und sich dann auch für den Integrationsrat der Stadt aufstellen lassen, oder sie engagieren sich in einem gesamtstädtischen Gremium.

Auf der Partizipationsebene und im Bildungsbereich merke ich, dass in dem Stadtteil etwas passiert. Wir sind Serviceagentur für Bildungsinstitutionen, weil in meiner Arbeitsgruppe auch Leute sind, die Lehrerinnen und Erzieherinnen fortbilden. Wenn ich ein aktuelles Angebot für Schulen habe, etwa gemeinsam mit der Bezirksregierung Köln zur Weiterentwicklung interkultureller Öffnung von Schule, und wir suchen Schulen, die mitmachen, dann ist es die Realschule in Düren-Nord, die sich beteiligt. Und wenn ich die Stadtteilzeitung aufschlage, sehe ich: Dieser Schulleiter ist auch im Stadtteilprojekt mit engagiert. Da merke ich, dass in der Schule etwas passiert ist durch das Stadtteilprojekt, weil sich sonst keine andere Realschule gemeldet hat, um mitzumachen. Auch die Grundschule in diesem Stadtteil hat sich an uns gewandt; sie wollen ein mehrsprachiges Elternbildungsprojekt machen. Dabei sollen die Kinder ihre Muttersprache und die deutsche Sprache systematisch erlernen und die Eltern mit der Schule gemeinsam Konzepte entwickeln, wie sich dies sinnvoll gestalten lässt. An solchen Abrufen meiner Serviceangebote merke ich, dass sich in dem Stadtteil etwas bewegt. Die Stadtteilmanager und ich treffen uns dann wiederum in den großen Vernetzungsgremien, in denen wir im ständigen Austausch sind und voneinander lernen.

Ferdos Forudastan:

Der Wunsch nach Kooperation geht also konkret von den jeweiligen Institutionen, Schulen, Kitas und Projekten aus. Wie ist das auf der institutionellen Ebene? Funktionieren da der Querschnittsgedanke und die Kooperation? Zieht man wirklich an einem Strang? Besteht dort nicht die Gefahr der „Versäulung“?

Sybille Haußmann:

Ich bin ja sozusagen die personifizierte „Endversäulung“. Ich bin für 15 Handlungsfelder zuständig – mit einem winzig kleinen Team und einem winzig kleinen Etat. Ich könnte gar nichts machen ohne Kooperationspartner entweder von der Stadt, von den Vereinen oder



von den anderen Ämtern. Wir haben jetzt die dritte Fortschreibung des Integrationskonzepts, kreisweit, in dem für alle Handlungsfelder integrationspolitische Ziele und Maßnahmen beschrieben werden. Es müssen acht Amtsleiter mit unterschreiben, damit ich das dem Kreisausschuss vorlegen kann. Insofern geht es gar nicht ohne Vernetzung und Kooperation. Die meisten der Migranten-Selbstorganisationen, mit denen ich kooperiere, haben ihren Sitz im Stadtteil „Soziale Stadt“ oder am Rande

dieses Stadtteils, haben ihre Mitglieder in dem Stadtteil, die größte Moschee ist dort, so dass auch in der Kooperation mit Betroffenen die Vernetzung zwischen Kreis und Stadtteil gut gelingt.

Ferdos Forudastan:

Verstehe ich es richtig, dass für Düren nicht gilt, was Herr Roth heute Morgen kurz aus seiner Studie berichtet hat? Dass es Kommunen gibt, die um Unterstützung und Begleitung bitten, was die Verankerung des Querschnittsgedankens angeht, weil es dort noch nicht gut funktioniert? Das ist bei Ihnen in Düren kein Thema?

Sybille Haußmann:

Ja, es klappt deshalb, weil der Kreis Düren sich den Luxus erlaubt, meine Stelle zu finanzieren. Es gibt also einen „Kümmerer“, der dafür bezahlt wird, genau diese Arbeit zu leisten. Das gibt es in vielen anderen Landkreisen und auch in manch mittlerer Stadt noch nicht. Das hat auch immer wieder Kritik ausgelöst. Das Land Nordrhein-Westfalen reagiert im Moment auf diese Kritik und hat dem Landtag ein Integrations- und Teilhabegesetz vorgelegt. Demnach sollen jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt eine Mindestausstattung bekommen, um einen solchen „Kümmerer“ finanzieren zu können.

Ferdos Forudastan:

Frau Hochtritt, haben Sie auch einen Kümmerer oder eine Kümmererin, die das Zusammenfügen und das Zusammenarbeiten so erleichtert, wie Frau Haußmann es aus Düren geschildert hat?

Petra Hochtritt:

Ein Stückweit bin ich die Kümmererin, weil ich seit 1993 im Leipziger Osten arbeite. Durch die über Jahre aufgebauten Netzwerke, durch das jahrelange Sich-Kennen-und-Vertrauen sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch zu den Akteuren vor Ort ist da schon eine Basis geschaffen worden. Die Zusammenarbeit gerade über die unterschiedlichen „Säulen“ hinweg ist oft nicht einfach. Es hat immer auch etwas mit persönlichen Beziehungen zu tun, mit dem Willen der jeweiligen Mitarbeiter; aber nicht zu vergessen: Es muss auch von oberer Stelle gewollt sein. Die Mitarbeiter könnten sich sonstwie schöne Projekte und gemeinsame Arbeitsziele ausdenken. Wenn dann diese gemeinsamen Ziele nicht von den Führungen mitgetragen werden, gibt es für die Realisierung keine Chance.

Ferdos Forudastan:

Letzteres kommt aber schon mal vor!

Petra Hochtritt:

Deswegen muss die Zusammenarbeit sowohl von der Spitze gewollt sein als auch von unten gelebt werden. Ganz wichtig: Man muss den Kollegen klarmachen, dass sie von dieser gemeinsamen Arbeit einen Vorteil haben. Dies ist schwierig in Zeiten, in denen man nicht mehr alles finanzieren kann. Wobei Soziale Stadt bei uns seit vielen Jahren ein Investitionsprogramm ist. Es ist nicht so, dass man damit irgendwelche sozialen Projekte fördern kann, 90 Prozent der Gelder müssen in Investitionen gehen.

Sybille Haußmann:

Es klappt natürlich auch in Düren nicht bruchlos. Im ländlichen Bereich gibt es die Schwierigkeit, dass wir neben dem Stadtrat als politischem Gremium den Kreistag haben, und diese beiden sind sich natürlich nicht immer einig, genauso wenig wie der Landrat und der Bürgermeister. Deshalb gibt es in der Zusammenarbeit immer wieder Brüche, mit denen man dann umgehen muss.

Ferdos Forudastan:

Frau Göppert, mittlerweile haben viele Kommunen Integrationsstrategien oder sie arbeiten derzeit an einem Integrationskonzept. Ungefähr ein gutes Drittel hat ein solches Konzept, kann man sagen. Es gibt gesamtstädtische Integrationsstrategien, und es gibt eine ganze Rei-

he von stadtteilbezogenen Integrationsstrategien. Können Sie etwas darüber sagen, wie sich das jeweils zueinander verhält? Befruchten die sich gegenseitig oder blockieren sie sich manchmal?

Verena Göppert:

Es sollte sich eigentlich nicht blockieren. Wenn man ein gesamtstädtisches Konzept hat und daraus abgeleitet eines auf den einzelnen Sozialraum bezogen, dann sollten die sich eher ergänzen, beziehungsweise dann sollte das Stadtteilkonzept etwas ausdifferenzierter sein. Man muss sich eben genau anschauen, was in dem Stadtteil passiert, wie in dem Beispiel mit den beiden unterschiedlichen Kitas in ein und demselben Sozialraum mit ein und demselben Personalschlüssel und ganz unterschiedlichen Wirkungen – das muss man analysieren. Da bietet der Sozialraum mehr Möglichkeiten, als wenn man es gesamtstädtisch sieht.



Noch etwas zu den „Kümmerern“: Diese sind wichtig, weil sie Anstöße geben und „die Finger in die Wunde legen“. Aber es ist mindestens genauso wichtig, auch Entscheider zu haben, die letztlich die Entscheidung treffen. Und weiter: Integration bedeutet das Überwinden von sozialen Schwierigkeiten – und das Ganze dann noch mit dem Sondermerkmal „ich bin auch noch Migrant“. Um das zu leisten, brauchen wir nicht nur städtische Partner, wir brauchen auch andere Partner. Das fängt an bei der Schule und reicht bis zur Arbeitsverwaltung. Wir müssen uns anschauen, warum gerade Jugendliche aus Migrantenfamilien so stark betroffen sind, wenn es um fehlende Schulabschlüsse geht. Der Kreis der Partner geht noch weit über die städtischen Grenzen hinaus – auch da kann ein Kümmerer Anregungen geben, aber es braucht auch Entscheider, die sensibilisiert sind für diese Problematik und offen für mögliche Lösungen.

Ferdos Forudastan:

Sie sagen, es braucht Entscheider, die sensibilisiert sind. Ist das eine Frage, die von unterschiedlichen Persönlichkeiten abhängt, oder ist auch das wieder eine Frage von Strukturen?

Verena Göppert:

Ich glaube, es hängt noch stark von Personen/Persönlichkeiten ab. Aber das Ziel muss sein, dass so eine Strategie unabhängig von Personen verfolgt wird. Wenn nämlich so ein Kümmerer wegfällt und alles in sich zusammenbricht, dann erzeugt das Frust, und letztlich mangelt es dann auch an Nachhaltigkeit. Ich habe auch immer Probleme mit den vielen Projekten, die man so auf den Weg bringt. Ich nehme das Beispiel Sprachförderung, die plötzlich in aller Munde war. Wir hatten dann entsprechende kommunale Initiativen. Dann kam Entsprechendes aus dem Bundesamt für Migration, dem Arbeitsministerium, dem Familienministerium, aus den Ländern. Es gab Sprachstands-Feststellungen und darauf aufbauend Sprachförderprogramme. Ich würde mir manchmal so etwas wie die Soziale Stadt wünschen, ein Instrument, das die ganzen Projekte zusammenführt und die armen Schulen und Kitas vor Ort nicht mit den vielen Programmen überzieht, sondern die Ressourcen bündelt; das wegkommt von der Projektkultur, die dann irgendwann mal endet, und hin findet zu

einer Stärkung der Regelsysteme. Wenn uns das nicht gelingt und wir immer nur in Projektstrukturen arbeiten, werden wir nichts Nachhaltiges bewirken können.

Ferdos Forudastan:

Was ich nicht verstanden habe, Frau Göppert, war: „Ich würde mir manchmal so etwas wie die Soziale Stadt wünschen.“ Wir haben die Soziale Stadt, die Mittel sind drastisch heruntergefahren worden. Jetzt wird wieder ein kleines bisschen draufgelegt, aber natürlich bleibt es eine ganz massive Kürzung. Meinten Sie mit Ihrer Formulierung, dass man das Programm wieder ausweitet, oder meinten Sie, dass man noch mehr unter das Dach der Sozialen Stadt stellt, damit die Bündelung grundsätzlicher ist?

Verena Göppert:

Das Konzept Soziale Stadt bündelt eben. Ich meinte mit dem Beispiel, dass man die verschiedenen Töpfe mal in den Blick nimmt, dass man das Problem vor Ort analysiert und sich die Partner sucht, die man dafür braucht, um das Problem zu lösen oder zumindest zu mindern. Die Versäulung und die Ressortabgrenzungen – jeder möchte ein bisschen an einem „hippen“ Thema beteiligt sein – verhindern nachhaltiges Agieren. Das finde ich schade. Wenn die Soziale Stadt als Konstrukt Akteure zusammenführt und man gemeinsam nach Lösungen sucht, dann wäre das ein Modell, so eine Versäulung aufzugeben und die Ressourcen zu bündeln. Ich meine, Geld hat keiner. Mehr Geld wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben. Wir sind gut beraten, alles in einen Topf zu werfen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Aber das ist sehr schwer bei uns.

Ferdos Forudastan:

Herr Lieberknecht, können Sie mit diesem Gedanken etwas anfangen? Sozusagen noch eine sehr viel stärkere Bündelung, um dieser Versäulung entgegenzuwirken?

Dr. Christian Lieberknecht:

Der Gedanke ist vom Ansatz her richtig. Aber von den neuen Unterprogrammen der Städtebauförderung, die vorhin erwähnt wurden, hat jedes seine Berechtigung. Wenn man die zusammenwerfen würde, könnte es natürlich durchaus passieren, dass die Begründung für ein einzelnes Programm plötzlich weggefallen ist und dann die Kürzung umso leichter fällt. Natürlich ist es prinzipiell richtig zu sagen, Bündelung ist besser, als wenn man es mit verschiedenen Säulen zu tun hat.

Wir als Wohnungsunternehmen geben zu den Mitteln, die von staatlicher Seite kommen, immer ein Vielfaches dazu. Es würde sonst längst nicht ausreichen für all die Maßnahmen, die wir vor Ort durchführen. Frau Göppert hat vorhin einen Milliardenbetrag genannt und in Relation gesetzt zu den 40 Millionen, die wir dieses Jahr bei der Sozialen Stadt haben. Ich war vor ein paar Wochen auf einer Podiumsdiskussion mit dem Oberbürgermeister von Kiel. Der hat einen Stadtteil, in den jedes Jahr 50 Millionen Euro fließen. Das ins Verhältnis gesetzt zu den 40 Millionen bundesweit zeigt noch einmal, was für ein Tropfen auf den heißen Stein diese 40 Millionen sind – und es auch 80 Millionen noch wären, wenn es mal zu einer Verdopplung kommen würde. Natürlich sind Fördermittel und deren Höhe wichtig, weil sie auch eine politische und gesellschaftliche Anerkennung ausdrücken für das, was dort getan wird. Ohne Förderung kann vieles nicht realisiert werden. Aber man muss darauf achten, dass man auch ohne Fördermittel irgendwie über die Runden kommt. Auf die Wohnungs-

wirtschaft bezogen heißt das konkret, dass man die Gesamtheit der Belastungen im Auge behält, auch jene, die von anderer Seite kommen. Wir reden hier im Moment über sozialpolitische und wohnungswirtschaftliche Themen. Wenn man den ganzen Bereich der Energie- und Klimaschutz-Politik hinzunimmt, sieht man: Da kommen Anforderungen auf die Wohnungsunternehmen und die gesamte Immobilienwirtschaft zu, die viel Geld erfordern. Es entsteht dann natürlich ein Konflikt zwischen diesen Erfordernissen und dem, was man noch für Soziales, also für den sozialen Kitt im Quartier übrig hat. Hinzukommt, dass auch die EU-Kommission bestimmte Vorstellungen davon hat, was an Sanierungspflichten gerade von öffentlichen Wohnungsunternehmen durchzuführen ist.



Ferdos Forudastan:

Sowohl Frau Haußmann als auch Frau Göppert haben gerade, wie ich gesehen habe, ziemlich die Stirn gerunzelt?

Sybille Haußmann:

Obwohl, es gibt ja auch Synergien. Es wurde immer die Wohnungswirtschaft als Partner genannt, aber so richtig beispielhaft war das bisher nicht. Bei uns im Viertel hat die private Wohnungsbaugesellschaft zusammen mit einer Beschäftigungsförderungs-Gesellschaft zusammengearbeitet. Das heißt konkret: Jugendliche haben im Rahmen eines Projekts die Treppenhäuser renoviert. Das hat dann gleichzeitig den Effekt, dass sie die Wände nicht so schnell wieder besprühen, wenn sie diese selber renoviert haben. Entsprechendes kann man natürlich beim Klimaschutz machen, wo es unglaublich viel zu tun geben wird an Wärmedämmung und an Solaranlagenaufbau, und das bringt auch Beschäftigungseffekte. Wenn man eine kluge Verbindung schaffen würde zwischen Beschäftigungsförderung, Ausbildung, Förderung von Benachteiligten, Arbeitsmarktprogrammen und Wohnungswirtschaft, dann wäre auch allen geholfen. Solche Kooperationen mit der Beschäftigungsgesellschaft sind aber nicht immer leicht hinzukriegen. Es heißt dann oft, da steht die Handwerkskammer davor, und es muss ein richtig ordentlich bezahlter Handwerker genommen werden. Hier neue gemeinsame Wege zu gehen, wäre aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt.

Verena Göppert:

Irgendjemand muss die Miete bezahlen können, die entsprechend teurer wird. Das Problem ist ja, dass zu schnell zu viel verlangt wird von der Wohnungswirtschaft und sich dies in den Mietpreisen widerspiegelt. Die Wohnungswirtschaft muss ja wirtschaftlich agieren, und auch auf Kommunen können da Probleme zukommen. Im sozialen Wohnungsbau bezahlen ja sehr viele die Miete nicht selber, sondern letztlich die öffentliche Hand, sprich die Kommunen, Stichwort: Unterkunftskosten im Rahmen vom SGB II/Hartz IV. Deshalb haben auch wir ein Interesse daran, dass man diese sprunghaften Verbesserungen etwas streckt.

Aus dem Publikum – Andreas Lucius, IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V., Berlin:

Ich wollte vorhin widersprechen. Es wurde heute schon viel gesagt über Bündelung, über Effektivität, über Indikatoren und so weiter. Und es wurde gesagt, dass sehr viele Projekte stattgefunden haben. Ich möchte einmal etwas auf die andere Waagschale werfen: Ohne die Diversität der Projekte und der Programme, die hier im Raum versammelt sind und sich in dieser Trägerlandschaft befinden, wären wir gar nicht an dem Punkt, an dem wir jetzt sind. Auf diese Diversität, auf diese vielen Gedankengänge möchte ich in Zukunft auf keinen Fall verzichten.

Wir sind ein Projektträger, der in vielen Punkten tatsächlich etwas ausprobiert hat, der aber durch das Programm BIWAQ zum Beispiel auch auf Nachhaltigkeit getrimmt wird. Wir können heute nicht mehr sagen: Wir probieren mal etwas aus, wir haben eine Idee. Aber ohne die vielen verschiedenen Ideen würde es dieses Programm nicht geben, und das drückt sich im Endeffekt ja auch in der Anzahl der geförderten Projekte in diesen Programmen aus. Eine Bündelung, das haben wir heute schon einmal gehört, würde schätzungsweise dazu führen, dass an bestimmten Stellen nichts mehr verbliebe. Das kann doch nicht Sinn der Sache sein.

Ferdos Forudastan:

Sie sagten eben, Sie wollten widersprechen. Das war vor allem ein Widerspruch zu Göppert, obwohl ich gar nicht genau weiß, ob es wirklich ein Widerspruch ist.

Verena Göppert:

Nein, das ist garantiert kein Widerspruch. In Projekten irgendetwas zu entwickeln, neue Ideen zu kreieren, ist absolut notwendig. Nur: Wenn es dann irgendwann nicht weitergeht, weil man nicht dafür gesorgt hat, dass man in eine Umsetzungsphase und in die Regelsysteme kommt, dann kann so etwas auch leicht verpuffen. Deshalb ist das eher eine Ergänzung und kein Wort gegen Projekte und gegen Ausprobieren gewesen.

Ferdos Forudastan:

Ich glaube, es ging Ihnen um die Verstetigung?

Verena Göppert:

Ja, und um das: „Zu viele Akteure“ – zu viele Akteure, die das Gleiche wollen.

Aus dem Publikum – Andreas Lucius, IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V., Berlin:

Trotzdem: Probieren ist nötig, etwas wagen, etwas ausprobieren, etwas Neues machen.

Sybille Haußmann:

Die Kunst besteht darin, das klug auszutarieren zwischen Kontinuität und Innovation – wenngleich ich die Erfahrung mache, dass aus den Projekten und von den Leuten, die sich immer wieder neu legitimieren müssen, viel mehr Innovationskraft kommt als beispielsweise aus den Beratungsstellen, die es schon seit 30 Jahren gibt und in denen seit 30 Jahren die gleichen Leute sitzen.

Aus dem Publikum – Burkhard Rödiger, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin:

Auf der Bearbeiter-Ebene, dort, wo die Projekte seit vielen Jahren umgesetzt werden, haben wir – finde ich – einen sehr guten Stand erreicht. Das wird sicher differenziert sein je nach den Gebieten. Ich meine aber, es ist wirklich an der Zeit, die entsprechenden Ressourcen zu bündeln und nicht nur von subjektiven Faktoren abhängig zu machen. Sie hatten selbst angesprochen, dass es auch von der Einsicht einzelner Personen abhängt, ob ein solches Programm in einer Kommune umgesetzt wird. Ich bin der Auffassung, dass es ein originär politisches Programm ist. Das zwingt dazu – auch weil Mittel immer knapper werden –, dass die Entscheidungsebenen Kapazitäten, auch personelle Kapazitäten, und Mittel zur Verfügung stellen.

Ich kann Folgendes zum Beispiel nicht mehr verstehen: Wir probieren im Rahmen der Sozialen Stadt im Quartiersmanagement über Jahre hinweg aus, wie man eine Gesamtschule, eine Ganztagschule etabliert. Wenn wir dann gute Erfahrungen gemacht haben, wissen wir nicht, wie wir das verstetigt kriegen. Ich meine, da müsste der Bund, konkret der Fördergeber Bund, eine Auflage in die Fördermittelvergabe mit aufnehmen, dass die Mittel nur noch zur Verfügung gestellt werden, wenn eine entsprechende Zusammenarbeit der einzelnen Ressourcen auch tatsächlich Realität wird. Es sollte nicht mehr der Beliebigkeit und dem guten Willen überlassen bleiben, dass die Ressourcen einer Kommune zusammengefasst werden.

Ferdos Forudastan:

Eine Anregung, eine Forderung. Wir können das jetzt nicht an einen Vertreter des Bundes spiegeln, aber Frau Hochtritt hat das eben leise kommentiert.

Petra Hochtritt:

Zwei Anmerkungen, einmal zu den Projekten: Wir wissen, wie das immer so ist. Oft werden Regelaufgaben, die man nicht finanzieren kann, über Projekte zu finanzieren versucht – Das ist nicht in Ordnung. Regelaufgaben müssen finanziert werden, dazu gehört zum Beispiel auch das Quartiersmanagement. Bei uns geht es genauso: Wir machen jährliche Verträge, weil wir nicht wissen, ob die Fördergelder kommen; wir wissen nicht, ob die Haushaltsmittel da sind. Wenn allerdings der Bund oder wer auch immer gleich festsetzen würde, dass ein Projekt hinterher verstetigt und durch die Kommune bezahlt werden müsste, könnten wir als Kommune – wir sind unter Haushaltssicherung – gar nichts mehr machen. Es ist ein ganz großer Spagat: Wie kriegt man eine Verstetigung hin, ohne die „klammen“ Kommunen auszuschließen. Genauso ist es mit der Wohnungswirtschaft, die in vielen Städten viele gute Sachen machen. Unsere Wohnungswirtschaft, die kommunale Wohnungsgesellschaft, schreibt rote Zahlen. Wie sollen sie uns in der sozialen Stadtteilentwicklung unterstützen? Das ist wie mit dem sprichwörtlichen nackten Mann und der Tasche. Wenn ich aber höre, was zum Beispiel Wohnungsunternehmen in Bremen in die Stadtteilentwicklung geben können... Der Chef unseres kommunalen Wohnungsunternehmens ist als Aufsichtsratsvorsitzender nach Bremen gegangen. Und er sagt zu mir: „Endlich kann ich auch die Projekte machen, die ich in Leipzig immer machen wollte“.

Aus dem Publikum – Reinhard Thies, Diakonisches Werk der EKD e.V., Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut, Servicestelle Soziale Stadt:

Wir reden über Integration vor Ort, das heißt also auch: Wie sieht das Verhältnis von Bund, Land, Kommune aus? Wohl geht der Bund mit Leitprogrammen und mit „goldenen Zügeln“ auf die Kommune zu und hilft, neue Wege zu gehen. Die spannende Frage, die wir hier diskutieren, ist aber: Wie geht das in Regelstrukturen über, also in dauerhaftes Handeln? Uns ist viel erzählt worden von größeren Städten und von nicht kreisangehörigen Städten, die die ganzen Kompetenzen innerhalb ihrer Stadtverwaltung bündeln. Wir haben aber viele landkreisgebundene Städte, bei denen die Kompetenzen gar nicht bei der Stadt selbst liegen, sondern bei denen sich die Zuständigkeiten aufteilen zwischen Landkreisen und kommunaler Ebene vor Ort. Dort ist es ungleich schwieriger, die Bündelungen hinzukriegen, gerade Landkreise sind oft in ihren Ressourcen äußerst beschränkt. Können Sie Hinweise geben, vielleicht gerade aus Düren, wie es gelingt, in der Regelstruktur zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen für Integration vor Ort, das heißt für Kooperationen und Bündelungseffekte in Dörfern, die Integration und Zuwanderungspotenziale haben, und auch in Stadtquartieren von kleineren Städten?

Sybille Haußmann:

Im Kreis Düren tritt der Kreis dann als Dienstleister für die kleineren Kommunen auf. Es gibt eine 12.000-Einwohner-Kommune, vom Bergbau betroffen und insofern mit einem hohen Migrantenanteil. Ich bin dann sozusagen diejenige, welche die Ressourcenbündelung mit befördert und den Arbeitskreis leitet, die Leute an einen Tisch holt, weil die Kommune selbst diese Ressourcen nicht hat. Und wenn einmal ein internationales Fest gefeiert wird, kommt aus dem Kreishaushalt ein Zuschuss. Das läuft aber nur auf freiwilliger Basis, das heißt, der Kreis kann nicht eine Kommune verpflichten. Nur wenn eine Kommune das selbst will, kommt der Kreis als Dienstleister dazu. In der mittleren Stadt in unserem Kreis, die eine eigene Struktur hat, sind wir Kooperationspartner. Insofern versuche ich aus meiner Position heraus immer den Servicecharakter des Kreises zu betonen und den Kommunen zu sagen: Wir können euch Kommunen unterstützen, aber nur, wenn ihr unsere Unterstützung gebrauchen könnt. Wir versuchen nicht, den Kommunen irgendetwas aufzudrücken, wenn sie sagen: Das können wir auch alleine.



Ferdos Forudastan:

Das ist Ihre Herangehensweise im Landkreis Düren. Aber Sie haben ja sicher Kontakt zu anderen Landkreisen. Ist es in Landkreisen nicht per se schwieriger als in Städten, Ressourcen zu bündeln und sozialräumlich orientiert zu handeln?

Aus dem Publikum – Reinhard Thies, Diakonisches Werk der EKD e.V., Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut, Servicestelle Soziale Stadt:

Ich meinte die Kooperation zwischen den zuständigen Ämtern. Die ist schon in den Städten schwierig, aber sie wird in den Landkreisen noch ungleich schwieriger. Gibt es Hinweise, wie es gelingt – auch in den Regelstrukturen –, das Jugendamt des Landkreises und die Ar-

beitsverwaltung sozialräumlich zu orientieren und deren Budgets auch entsprechend zu steuern?

Sybille Haußmann:

Es gelingt schon, würde ich sagen. Nicht immer und überall, aber auch die Landkreise haben gemerkt, dass sie sich stärker sozialräumlich orientieren müssen. Viele haben Projektteams im Jugendamt oder in den Job-Centern entwickelt, in denen man anfängt, sozialräumlich zusammenzuarbeiten. Es gibt auch Regionalkonferenzen für einzelne Kommunen, in denen Akteure aus verschiedenen Bereichen zusammengeholt werden. Noch ganz in den Kinderschuhen steckt die Kooperation von Jugendamt und Arbeitsbehörde – in der Weise, dass beide Geld an eine Familie oder in einen Sozialraum geben. Es handelt sich dann sozusagen nicht nur um sozialräumliche, sondern um individuelle gemeinsame Strategien. Das ist, denke ich, der nächste Schritt, den wir im Moment zu gehen versuchen, und zwar über Projektmittel. Aber Sie haben Recht: Natürlich ist es im ländlichen Raum komplizierter, mit den verschiedenen Kommunalparlamenten und kommunalen Strukturen zusammenzuarbeiten.

Verena Göppert:

Das ist sicher um ein Vielfaches komplizierter. Ich denke, Herr Rickert und Frau Becker aus Hamburg hatten so gesehen einen Idealzustand. Als Stadtstaat hat man alles in einer Hand, wobei es natürlich auch dort Kooperationsbemühungen geben muss. Wir versuchen mit Projekten (Stichworte Kommunale Bildungslandschaften oder Lernen vor Ort) solche Kooperationen oder Zusammenarbeitsstrukturen zu schaffen. Was Landkreise betrifft, so ist die Situation sicherlich in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. In Nordrhein-Westfalen haben wir zum Beispiel in Städten ab 20.000 Einwohnern das Jugendamt, in anderen Bundesländern ist es unterschiedlich. Aber auch die Kreise haben ein großes Interesse daran, dass diese Kooperationen funktionieren. Jedenfalls gibt es Ansätze für Kooperation und Koordination auch in der Kreisstruktur.

Ferdos Forudastan:

Kleiner Einschub: Die Schader-Stiftung hat gerade vor zwei Monaten eine große Studie zu Integration in kleineren Städten im ländlichen Raum vorgelegt. Darin spielt die Landkreisfrage eine bedeutende Rolle.

Aus dem Publikum – Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal:

Wir sollten bei der Frage „Wie geht es weiter?“ Einiges unterscheiden. Wir wissen aus mehr als einem Dutzend Jahren kommunaler Integrationspolitik, was funktioniert und wichtig ist. Wir wissen, dass Querschnittsaufgaben und Integrationsstrategien etwas sind, das insgesamt hilft. Das sollten wir festhalten. Wir haben einige Baustellen, von denen wir nicht genau wissen, wie es weitergeht: die Übergänge Schule-Beruf, die Frage, wie es aussieht mit den entsprechenden Beschäftigungssystemen etc. und einige andere Fragen. Für mich stellt sich vor allem die Frage des Übergangs vom nationalen Integrationsplan zum nationalen Aktionsplan. Wer sichert, was wir wissen, in der Qualität, die wir brauchen? Das ist für mich eine offene Frage, denn vorhin wurde auch in der Runde deutlich, dass zum Beispiel die Beteiligungsstrukturen gerade in benachteiligten Quartieren keine Selbstläufer sind, sondern einigen Aufwand brauchen. Und das gilt für viele andere Bereiche auch. Wer ist in der Lage, das, was wir allgemein als sinnvoll erfahren haben, in der Integrationspolitik zu sichern, und

wie werden die Lasten und Chancen verteilt? Ich bin heute Morgen etwas enttäuscht worden in dem Sinne, dass mir eigentlich nicht klar war, in welchem Umfang und bei welchen Themen der Bund tätig wird. Das könnte ja auf unterschiedliche Weise geschehen, es muss nicht immer nur Geld sein. Es könnten zum Beispiel Entwicklungsagenturen aufgebaut werden, um Innovation, praktische Möglichkeiten und Erfahrungen weiterzugeben. Aber es wäre schon ganz gut, wenn Integrationspolitik künftig nicht so betrieben würde, wie wir dies aus anderen Bereichen kennen. Ein Negativbeispiel ist die Kinder- und Jugendbeteiligung, die nach dem Muster der Stadtentwicklung in Kairo funktioniert: nämlich ständiger Auf- und Abbau. Dies können wir uns angesichts der demografischen und sonstigen Herausforderungen nicht leisten. Wie sichern wir also die Weiterförderung der Strukturelemente, die in ihrer Bedeutung unstrittig sind? Darauf habe ich noch keine Antwort gehört. Ob die Kommunen das aus Bordmitteln auf längere Sicht sicherstellen können, darüber sind im Augenblick Zweifel angebracht. Ich sehe auch nicht die starken Länder, die das leisten können; ebenso wenig zeichnet sich ein Verbundsystem Bund-Länder-Kommunen ab, das sich dieser Gemeinschaftsausgabe annähme.



Ferdos Forudastan:

Sie sagen, Sie haben noch keine Vorstellung. Haben Sie die deswegen noch nicht, weil Sie nicht wissen, wie es überhaupt konstruiert sein könnte? Oder sehen Sie noch nicht die Partner, den Bund, die Länder oder wen auch immer, die ein entsprechend starkes Interesse haben?

Prof. Dr. Roland Roth:

Ich möchte nicht, dass es der Integrationspolitik so ergeht wie der proklamierten „Bildungsrepublik“. Vollmundige Bekenntnisse versanden in der föderalen Politikverflechtungsfalle. Obwohl dafür niemand die Verantwortung übernimmt, müssen wir verwundert feststellen, dass der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt. Und das, obwohl wir uns im OECD-Maßstab ohnehin schon im unteren Drittel befinden. Deshalb fände ich es schon wichtig, dass es verbindliche Verpflichtungen gibt. Das sollte mit dem nationalen Aktionsplan schon einhergehen.

Ferdos Forudastan:

Das war schon eine sehr gute Vorlage für die Schlussrunde. Um die Frage noch einmal anders zu formulieren: Wie sichern wir Strukturelemente, über die eigentlich Einigkeit herrscht? Das mag zwar die „Zehn-Millionen-Dollar-Frage“ sein. Trotzdem traue ich mich, sie an Sie alle zu stellen.

Verena Göppert:

Mir war das ein bisschen zu pauschal. Man muss sich die einzelnen Themen schon etwas konkreter ansehen. Der Wesensgehalt der Integrationspolitik ist für mich die Bildungspolitik bis hin zur frühkindlichen Bildung. Und da wird es dann ganz schnell konkret. Was machen wir denn in der Kita? Wie versuchen wir, möglichst früh Bildungsaspekte zu verwirklichen in der Betreuung, in der Bildung von Kindern im frühkindlichen Bereich? Darüber würde ich gerne diskutieren. Wie gestaltet man den Übergang Kita-Schule? Dort liegt noch viel im Argen, aber es gibt auch schon gute Ideen. Wie transportiert man diese guten Ideen?

Ferdos Forudastan:

Darüber gibt es sicher eine Einigung. Ihre Entgegnung war, diese Forderung nach Struktursicherungselementen sei zu pauschal, zu grundsätzlich. Aber vielleicht, Herr Roth, hatten Sie ja eine ganz konkrete Vorstellung?

Prof. Dr. Roland Roth:

Ich bin einverstanden, wenn es darum geht, die Bedeutung der frühkindlichen Bildung etc. zu betonen. Es geht mir nicht um die einzelnen Handlungsansätze, sondern um die kommunale Handlungsfähigkeit in diesem Feld. Und da ist es nicht uninteressant, ob man in der Lage ist, das Personal zu stellen, das für Beteiligungsprojekte zuständig ist; ob man in der Verwaltung die nötige interkulturelle Kompetenz aufbauen kann und so weiter. Es handelt sich dabei um Querschnittsaufgaben, die über das hinausgehen, was im einzelnen Fall zu passieren hat. Natürlich ist die Wahrheit immer konkret. Aber konkret ist auch: Wer erarbeitet eine kommunale Integrationsstrategie und ein Monitoringsystem? Wie können wir praktische Beteiligungsprozesse organisieren?

Sybille Haußmann:

An manchen Stellen braucht man einfach Geld, um Kümmerer zu finanzieren. Aber es gibt ganz viele Punkte, an denen es reichen würde, Richtlinien zu verändern oder Mindeststandards zu setzen. Ein gutes Beispiel wieder aus Nordrhein-Westfalen: Die vorherige Landes-



regierung hat Familienzentren befördert. Kindergärten konnten sich zusammenschließen, Familienzentrum werden, dann erhielten sie mehr Geld. Wenn sie ein Konzept der interkulturellen Öffnung und Elternbeteiligung vorlegten, erhielten sie noch ein bisschen mehr Geld. Das hat dazu geführt, dass deutlich mehr Einrichtungen mit uns als – sozusagen – interkulturellem Think-Tank für Erzieherinnen zusammengearbeitet haben. Noch ein eher negatives

Beispiel: Die Landesregierung hat Sprachstandserhebungen eingeführt und jedem Kindergarten Geld gegeben für jedes Kind, das Sprachförderung braucht. Sie hat aber keinen Mindeststandard eingeführt, was eigentlich eine Sprachlehrerin im Kindergarten wissen und können muss. Die Kindergärten sind mit der Qualitätssicherung allein gelassen – das ist sicher nicht sinnvoll. Man braucht beides: An bestimmten Stellen brauchen wir Geld, an bestimmten Stellen brauchen wir Mindeststandards, die gesetzt werden müssen von Land, von Bund, und interkulturelle Öffnung muss in Förderrichtlinien hineingeschrieben werden.

Ferdos Forudastan:

Herr Lieberknecht, wie sichern wir aus Ihrer Sicht die Strukturelemente für Ihren Bereich?

Dr. Christian Lieberknecht:

Für unseren Bereich kann ich dazu relativ wenig sagen. In der Diskussion sind zwei Elemente immer wieder aufgetaucht. Das eine ist das Geld, also die Fördermittel, die von staatlichen Stellen kommen. Da haben wir in diesem Jahr und auch im letzten Jahr gesehen, dass es immer schwieriger wird, die Bundesförderung auf einem bestimmten Niveau zu halten. Wir mussten immer mehr als Verbandsarbeit, als Verbandsleistung aufwenden – in Kooperationen mit anderen Partnern –, um bei der Politik, gerade bei den Haushaltspolitikern für ein gewisses Verständnis zu werben für diesen Aufgabenbereich. Und das wird nächstes Jahr und übernächstes Jahr nicht einfacher werden. Wir haben nicht nur die Städtebauförderung und die Soziale Stadt, wir haben auch noch den ganzen Bereich der Wohnraumförderung, die im Volumen sogar mehr ausmacht als alle neuen Unterprogramme der Städtebauförderung zusammen. Und auch die steht jetzt zur Disposition, das heißt, im Grunde laufen die Kompensationsmittel, die der Bund jedes Jahr an die Länder zahlt, nämlich 518 Millionen, im Jahr 2013 aus. Dann ist Schluss. Dann will der Bundesfinanzminister dieses Geld über sechs Jahre auf null abschmelzen. Dagegen kämpfen im Moment die Länder, keiner weiß aber so genau, wie die Länder sich wirklich positionieren. Die Länderfinanzminister sagen natürlich etwas anderes als die Länderbauminister und die Ländersozialminister. Ein ganz anderes Feld ist das Beihilferecht. Die Kommission wacht ja darüber, was an Fördergeldern ausgegeben wird. Soziale Wohnraumförderung ist ein Problem.

Ferdos Forudastan:

Nicht nur bei den Problemen bleiben, sondern auch auf die Lösung gucken!

Dr. Christian Lieberknecht:

Ich leite gleich dazu über, was die Wohnungsunternehmen machen können. Wenn die Vorstellungen, die die Kommission im Moment zum Beihilferecht hat, eins zu eins umgesetzt werden, dann bedeutet dies, dass ab kommendem Jahr im Grunde kein Wohnungsunternehmen mehr soziale Wohnraumfördermittel in Anspruch nehmen wird. Denn die Kommission erwartet, dass Fördermittel nur noch auflagenfrei an Unternehmen gegeben werden, die ausschließlich sozialen Wohnungsbau betreiben. Und das tun unsere Unternehmen ja nicht. Sie machen alles Mögliche mehr, aber sie nehmen natürlich auch Fördermittel für ein kleines Segment in Anspruch. Auch wenn diese Fördermittel weniger werden, müssen unsere Unternehmen natürlich trotzdem in diesem Bereich weiterhin aktiv bleiben. Aber das können sie nur, wenn bestimmte Hemmnisse und Restriktionen fallen, Stichwort Klimaschutzpolitik. Dieses Thema würde eine ganz neue Diskussionsrunde erfordern. Hier stellt sich die Frage auch für die Bundesregierung, wo man die Priorität setzt – eher im sozialen Bereich oder in diesem Fall im Klimaschutzbereich? Das ist einfach ein Trade-off, das Geld ist nur einmal da ...



Ferdos Forudastan:

Das ist natürlich eine harte Frage, nicht wahr?

Dr. Christian Lieberknecht:

... und kann auch nur einmal ausgegeben werden. Wir wollen natürlich auch, dass der soziale Frieden in den Wohnquartieren erhalten bleibt und dabei braucht man eben eine gewisse Befreiung von Hemmnissen.

Petra Hochtritt:

Ich hätte gerne für meinen Stadtteil, dass die Augen geöffnet werden. Die Augen öffnen sollen die Lokalpolitiker, aber auch die in der Stadtverwaltung Tätigen. Ich hätte gerne, dass man sagt: Wir haben die Probleme. Wir haben aber noch Möglichkeiten, gegen die Probleme etwas zu tun, damit sie sich nicht auswachsen. Es geht nicht darum, wo die meisten Wähler sitzen, wo die meisten Steuern bezahlt werden, wo ich die beste Lobby aus dem Bildungsbürgertum habe. Ich finde, es ist ganz wichtig, dass auch für benachteiligte Stadtteile eine Lobby da ist und dass Ressourcen auch umverteilt werden können innerhalb der Kommunen zugunsten der benachteiligten Stadtteile. Und natürlich wünsche ich mir wunderbare Förderprogramme vom Bund und vom Land. Vielleicht können Sie ja auch ein bisschen Einfluss auf das Land Sachsen nehmen, dass wir auch wieder nicht-investive Projekte machen dürfen im Rahmen von Sozialer Stadt. Und ansonsten wünsche ich mir auch noch BIWAQ, XENOS und alle anderen Programme, um die wir uns sehr gerne bewerben werden mit all der uns zur Verfügung stehenden Pffiffigkeit.

Ferdos Forudastan:

Ganz selbstbewusst zum Schluss. Noch einmal kurz zum Stichwort Soziale Stadt: Vorhin bin ich ja schon eine kleine Literaturempfehlung losgeworden, die Studie der Schader-Stiftung zur Integration im ländlichen Raum. Es gibt noch etwas ganz Druckfrisches zur Sozialen Stadt, nämlich die potenziellen oder sich abzeichnenden Auswirkungen der Kürzungen für einzelne Städte. Es handelt sich um eine Expertise, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Thomas Franke erstellt wurde.

Ganz herzlichen Dank, Frau Hochtritt, Herr Dr. Lieberknecht, Frau Haußmann und Frau Göppert, für diese muntere Runde, für Ihre Einblicke, für Ihre Ausblicke und auch für Ihre Ansätze von Kontroversen. Ich danke an dieser Stelle auch dem Publikum – einmal natürlich für Ihr Interesse an dieser Runde, für meinen Teil auch für Ihr Interesse und Ihre Teilnahme, was den ganzen bisherigen Tag angeht. Meine Zeit hier oben ist jetzt beendet, aber es ist noch nicht alles zu Ende. Es folgt noch ein Schlusswort mit Ausblick von Oda Scheibelhuber, die die meisten von Ihnen kennen werden. Frau Scheibelhuber ist Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Raumordnung und Wohnen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Schlusswort

Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Raumordnung und Wohnen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich glaube, Sie wollen jetzt nach Hause. Das möchte ich Ihnen auch gerne binnen kurzem ermöglichen. Aber ich möchte Ihnen auch und insbesondere im Namen aller Kolleginnen und Kollegen danken, dass Sie fast einen ganzen Arbeitstag hier verbracht und dadurch sehr deutlich die Wichtigkeit des Themas unterstrichen haben. Das hilft uns, und wir haben zu diesem Kongress auch eingeladen, um unsererseits Ihnen zu helfen. Wir haben Ihnen sehr aufmerksam zugehört, was Ihre Unterstreichung der Bedeutung der Städtebauförderung angeht, was die Wichtigkeit der Sozialen Stadt angeht und insbesondere, was Ihre Forderungen nach einer verstärkten ressortübergreifenden Verzahnung der Bundesaktivitäten im Sinne der Integration betrifft. Da haben Sie Recht: Wir können nicht den integrierten Ansatz sozusagen predigen und ihn auf Bundesebene selbst nicht praktizieren! Aber Sie wissen auch aus eigener, oft leidvoller kommunaler Erfahrung, wie schwierig das dann in der Praxis sein kann und wie schwer es ist zu bündeln.



Wir haben Ihnen sehr aufmerksam zugehört, was Ihre Unterstreichung der Bedeutung der Städtebauförderung angeht, was die Wichtigkeit der Sozialen Stadt angeht und insbesondere, was Ihre Forderungen nach einer verstärkten ressortübergreifenden Verzahnung der Bundesaktivitäten im Sinne der Integration betrifft. Da haben Sie Recht: Wir können nicht den integrierten Ansatz sozusagen predigen und ihn auf Bundesebene selbst nicht praktizieren! Aber Sie wissen auch aus eigener, oft leidvoller kommunaler Erfahrung, wie schwierig das dann in der Praxis sein kann und wie schwer es ist zu bündeln.

Ich habe mich in vielem, was ich hier gehört habe, an eigene Praxis und eigene Erlebnisse erinnert gefühlt, ich war nämlich selbst einmal Bürgermeisterin und auch für den Bereich Soziales zuständig. Ich kann alles das nachvollziehen, was Sie hier aufgeführt haben. Ich war beeindruckt – ich kann das auch für alle Kolleginnen und Kollegen sagen – von der Vielzahl der guten Beispiele aus großen und kleinen Kommunen, die uns hier vorgestellt wurden; beeindruckt von dem, was für und vor allem gemeinsam mit Migrantinnen und Migranten in den Stadtteilen vor Ort schon getan wird.

Trotz aller schrecklicher Ereignisse – Rechtsextremisten, die tödliche Attacken auf Mitbürger unternommen haben – habe ich den Eindruck, dass es immer mehr Menschen in Deutschland ganz klar wird: Es gibt angesichts unserer demografischen Entwicklung kaum ein wichtigeres patriotisches Anliegen, als etwas für die Integration zu tun. Also: Wer es gut mit seinem Vaterland meint, der tut etwas für die Integration. Und es ist eigentlich sehr schade, dass wir dieses selbstverständliche Bewusstsein, das man so ganz nüchtern und ohne Pathos „rüberbringen“ kann, offensichtlich noch längst nicht in alle Köpfe gebracht haben. Aber ich glaube, auch da kann das Projekt vor Ort viel bewirken. Es sind also vor allem die Städte und Gemeinden, denen bei der Integration die zentrale Rolle zukommt. Und viele Kommunen stellen sich der Aufgabe bereits mit großem Engagement, das hat auch die Studie gezeigt, die Herr Professor Roth uns vorgestellt hat.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Ihren Mut und Ihren Einsatz weiterhin, und oft genug auch das, was man neudeutsch Frustrationstoleranz nennt. Das ist so. Ich kann mir das auch vorstellen: dieses Sichern von Strukturen, diesen jährlichen Kampf um die Mittel

und andererseits auch wieder dieses Bestreben, Innovation zu erhalten – und dann, wenn man die Finanzierung für ein paar Jahre fest hat, dafür zu sorgen, dass man sich nicht zurücklehnt, sondern weitermacht.

Ich glaube, Integration gelingt oder misslingt vor Ort, das ist Ihnen ganz klar. Aber es ist auch klar, dass der Bund die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen darf, und deshalb ist der Nationale Aktionsplan Integration auch so wichtig, er wird Ziele und Maßnahmen stärker konkretisieren.

Meine Damen und Herren, wir haben viel über die Soziale Stadt gehört, und wir haben in diesem Jahr in der Tat sehr viel Kritik bekommen wegen der Mittelkürzungen. Ich kann vielleicht mit größerer Offenheit als ein Staatssekretär der Bundesregierung sagen, dass die Idee der Mittelkürzung nicht auf unserem Gartenbeet gewachsen ist – natürlich nicht in unserem Ministerium auf der Arbeitsebene, aber auch nicht auf der Leitungsebene. Es ist weder vom Staatssekretär noch vom Minister noch von dessen Partei gekommen. Es hat offensichtlich Vorbehalte in Teilen des Parlaments gegeben. Ich glaube, dass diese Vorbehalte nicht ausgeräumt sind, aber dass die Aufstockung auf 40 Millionen Euro in 2012 doch immerhin zeigt: Dieses Programm hat sich im Grundsatz behauptet, man ist wieder dabei, es auf eine höhere Basis zu bringen. Dies halte ich doch für eine ganz wichtige Nachricht, denn ich denke, wenn es noch ein weiteres Mal gekürzt worden wäre, dann wäre es doch eigentlich schon fast in einem Stadium angekommen, an dem man um das Überleben dieses Programmes fürchten müsste.

Jetzt sind wir in folgender Lage: Natürlich wollen wir alle, dass die Soziale Stadt gut ausgestattet wird. Und es ist auch richtig, dass es ein sehr bewährtes Programm ist. Wir wollen sozusagen alle gemeinsam – auch das ist ein Grund, warum wir hier zusammen sind – dafür sorgen, dass es eine gewisse politische Druckkulisse für die Soziale Stadt gibt. Das will ich auch. Aber dennoch, meine ich, sollten wir uns nicht darüber hinweg täuschen, dass die vielschichtigen Probleme vor Ort in benachteiligten Stadtteilen nicht allein mit Mitteln der Städtebauförderung, mithin aus der Sozialen Stadt gelöst werden können.

Herr Lieberknecht, Sie haben es in Bezug auf Fördermittel sehr deutlich gesagt: Was immer wir tun, ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen wirklich besser bündeln. Wir müssen besser bündeln innerhalb aller Programme, innerhalb aller unserer Aktivitäten, wenn es um den Gesichtspunkt Integration geht. Wir brauchen weitere Partner aus Wirtschaft und Gesellschaft. Und es gilt diese stärker und verbindlicher einzubinden – neben Bund, Ländern und Kommunen als vierte Säule der Städtebauförderung. Das ist zutiefst vernünftig. Und es ist anstrengend, es ist schwierig, aber es ist notwendig. Unseren Part müssten wir leisten, indem wir das erleichtern, indem wir für diesen Gedanken werben und indem wir uns auf Bundesebene selbst besser verzahnen. Bereits jetzt übernehmen zahlreiche Stiftungen und private Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung, sowohl aus der Wohnungswirtschaft, als auch aus fachfremden – Sie hören mit Anführungszeichen – „Branchen“. Sie engagieren sich vielerorts für soziale und kulturelle Projekte. Dieses Potenzial müssen wir noch besser heben. Es darf nicht vom Zufall abhängig sein, wo die sich engagieren. Sie müssten angesprochen und in die Stadtteile hineingeholt werden. Unternehmen werden verstärkt Interesse daran haben, jugendliche Fachkräfte anzuwerben, und das Potenzial jugendlicher Migrantinnen und Migranten besser erkennen, als sie das vielerorts heute tun.

Und wir wollen das bürgerschaftliche Engagement stärken, Bewohnerinnen und Bewohner frühzeitig einbinden. Das bringt neue Ideen, bessere Ergebnisse und erhöht die Akzeptanz von Projekten aller Art.



Zum Schluss noch ganz kurz: Was machen wir sonst noch im Bereich der Integration, bei uns im Haus? Im ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ starten jetzt die ersten Projekte der zweiten Förderrunde. Wir werden uns mit Blick auf die kommende EU-Strukturfondsperiode für die Fortsetzung einer Arbeitsmarkt- und Bildungsförderung im Quartier intensiv einsetzen. Im Dialogforum „Integration vor Ort“ zur Erarbeitung der Ziele und

Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Integration wurde die besondere Bedeutung von Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen als Orten der Integration im Quartier hervorgehoben. Durch generationsübergreifende Angebote und durch ihre Verortung im Stadtteil tragen sie zur Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens bei. Das haben wir zum Anlass genommen, in diesem Bereich als Ministerium Unterstützung zu leisten.

Wir fördern im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus – ExWoSt – Orte der Integration in ausgewählten Modellkommunen. Ziel ist es, in benachteiligten Quartieren vor allem Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen zu Orten der Integration zu qualifizieren. Ich glaube, das liegt sehr nahe. Warum soll es nur eine Schule sein, warum soll es nicht ein Ort sein, an dem alle zusammenkommen, ein Ort, an dem Integration geschehen kann? Das Vorhaben gründet auf der Überzeugung, dass gerade Bildung der Schlüssel für den Integrationserfolg ist und dass die baulichen Strukturen hier eben einen wichtigen Anhaltspunkt, einen Anfassers, bilden. Wir haben sehr viele Interessensbekundungen bekommen. Wir starten mit der Arbeit mit ausgewählten Kommunen im Januar und werden Sie natürlich über den Fortgang und die Ergebnisse unterrichten.

Ich möchte Sie auch auf die Abschlusskonferenz unseres anderen ExWoSt-Forschungsfeldes „Integrations- und Stadtteilpolitik“ aufmerksam machen. Im Mai 2012 werden die Ergebnisse vorgestellt. Zurzeit wird unter anderem ein Leitfaden erarbeitet, der den Kommunen bei der Erstellung integrierter Entwicklungskonzepte zur besseren Verzahnung von Integrations- und Stadtteilpolitik helfen soll. Wir werden Ihnen binnen kurzem Termin und Veranstaltungsort ankündigen. Die Konferenz dient zugleich als Auftakt von „Orte der Integration“.

In einem weiteren geplanten Forschungsvorhaben greifen wir die schwierige Thematik der Gewalt- und Kriminalprävention in der Quartiersentwicklung auf, insbesondere im Hinblick auf benachteiligte Stadtteile. Für viele Menschen, für die meisten, ist Sicherheit im direkten Umfeld ein elementares Lebensbedürfnis. Und wir wissen: Nicht nur objektive Sicherheit ist wichtig, auch subjektive Sicherheit ist wichtig für alle, die im Quartier leben. Und subjektive Sicherheit ist kein „Schaumgebilde“ ohne rechte Substanz; wer sich nicht sicher fühlt, dem hat man schon ein Stück Lebensqualität genommen.

Sie werden fragen: Was hat das mit unserem heutigen Thema der Integration zu tun? Wir glauben, dass es bei diesem Themenfeld auch um den Abbau von Vorurteilen, um Förderung von Toleranz und Förderung von gesellschaftlichem Zusammenleben geht. Denn in diesem Zusammenhang stehen oft gerade benachteiligte Stadtteile im Fokus. Im zweiten Halbjahr nächsten Jahres liegen dann die Forschungsergebnisse vor.

Das soll es von meiner Seite für heute gewesen sein. Am Ende eines Kongresses ist es mir ein Bedürfnis, ein herzliches Dankeschön zu sagen vor allem Ihnen, die Sie gekommen sind und so lang und so höflich ausgeharrt haben. Herzlichen Dank, Sie haben uns gezeigt, dass wir doch eine Aktionsgemeinschaft bilden in schwierigen Zeiten. Und ich möchte Ihnen das Signal geben im Namen aller Kolleginnen und Kollegen und des gesamten Hauses, einschließlich unserer Leitung: Sie können auch weiterhin auf uns zählen, und Sie können auch weiterhin auf die Städtebauförderung zählen. Wir freuen uns über jede weitere Anregung und Unterstützung.

Zum Schluss will ich allen danken, die mitgearbeitet haben, um diesen Kongress möglich zu machen. Ich will den Rednerinnen und Rednern sowie allen auf dem Podium ein herzliches und respektvolles Dankeschön für Ihre Beiträge sagen. Herzlichen Dank – ich fand es zum Teil sehr erhellend, sehr praxisbezogen, es hat richtig Spaß gemacht.



Vielen Dank auch an die Moderatorin, ganz herzlichen Dank. Ich finde, Sie haben das toll gemacht. Ein herzliches Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen des BBSR sowie an das Team der Bundestransferstelle Soziale Stadt im Difu für die Vorbereitung des Kongresses.

Und nicht zuletzt ein ganz herzliches Dankeschön an meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus: Das habt Ihr toll gemacht, das haben Sie toll gemacht, allein schon die Auswahl dieser Location, wie es neudeutsch heißt, aber auch alles Andere – herzlichen Dank und auf gute weitere Zusammenarbeit!